



Bundesministerium  
für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit

# Kommunikation macht Stadt

Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 40



# Impressum

## Herausgeber

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)

Referat SW I 6 · 11055 Berlin

E-Mail: SWI6@bmub.bund.de · Internet: www.bmub.bund.de

## Redaktion

BMUB, Referat SW I 6 - Baukultur und Städtebaulicher Denkmalschutz

## Fachliche Bearbeitung

Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz

c/o complan Kommunalberatung GmbH

Voltaireweg 4 · 14469 Potsdam

## Gestaltung

Agentur Queißer PR, Berlin

## Druck

Druckerei des Bundesamtes für Bauwesen und Raumordnung, Bonn

## Bildnachweise

Siehe Seite 94.

## Stand

Januar 2017

## Auflage

800 Exemplare

## Bestellung dieser Publikation

Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz

E-Mail: info@staedtebaulicher-denkmalschutz.de

## Hinweis

Diese Publikation ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit.

Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Gedruckt auf Recyclingpapier

# Inhaltsverzeichnis

## Zur Einstimmung

---

Die historische Stadt als Ort der Kommunikation	6
Ein Beitrag von Prof. Dr. Heinz-Dieter Heimann, Universität Potsdam	

## Themenblock I: Stadt interessiert

---

Vermittlung von Tradition und Geschichte in der Stadtentwicklung	13
Ein Beitrag von Hathumar Drost, Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz und Arbeitsgemeinschaft der Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg	
Bürgerbeteiligung als aktive Mitsprache. Überlegungen zu Akteuren, Formaten und Netzwerken	18
Ein Beitrag von Dr. Martin Bredenbeck, ehemals Bund Heimat und Umwelt in Deutschland	
BÜRGER.MACHT.IDEEN – eine Woche für den Marktplatz in Bischofswerda	24
Ein Interview mit Vertretern von Bürger.Macht.Ideen, eine Initiative des KulturOrt e.V.	
Tag der Städtebauförderung	27
Ein Beitrag von Marc Lucas Schulten, Agentur für den Tag der Städtebauförderung 2015 c/o Schulten Stadt- und Raumentwicklung	

## Zwischenruf I

.....

Miteinander weiter denken	31
Ein Beitrag von Roland Gruber, nonconform	

## Themenblock II: Stadt mobilisiert

---

Engagieren und investieren – Mobilisierung von Akteuren für die Zukunft der historischen Stadt	35
Ein Interview mit Thomas Dienberg, Stadtbaurat der Stadt Göttingen	
Modellprojekt „Nachbarschaft Samtweberei“ – Investieren für eine soziale Rendite	40
Ein Interview mit Robert Ambrée, Montag Stiftung Urbane Räume	
Die Wohnungswirtschaft als Akteur in historischen Stadtkernen	45
Ein Beitrag von Guido Schwarzendahl, Bauverein Halle & Leuna eG	
Immigranten als Käufer von Gründerzeithäusern in Leipzig-Ost	48
Ein Beitrag von Laura Torreiter, Bauhaus-Universität Weimar	

## Zwischenruf II

---

- Die Bedeutung von Kommunikation und Beteiligung als Grundlage erfolgreichen  
denkmalpflegerischen Handelns 54  
Ein Beitrag von Dr. Markus Harzenetter, Landesamt für Denkmalpflege Hessen

## Themenblock III: Stadt lädt ein

---

- Stadt als Marke – Werbung und Marketing für die historische Stadt 58  
Ein Interview mit Peter Pirck, Brandmeyer Markenberatung
- Eschwege – die Stadtmarketing-Initiative zur Profil- und Markenbildung 61  
Ein Beitrag von Wolfgang Conrad, Initiative Stadtmarketing Eschwege e.V.
- Stadtmarketing in einer schrumpfenden Region 65  
Ein Beitrag von Thomas Christiansen, Erster Stadtrat der Stadt Osterode am Harz
- Um Berge voraus – Stadtmarketing in Osterode am Harz 68  
Ein Interview mit Thomas Christiansen, Erster Stadtrat der Stadt Osterode am Harz
- Fachwerk als Imagefaktor – das Marketing der Deutschen Fachwerkstraße 71  
Ein Beitrag von Diana Joneitis, ehemals Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e. V.

## Zwischenruf III: In eigener Sache

---

- Kommunikation und Information – von Anfang an 76  
Ein Beitrag von Ricarda Ruland, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

## Zum Ausklang

---

- Schillerplatz und Stapelfeld – ein Versuch über die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts 83  
Ein Beitrag von Burkhard Spinnen, Schriftsteller

## Serviceteil

---

- Ansprechpartner 90

Zur Einstimmung

# Die historische Stadt als Ort der Kommunikation

Ein Beitrag von Prof. Dr. Heinz-Dieter Heimann, Universität Potsdam

„Die Stadt ist der exponierteste Ausdruck baulicher Umweltgestaltung – ein Zeichensystem, das Auskunft gibt über Lebensverhältnisse, die es ordnet und die sich in ihm spiegeln. Man muss sie nur lesen können.“ – bemerkt der Architekturhistoriker Leonardo Benevolo in seiner globalen Geschichte der Stadt.<sup>1</sup> Wie aber buchstabiert sich jenes Alphabet, nach dem die „historische Stadt“ jenseits ihres Klischees einstiger romantischer Antimoderne fasziniert und wiedererkennbar zu lesen ist? In welchen Formen und Zeichen kommuniziert die „historische Stadt“ ihre spezifische Siedlungsform, wie vermittelt sich ihre Urbanität bis in politische, soziale und kulturelle Prozesse offenbar so wirkungsmächtig, dass die „Orte“ ihrer Kommunikation auch im Gegenlicht durchgeplanter „intelligenter Städte“ und von „smart cities“ eine Renaissance erfahren? Drei Beispiele aus diesem Kommunikations-Alphabet der „historischen Stadt“ in historischer wie aktueller Perspektive:

## Mit Brief und Siegel

Wie „Stadt“ definieren? Was alltagssprachlich so eindeutig erscheint, erweist sich fachwissenschaftlich als hoch umstritten. Der Name allein macht noch keine Stadt! Ein Blick in die Lehrbücher der Urbanistik, der Soziologie, der Geographie und Geschichtswissenschaft zeigt, dass es wissenschaftlich keinen allseits überzeugenden Stadtbegriff gibt. Die einst hohe Bedeutung des Stadtrechts hat die stadtgeschichtliche Forschung längst abgesenkt und zumal mit Blick auf die Entwicklungen der Städtetypen und urbaner Lebensstile seit dem 19. Jahrhundert den Stadtbegriff um ökonomische, kulturelle und soziale Aspekte und Funktionen des Austausches erweitert. Das gilt auch für die „historische Stadt“ im Spektrum der „okzidentalen Stadt“ (Max Weber). Zum Alphabet ihrer Lesbarkeit gehören jeweils die Qualität von „Zentralität“, „Verdichtung“, „Konsumtion“ und „Kommunikation“. Damit ist der „historischen Stadt“ in die eine Richtung

ihre Ferne gegenüber der großstädtischen und der dörflichen Siedlung als bestimmendes Kennzeichen genommen. In die andere Richtung qualifiziert sie damit erkennbare soziale und politische Qualitäten, an erster Stelle die Funktion von Kommunikations- und Partizipationsprozessen, als deren Kern die „Kommu-ne“, die autonom gewordene Verfassungsgemeinde, gehört, erkennbar in der Ausbildung administrativer und repräsentativer Verwaltungs- und Verkehrsformen.<sup>2</sup> Die „Orte“, die Zeichen und die Träger dieser Kommunikation der „historischen Stadt“ erreichen auch die gegenwärtige Moderne, – in der Geschichte der städtischen Dienstleistungskultur sind sie – mit Brief und Siegel – wiedererkennbar zu lesen.

Die rechtlichen Normen folgende Dienstleistungskultur der Städte kommuniziert stadtindividuelle Ausweiszeichen, an denen sich – seit den Anfängen kommunaler Autonomie im Mittelalter, der Gründungszeit der überwiegenden Anzahl der Städte in Europa – zugleich der Anspruch eigenen Rechts und kommunaler Identität zeigt. Eines dieser unverwechselbaren Ausweiszeichen ist das Siegel der Stadt, der Bürgergemeinde. Das Siegel ist ein Rechtszeichen. Es zu lesen, heißt seine Symbole wiederzuerkennen, – vom miniaturisierten Stadttor über gewappnete Gründungsheilige, topographische und repräsentative „Orte“ wie Rathäuser, Kirchengebäude, Brücken und Plätze bis zu bedeutungsträchtig zugeschnittenen Farbfeldern. Solche Siegel kommunizieren Rechtstitel, und sie erzählen bildhaft im Kleinstformat die Geschichte einer Gemeinschaft einschließlich der Brüche und der Kontinuität ihrer kommunalen Autonomie. Siegel – „Orte“ sprechender und visualisierter Kommunikation der „historischen Stadt“ – bis heute.

Mehr noch: Wenn wir etwas verbindlich ausdrücken wollen, so sagen wir das mit „Brief und Siegel“. Und wie erreicht jener Brief seine Empfänger, wer leistet, wer trägt diese verschriftlichte Kommunikation durch die Stadt und über das Land? Die Ausformung eines ei-

gens organisierten Nachrichtenverkehrswesens gehört zu den Entwicklungsmerkmalen der „historischen Stadt“ – seit dem späten Mittelalter. Zur stadtspezifischen Ausbildung des Ratsregiments und städtischer Obrigkeit gehören mit behördlich-professionell aufgebauten Verwaltungsstellen wesentlich auch solche Medien und Kommunikatoren, die Anliegen förmlich öffentlich machen, informieren und Nachrichtverkehr leisten, auch für weitere Interessenten: die Briefträger. Als „Briefträger“, „Läufer“ oder „Boten“ finden sich deren kommunikationspraktische Dienstleistungen in städtischen Dienstverträgen, Botenlohnlisten, Stadtrechnungen und Reisekarten bald Stadt für Stadt. Sie kommunizierten „ihre“ Stadt, sie repräsentierten sie. Die Geschichte dieser städtischen Boten und Botenbetriebe führt zu einer „etwas“ anderen Post, die auf die Unternehmerfamilie Thurn und Taxis zurückgeht. Deren unternehmerischer Erfolg gründete dabei in einem reichrechtlichen Monopol, aus dem im weiteren 19. Jahrhundert die „Reichspost“, ein Staatsunternehmen also, hervorging. Die „Briefträger“ aus dem kommunikativen Dienstleistungssektor der „historischen Stadt“ trugen die Außen- und Wirtschaftspolitik ihrer Städte, sie standen jedermann gegen Gebühr für Nachrichten-

verkehrsleistungen zur Verfügung. Diese städtischen „Läufer“ trugen mündlich wie schriftlich die Kommunikation der „historischen Stadt“ ins Umland oder quer durch den Kontinent. Unterwegs waren sie in der Regel in den Zeichen und Farben ihrer Stadt legitimiert: in stadtspezifischer Dienstkleidung, Ausweisen und berufsspezifischen Attributen wie ihren „Botenbüchsen“, einem mit dem Siegel der Stadt und an einer Kette auch repräsentativ zu tragendem Gefäß. Diese Kommunikation verstand man grenzübergreifend.<sup>3</sup>

### Vergangen, vergessen?

Die Briefträger der Stadtbetriebe unterlagen bis ins 19. Jahrhundert im unternehmerischen Wettbewerb dem staatlichen Postsystem. Die Sieger kommunizierten denn auch ihre Geschichte, sichtbar in den Betriebsgebäuden der verschiedenen Postgebäude, unübersehbar schließlich seit dem späten 19. Jahrhundert in den an zentraler Stelle stadtbildprägend platzierten Reichspostgebäuden. Diese sind aber inzwischen Geschichte geworden. Auch klingelt an der Tür heute nicht mehr der beamtete Briefträger



Das historische Rathaus von Jüterbog in Brandenburg



Der Kapellplatz in Altötting ist ein bekannter Wallfahrtsort.

der Reichs- oder Bundespost. Ihn hat im diversifizierten Nachrichtenverkehrswesen unserer Zeit der „alte“ Briefträger überholt, – als unternehmerischer Dienstleister, bisweilen auch im Auftrag (s)einer Stadt.

### Kommunikation zwischen Anwesenden

In der Topographie eines Stadtraumes spiegeln sich die Komplexität sozialer und ökonomischer Strukturen sowie funktionale Hierarchisierungen wider, abgebildet in der binnenstädtischen Infrastruktur mit ihren historischen Parzellierungen und Quartieren und im öffentlichen Raum an Plätzen mit freigestellten repräsentativen Gebäuden wie Kirchengebäuden, Rathäusern, Handelshäusern. Es sind diese stadtspezifischen Orte, die die Funktionalität der Stadt zugleich sichtbar kommunizieren. Ihre Botschaft geht über die Zeichenhaftigkeit zeitbedingten Städte- und Wohnungsbaus der „Stadtnutzer“ dort hinaus, soweit sie mit den Prinzipien des Bürgerseins, des Austauschs, der Partizipation, der Regelfindung von Konsens verbunden sind. Sie sind soweit Orte, an den Bürger, Einwohner, die Gemeinde und

Gäste im weiten Wortsinn zu Wort kommen, unterscheidbar in „Dichte“, „Reichweite“ und „Geheimnis“, Öffentliches und Privates kommunizieren.

Als „Orte“ der Ausbildung städtischer Gemeinde und Einwohnerschaft bilden ihre Nutzungsweisen stadttypische Interaktionen und Kommunikationsformen im öffentlichen Raum ab. Die „historische Stadt“ charakterisiert also Stufen, Grade und Foren der Behauptung und des Wandels der Kommunikation unter „Anwesenden und Abwesenden“. Darin liest die Forschung ein Strukturmerkmal vormoderner Vergesellschaftung überhaupt.<sup>4</sup> Zu deren Merkmalen zählt sie die Ausformung spezifischer Hierarchien und Gruppierungen von Funktionseliten, Zünften, Gilden, Pfarreien, Bruderschaften, Vereinen und anderen mehr. Sie alle kommunizierten miteinander in austarierten Zeichensystemen, in denen sich diese städtische Gesellschaft ihrer ordnungspolitischen Ansprüche vergewisserte. Das gilt nicht nur für die Umzüge bei Stadtfesten. Weitergehend gilt es für die Dynamik der Aushandlungsprozesse zwischen den Gruppen, was die „historische Stadt“ erkennbar zu einem stetigen und dabei mannigfach räumlich wie sozial gegliederten

Kommunikationsort macht. Von solcher funktionalen Nähe und Distanz führt der Weg zur weiteren Lesbarkeit des Alphabets dieser „historischen Städte“.

Einen dieser „Orte“ bildet die innerstädtische Raumordnung mit ihrer Parzellierung. Sie prägt und strukturiert in Gestalt der Straßen und Plätze oft über lange Zeiträume, über verschiedene Stadterneuerungen und Wiederaufbauansprüche im Kern erhaltene Grundmuster der „historischen Stadt“, – seine Lesbarkeit ist dabei zu einem besonderen Tourismusfaktor geworden.

### Einzigartig im Kern – überall?

Die Lesbarkeit dieser Signatur hat dort ihre Grenzen, wo die „historische Stadt“ nur mehr als Kulisse dient, sie also missbraucht wird. Die Lesbarkeit ist mit-hin im Wandel, und das jenseits der Wertschätzung denkmalhistorischer und stadtbildgeschichtlicher Zeichen, die die „historische Stadt“ bis in die Gegenwart ausmachen. Als ihre eigentümlich faszinierenden Bleigewichte erweisen sich nicht allerlei „Ecken“ in der historischen Raumordnung, vielmehr die aus der Eigentumsbildung der Bürger hervorgehenden Stadtgrundrisse und Parzellen, die sich daraus entwickelnden innerstädtischen „Höfe“ und Quartiere neben weiteren typischen Abgrenzungen, etwa den Immunitäten. Danach „macht“ die Parzelle Milieurechtlich, sozial, funktional. Sie begründet und kommuniziert erkennbar Formen von Nachbarschaften, teils rechtsverbindlich, teils symbolisch, stets aber typisch für das Verhältnis von Raum und Menschen.

Zu den kommunizierten Merkmalen der „historischen Stadt“ gehört mithin weniger das Fehlen des sozialen Wandels, nicht Statik charakterisiert sie, vielmehr eine über diverse Ungleichheiten hinweg strukturierte und kommunizierte Raum- und Sozialordnung. Der Marktplatz wurde so nicht ihr zentraler Ort für den Warenaustausch, er funktionierte vielmehr als ein Ort informellen wie herrscherlichen Rechts, an dem sich die Bürger ihrer rechtlichen Identität vergewisserten, die sie hier auch im politischen Protest behaupteten. Erinnerungstradierende Brunnen, Freiheitbäume und Denkmäler sind nicht nur deren Zeitzeichen, sie kommunizieren vielmehr Herkommen.

Vergleichbare Funktionen kommuniziert das Rathaus als herausragender Ort kommunal-obrigkeitlicher Raumbildung und als Ort des Wissens.<sup>5</sup> Als Kaufhaus, Versammlungs- und Repräsentationsgebäude entstanden, vermittelt dieser Ort das Ideal und den

Politikstil der Stadeliten, schließlich Kontinuität und Brüche ihrer Autonomie auf dem langen Weg der „historischen Stadt“ in den modernen Verfassungsstaat. Die dazu kommunizierten Zeichen erkennt man von der Dachspitze bis in den Gewölbekeller wieder, im Ratsgestühl mit dem leicht erhöhten Platz des Bürgermeisters, im „Roland“ vor der Tür.

Geschichte der Stadt wird hier zum visualisierten Argument, gern an den Innen- und Außenwänden der Rathausbauten. Verstärkt seit der Mitte des 19. Jahrhunderts thematisiert man mit Rückgriff in die „gute alte, die kaiserherrliche Zeit“ des Mittelalters gern Gründerkaiser und Meistersänger nicht nur in Aachen, Nürnberg, Frankfurt am Main oder Braunschweig. Das sich sozial und eben auch kulturpolitisch emanzipierende Bürgertum investierte in die Vergangenheit seiner Stadt und kommunizierte vom Rathaus über Namen und Programme der städtischen (Rats-)Gymnasien Ansprüche und in den neuen Sammlungen der „vaterländischen Altertümer“ seine Werthaltung und seinen Anspruch (historischer) Bildung.<sup>6</sup> Diese Zeichen waren stets Zeitzeichen. So spiegeln sie, eingebettet in den weiteren staatsrechtlichen, politischen, ökonomischen und sozialen Wandel der aufkommenden Industriegesellschaft, auch konkurrierende Integrationsprozesse der funktional neu definierten Städte und ihrer Lebensstile wider. Die Lesbarkeit der Zeichen der „historischen Stadt“ verliert über Ansprüche der „Konsumentenstadt“ nach und nach ihr Alphabet im öffentlichen Raum, mit verlustreichen ambivalenten Folgen. Die „Orte“ der Kommunikation erhalten nun als Teil der Problemgeschichte der neuen Moderne wahlweise Aktualität.<sup>7</sup>

### Altes provoziert Neues

Und aktuell? Im „Schlussbericht der Enquete-Kommission ‚Kultur in Deutschland‘“ des Deutschen Bundestages von 2007 wird mit Hinweis auf die verfassungsgesundene Verantwortung der Kommunen für die Pflege einer von Ungleichheiten gekennzeichneten kulturellen Vielfalt in der wiedervereinigten Bundesrepublik Deutschland auch über die Bedeutung des städtebaulichen Denkmalschutz der letzten 40 Jahre berichtet: „Die außerordentlich dichte und reiche Kulturlandschaft in Ostdeutschland war auch ein Erbe der deutschen Geschichte und Kulturgeschichte vor Gründung der DDR [Deutsche Demokratische Republik]. (...) Jahrzehntelang aufgehobene Saniermaßnahmen (...) der Denkmalsubstanz der historischen Innenstädte (...) wurden im Rahmen des Aufbaus Ost durchgeführt und vieles vor dem Zusammenbruch bewahrt.“ Es gilt nicht,



Die ehemalige Berliner Reichspost

im großen Rückblick den Wiederauf- und Umbau der kriegszerstörten Innenstädte in West- und Ostdeutschland gegeneinander zu bilanzieren. Doch der kulturelle Wandel im Bild der Städte ist nicht erst seitdem zu sehen, als Alexander Mitscherlich in den 1960er Jahren die „Die Unwirtlichkeit unserer Städte“ anprangerte oder Jobst Siedler „Die gemordete Stadt“ am Beispiel Berlins beschrieb. Was immer man daraus heute rückblickend über den städtebaulichen Denkmalschutz in Deutschland seit 1989 bilanziert, das öffentliche Streiten um die Signatur gerade der historischen Innenstädte und den schwindenden Anspruch eines ausdrücklich „autogerechten“ Stadtraums gerät nicht zufällig über in Depots und unter Straßendecken wiederentdeckten Architekturzitaten, Hausformaten und Alt-Straßen zum anspruchsvollen Spiegel der offenbar identitätsbildenden Bedeutung der urbanen Baukultur eben der fernerer Vergangenheit. Was hatte man ehemals als Modernität verstanden? Wie heute Urbanität imaginieren, ästhetisch konstruieren? Wo immer man sich in den historischen Innenstädten im Norden und Süden, im Westen und Osten nach einer Antwort auf solche Fragen umschaute, den ehemaligen gebauten Glückverheißungen wird vielerorts mit der Abrissbirne begegnet, während darüber ein öffentlicher Konsens wächst, nun urbane architektonische denkmalhistorische Bedeutungsträger offensiver zu schützen. Das Alte provoziert das einst Neue – im Anspruch historischer Orientierungssuche im Fokus der „historischen Stadt“.

25 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung an die politische Seite dieser Entwicklung insofern zu erinnern, dass – entgegen reklamierter städtebaulicher Denkmalschutzgesetze der DDR – der drohende komplette Verfall der historischen Stadtkerne unter den neuen rechtlichen und finanziellen Möglichkeiten der Bundesrepublik abgewendet werden konnte, in der Kontinuität entsprechender Ziele der DDR-Bürgerrechtsbewegung, in der Durchführung gezielter Bund-Länder-Kooperationen für flächen- wie ensemblesbezogene städtebauliche Denkmalschutzprogramme. Die ehemals in der DDR dem Verfall preisgegebenen historischen Stadtkerne erweisen sich vielfach auch im Zeichen des demografischen Wandels heute in ihren Quartieren und Stadträumen wieder für Alt- wie Neubürger als attraktiv. Dabei zeigt sich Erstaunliches: Die in Buchhandlungen ausliegenden „Stadtportraits“ im Vorher-Nachher-Abbildungsformat vermitteln keine DDR-Nostalgie, vielmehr lebendige Ausweise behaupteten bürgerschaftlichen Anspruchs auf das wiederangelegene baukulturelle Erbe der historischen Stadt als bisweilen bis ins 12. Jahrhundert zurückreichender Ort der Kommunikation europäischer Städtebautradition. Dabei tritt dessen Alphabet als Teil wieder gewonnener Urbanität (wieder) klarer als zuvor „lesbar“ hervor: Altes provoziert Neues – ohne Nostalgie oder Geschichtsfetischismus. Die historische Stadt selbst ist die maßgebende Signatur – oft denkmalhistorisch detailgetreu und geschichtsbewusst auch rekonstruiert.

Wieso aber überzeugt die „historische Stadt“ heute soweit wieder, wo andernorts die Zeichen der eben noch modernen Urbanität ihren baulichen Charme verlieren und weggesprengt werden?

Eine generelle Antwort lässt sich schwerlich formulieren, denn der städtebauliche Wandel zeigt je nach den stadträumlichen Voraussetzungen und allgemeinpolitischen Rahmenbedingungen der Städte ein stadtspezifisches Gesicht. Jede einzelne aber lässt erkennen, wie die soziale Kommunikation der „historischen Stadt“ weitgehend wieder funktioniert und deren Alphabet – ablesbar in innerstädtischer Infrastruktur, öffentlichen Plätzen und Gebäuden, Kirchengebäuden, der stadtnahen Peripherie oft mit Mauerringen und Stadttoren, Grünflächen, Freizeitanlagen und Gewerbesiedlungen – eine urbane Funktionalität gepaart mit erfahrbarer Stadtindividualität ausmacht. Die „historische Stadt“ vermag wieder zu faszinieren, sie kommuniziert wieder die ihr eigene Magie. Diese aber reicht über deren Vermarktung als Tourismusfaktor weit hinaus. Denn tatsächlich gründet diese in kleinteilig erfahrbaren Chancen der Partizipation zur Nutzung historischer Stadträume in zeitgemäß modulierten urbanen Lebensformen. Hier „macht“ die Parzelle Nachbarschaften. Das lässt einesteils Raum für neue Formen sozialer Kommunikation, für eine neue Dichte von Arbeit und Wohnen und andererseits Raum zur Wiederaneignung der Geschichte dieser Städte als nachgefragter Quellorte kommunaler Individualität. Das Alte provoziert das Neue.

Die „historische Stadt“ ragt so mit den wieder sichtbar und erfahrbar gemachten Orten ihrer langen Geschichte in die Moderne der Gegenwart und deren Formen des Städtebaus hinein. Deren Konkurrenz ist auch erdrückend. Sie erweist sich aber auch als dort fruchtbar, wo sich Bürger mehrheitlich dem Charme großräumig bis futurisch ge-

planter und gestylter Cities versagen. Deren Orte der Kommunikation haben sich zu oft als dessen Gegenteil erwiesen. Das Alte provoziert das Neue.

Die „historische Stadt“ ist also mehr als ein abbildwürdiges Objekt kommunalen Marketings. Wandel ist immer. So ist die „historische Stadt“ auch kein musealer Ort, denn sie kommuniziert zeitgemäß funktional Partizipation, Mobilität, Mitsprache, Wandel im Bestand. Also nichts gegen die „intelligente Stadt“, aber die Magie der „historischen Stadt“ ist überzeugender – abzulesen an „historischen Städten“ als Orte der Kommunikation.



Prof. Dr. Heinz-Dieter Heimann, 1981 Promotion, 1988 Habilitation.

Beruflicher Werdegang: Seit 1994 Inhaber der Professur für Geschichte des Mittelalters an der Universität Potsdam. Forscht unter anderem zur historischen Kommunikationspraxis, deutschen Territorialgeschichte sowie westfälischen und brandenburgischen Landesgeschichte.

<sup>1</sup> Leonardo Benevolo: Die Geschichte der Stadt, Frankfurt am Main 1982, Vorwort.

<sup>2</sup> Zum „kombinierten“ Stadtbegriff aus der Sicht der Geschichtswissenschaft Peter Johaneck, Franz-Joseph Post (Hg.): Vielerlei Städte. Der Stadtbegriff, Köln 2004.

<sup>3</sup> Heinz-Dieter Heimann: „Briedregehr“. Kommunikations- und alltagsgeschichtliche Zugänge zur vormodernen Postgeschichte und Dienstleistungskultur, Wien 1992, S. 250-293.

<sup>4</sup> Peter Blickle: Kommunalismus. Skizzen einer gesellschaftlichen Organisationsform, München 2000; Rudolf Schlögl: Anwesende und Abwesende. Grundriss für eine Gesellschaftsgeschichte der Frühen Neuzeit, Paderborn 2013.

<sup>5</sup> Stephan Albrecht: Mittelalterliche Rathäuser in Deutschland, Darmstadt 2004; - Susanne Pils, Martin Scheutz (Hg.): Rathäuser als multifunktionale Räume der Repräsentation, der Parteiungen und des Geheimnisses, Innsbruck 2012.

<sup>6</sup> Peter Johaneck: Mittelalterliche Stadt und bürgerliches Geschichtsbild, in: Gerd Althoff (Hg.): Die Deutschen und ihr Mittelalter, Darmstadt 1992, S. 81-101.

<sup>7</sup> Otto Gerhard Oexle: Die Gegenwart des Mittelalters, Berlin 2013.- Hathumar Drost: Die Entdeckung der alten Stadt, in: Heinz-Dieter Heimann und andere (Hg.): Im Dialog mit Raubrittern und Schönen Madonnen, Berlin 2011, S. 27-37.

# Themenblock I: Stadt interessiert



Altstädte und historisch geprägte Stadtquartiere erfreuen sich zunehmender Beliebtheit.

# Vermittlung von Tradition und Geschichte in der Stadtentwicklung

Ein Beitrag von Hathumar Drost, Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz und Arbeitsgemeinschaft der Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg

Stadt verändert sich stetig und jede gesellschaftliche Veränderung hat Auswirkungen auf die bereits gebaute Stadt – auf ihre Strukturen, Gebäude, Funktionen und Nutzungen. Die Stadt und gerade historische Stadtkerne und historische Stadtquartiere befinden sich damit in einem stetigen Wandel, der vielerorts mit dem Strategieansatz des städtebaulichen Denkmalschutzes aktiv gestaltet wird. Damit kommt der Denkmalpflege eine wichtige Bedeutung zu – gilt es doch neue Nutzungen in das Vorhandene in einer Weise zu integrieren, die dem bauhistorischen Erbe gerecht wird und damit das Weiterbauen der Stadt unter Bewahrung des Erhaltenswerten befördert. Aber auch Stadtplaner und Architekten müssen sich der Herausforderung stellen, zunächst den erhaltenswerten Bestand in der Stadt, im

Quartier und im jeweiligen Planungsgebiet herauszuarbeiten. Mit diesem Wissen können sie Möglichkeiten des Umgangs entwickeln, die die jeweilige geschichtliche Entwicklung von Stadtstruktur, Gebäudebestand und Freiraum in den Mittelpunkt stellen. So können im konstruktiven Diskurs, kreativ und in sorgfältiger Abwägung der im Sinne der Stadtindividualität bedeutsamen Planungsprämissen passfähige Lösungen entstehen, die künftigen Anforderungen gerecht werden und klare Bezüge zum Vergangenen aufweisen.

Das klingt zunächst einfach und für alle, die im Alltag direkt oder indirekt mit Aufgaben des städtebaulichen Denkmalschutzes befasst sind, geradezu selbstverständlich. Die Vermittlung von Tradition

und Geschichte in ihrer Bedeutung für die städtische Zukunft ist die zentrale Voraussetzung für eine integrierte Stadtentwicklung, der das bauhistorische Erbe als wesentliche Planungsdeterminante zugrunde liegt. Diese Aufgabe lässt sich nicht an Heimatvereine oder Denkmalbehörden delegieren und durch einzelne geschichtsorientierte Einzelereignisse im städtischen Veranstaltungskalender abhaken. Vielmehr gilt es, unterschiedliche Adressaten zu erreichen und in ihrer jeweiligen Verantwortung beziehungsweise ihren spezifischen Interessen fortlaufend anzusprechen. Mit dem Anspruch der Kontinuität sind unterschiedliche Vermittlungsebenen in den Blick zu nehmen. Es geht um die Vermittlung

- gegenüber den für Stadtentwicklung und Stadterhaltung Verantwortlichen in der öffentlichen Verwaltung;
- in der Fachwelt, das heißt gegenüber Architekten, Planern und weiteren Dienstleistern, Wissenschaftlern und sonstigen Fachexperten;
- in Kommunal-, Landes- und Bundespolitik;
- in der breiten Öffentlichkeit.

Dieser Beitrag möchte auf der Grundlage von Alltagserfahrungen am Beispiel von Aktivitäten der Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz, der Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg und der Arbeitsgemeinschaft historische Stadt- und Ortskerne NRW (Nordrhein-Westfalen) die Komplexität und daraus resultierende Anforderungen aufzeigen.

## Öffentliche Verwaltung

Mit dem Prinzip der kommunalen Selbstverwaltung ist die Hauptverantwortung für Stadt- und Ortsentwicklung den Städten und Gemeinden zugeordnet. Hier wird der Rahmen für städtische Entwicklung gesetzt. Dieser Verantwortung sind sich Städte mit Programmbereichen im Städtebaulichen Denkmalschutz bewusst. Im Land Brandenburg sind seit 1992 nunmehr 31 Städte mit ihren weitgehend in Struktur und Bebauung erhaltenen Stadtkernen in einer Arbeitsgemeinschaft organisiert. Vorbild war die bereits im Jahr 1987 in Nordrhein-Westfalen gegründete Arbeitsgemeinschaft, die mittlerweile 56 Stadt- und Ortskerne unter ihrem Dach vereint. Beide Organisationen sind starke



Stadtrundgang im Rahmen eines Bürgerworkshops in Coswig (Anhalt)

Zusammenschlüsse, die im interkommunalen Austausch in Regionalgruppen, auf Fachtagungen und mit konkreten Projekten den stetigen fachlichen Austausch pflegen. Auf diese Weise wird eine kontinuierliche Qualifizierung von Verwaltungsmitarbeitern gewährleistet – aus Denkmalfachbehörden, Bau- und Planungsämtern und im Sinne des integrierten Ansatzes auch aus anderen Verwaltungsbereichen (Wirtschaftsförderung, Kultur, Tourismus, Bildung et cetera). Beispielsweise hat die Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen des Landes Brandenburg mit dem Aktionsprogramm „Fahrradfreundliche Stadtkerne“ praxisnah herausgearbeitet, wie Alltagsradverkehr gefördert und unterstützt werden kann und wie historische Altstädte für Radtouristen attraktiv werden können. Gefördert aus Mitteln des Nationalen Radverkehrsplanes des Bundes konnten Vertreter von Mitgliedstädten gemeinsam mit Experten Handlungsbedarfe ermitteln und exemplarische Lösungen erarbeiten. Zusammengefasst in einem Handbuch bietet das Aktionsprogramm auch Städten, die nicht Mitglied der Arbeitsgemeinschaft sind, vielfältige Hilfestellungen.

Fragen der energetischen Stadtsanierung und insbesondere die damit verbundenen gestalterischen Veränderungen der Stadtkerne wurden frühzeitig Gegenstand des fachlichen Diskurses von Verantwortlichen für die Stadtentwicklung und Denkmalpflege. Der Austausch am Beispiel konkreter Konflikte und Herangehensweisen erweist sich dabei als ausgesprochen zielführend. Regelmäßige Treffen von Städtevertretern in Regionalgruppen sowie die jährlichen Fachtagungen der Arbeitsgemeinschaft Historische Stadt- und Ortskerne NRW sowie der Brandenburger Arbeitsgemeinschaft sichern einen Austausch auf hohem Niveau. Die Arbeitsgemeinschaften sind damit gleichermaßen wichtige Impulsgeber, Wissensnetzwerke, Informationsplattformen und Weiterbildungseinrichtungen. Der Bedarf an fachlichem Austausch und Unterstützung bei der Vorbereitung und Umsetzung von Stadtentwicklungsprojekten, die den Bestand als Potenzial und Chance für eine stadtindividuelle Gestaltung in den Fokus nehmen, ist hoch. So erfreut sich die Workshopreihe „Städte pflegen, Denkmal planen“, die das Deutsche Nationalkomitee für Denkmalschutz (DNK) in Städten durchführt, die nicht im Programm Städtebaulicher Denkmalschutz gefördert werden, eines außerordentlichen Zuspruchs. Der Diskurs von Mitarbeitern aus Denkmalbehörden mit Vertretern der Bau- und Planungsämter wird regelmäßig als bereichernd für die Erweiterung des jeweiligen fachlichen Horizontes eingeschätzt. Der Bundeskongress Städtebaulicher Denkmalschutz, den das Bun-

desministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit jährlich ausrichtet, führt interessierte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der öffentlichen Verwaltung auch aus Städten, die nicht vom gleichnamigen Bundesprogramm profitieren, zusammen. In Schleswig-Holstein hat das für Städtebau zuständige Fachministerium regelmäßige Treffen der Programmstädte initiiert, sodass hier eine weitere Plattform für den interkommunalen Austausch im Entstehen ist.

## Fachwelt

Die Auseinandersetzung mit Tradition und Geschichte ist eine Kernaufgabe der Denkmalpflege. Gleichwohl ist die städtebauliche Denkmalpflege ein eigenständiges Arbeitsgebiet, mit dem der Blick über Einzeldenkmale hinaus auf die Stadt als Gesamtgefüge gelenkt wird. In den Fachdisziplinen Architektur und Stadtplanung stellt sich der Bestand, das heißt die bereits gebaute Umwelt, als Planungsprämisse dar, mit der ein qualifizierter Umgang erfolgen muss. Allzu häufig fehlen jedoch Wissen und Verständnis, um Zusammenhänge herauszustellen und für räumliche Planungen und städtebauliche Projekte nutzbar zu machen. Das „Sehen lernen“ beginnt bereits im Schulalter und wird durch das Programm „denkmal aktiv – Kulturerbe macht Schule“ der Deutschen Stiftung Denkmalschutz unterstützt. Im Land Brandenburg stellen die Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen und die Deutsche Stiftung Denkmalschutz jährlich ein Thema in den Mittelpunkt. Abhängig vom Engagement einzelner Lehrkräfte sind im Laufe der letzten Jahre vielfältige Projekte auf den Weg gebracht worden. Das Spektrum reicht von Stadtführungen, Geschichtswerkstätten, Gebäudedokumentation bis hin zu Ausstellungen und Filmen. Die Kooperation mit Hochschulen wird ebenfalls gepflegt, indem in einzelnen Städten städtebauliche Fragestellungen in Seminaren, Hausarbeiten und Abschlussarbeiten behandelt werden. Hieraus ergeben sich wertvolle Anregungen für die kommunale Handlungspraxis und nicht selten finden Absolventen auf diese Weise den Berufseinstieg. Auch hier sind es engagierte Lehrkräfte, die das Lesen von Stadtstrukturen zum Vermittlungsgegenstand machen und den Blick der Studierenden auf die Strukturen mittragende Gebäude und auf Sichtbeziehungen lenken. In Kooperation mit dem Institut für Mittelalter der Universität Potsdam ist es den historischen Stadtkernen im Land Brandenburg gelungen, eine fortlaufende Bearbeitung stadtgeschichtlicher Themen vorzunehmen und diese mit den Aufgaben der Stadterneuerung zu vertiefen.

Jährlich werden in einzelnen Mitgliedstädten Stadt- raum-Ausstellungen konzipiert und umgesetzt. Ein vielfältiges Begleitprogramm sichert die öffentliche Aufmerksamkeit. Kirchen, Wasser, Vorstädte, Bürger- bauten, Nachbarschaften und weitere Themen wurden bereits am vorhandenen städtischen Bestand erforscht und im Zusammenhang dargestellt. Das Jahr 2016 stand unter dem Motto „Alte Stadt – Museum oder Zukunftslabor?“ und wird ausgehend von historischen Ausprägungen von Wertschöpfung, insbesondere durch das Handwerk, heutige und künftig vorstell- bare Wertschöpfungsketten in den Blick nehmen. Diese Herangehensweise befördert ausgehend von konkreten räumlichen Situationen die fachdisziplin- übergreifende Befassung mit der historischen Stadt.

### Kommunal-, Landes- und Bundespolitik

Auch mehr als 40 Jahre nach dem Europäischen Denkmalschutzjahr 1975 und nach 25 Jahren Städte- bauförderpraxis im Programm Städtebaulicher Denkmalschutz ist die Wertschätzung für gebaute Geschichte, in Gebäuden und Strukturen material- isierte Traditionen nicht selbstverständlich. So kann sich ein Bürgermeister in der Kommunalvertretung auf einsamen Posten befinden, wenn für eine Stra- ßenverbreiterung zwei innerstädtische Gebäude abgerissen werden müssen – zumal, wenn sich diese in einem schlechten Erhaltungszustand befinden und nicht in die Denkmalliste eingetragen sind. Da ist es außerordentlich hilfreich, auf die Erfahrungen von Nachbarstädten verweisen und gute Alternativlösun- gen in die Diskussion bringen zu können. Die eigene Stadt- oder Ortsgeschichte ist für Stadtverordnete und Gemeindevertreter von hohem Interesse und Bestandteil des Stolzes auf das Zuhause. Bei anstehen- den Entscheidungen rücken jedoch Zukunftsfragen und auch finanzielle Spielräume in den Mittelpunkt. Qualifizierte Fachleute in der Verwaltung und vielfach engagierte Experten sind hier gefordert, Geschichte und Perspektive im jeweils konkreten Entscheidungs- fall in den richtigen Zusammenhang zu stellen.

Auf Landes- und Bundesebene werden wichtige Rahmensetzungen vollzogen, die durch gesetzliche Re- gelungen, aber auch durch Förderoptionen Einfluss auf das kommunale Handeln haben. Um bei den gewählten Abgeordneten das Erfordernis einer geschichtsba- sierten Stadt- und Ortsentwicklung zu verdeutlichen, suchen die Städteverbände historischer Stadtkerne aktiv das Gespräch. Einladungen zu Veranstaltungen wie „Denkmal des Monats“, zu Fachtagungen, Ausstel-

lungen et cetera gehören ebenso dazu wie parlamen- tarische Abende und Diskussionsveranstaltungen.

### Breite Öffentlichkeit

Unter dem Motto „Bitte lächeln, alte Stadt“ hatte 2010 das Bundesministerium gemeinsam mit der Deut- schen Stiftung Denkmalschutz einen Fotowettbewerb ausgelobt. So konnten Beiträge von Hobby- und Profifotografen sowie von Schulen eingesendet werden. Ziel des Wettbewerbs war es, für den Städtebaulichen Denkmalschutz zu sensibilisieren, zur Auseinander- setzung mit dem Thema anzuregen sowie Erfolge und Möglichkeiten zu vermitteln. Über 17.000 Einsendun- gen waren der Beleg: Altstädte und historisch geprägte Stadtquartiere erfreuen sich zunehmender Beliebtheit. Das war nicht immer so. In der Startphase der Städ- tebauförderung in den 1970er, aber auch noch in den 1980er Jahren wurde Sanierung gleichgesetzt mit dem Schaffen von gesunden Lebensverhältnissen. Gesund nach dem Motto „Licht, Luft und Sonne“. Dies verbun- den mit dem Primat der autogerechten Stadt hatte Flä- chenabriss zu Folge und veränderte die Städte radikal.

Eine Innenstadt hatte modern zu sein. Großvolumi- gen Kaufhäusern und Bürogebäuden mussten ganze Baublöcke weichen. Schnell erreichbar mit dem Auto, bequem in die Geschäfte und bei Bedarf führten Stadt- besichtigungen zu den historisch bedeutsamen Gebäu- den: Kirchen, Rathaus und Schloss. Die Stadträume da- zwischen schienen nur bedingt von Wert zu sein. Noch in den 1980er Jahren wurden in historischen Altstädten große Stellplatzanlagen eingefügt und es war selbstver- ständlich, dass in kleineren Städten der Marktplatz den Autos zur Verfügung stand. Die Innenstädte wurden gebraucht und genutzt als Verwaltungsstandort, zum Einkauf, für Kultur, Gastronomie und auch zum Woh- nen. Das begann sich später zu ändern. Große Einkaufs- zentren auf der grünen Wiese wurden zu Konkurren- ten für die innerstädtischen Kaufhäuser, Wohnungen wurden zu Büros beziehungsweise Wohngebäude zu Gunsten von Bürogebäuden abgerissen. Vororte erhiel- ten Zentren – die Zwischenstadt entwickelte sich weiter und die Altstädte waren nur noch bedingt Mittelpun- kte, sondern vielfach ein Stadtteil wie andere auch.

Seit einigen Jahren ist eine Art Retrowelle zu verzeich- nen. Das Echte, das Alte, das Historische ist nachge- fragt. Und das findet sich noch immer in Altstädten und historischen Stadtquartieren, wobei diese für unseren heutigen Lebensalltag, das heißt für Wohnen, Arbeiten, Erholen und Freizeit, nicht mehr wirklich

benötigt werden. In dieser Hinsicht ist die historische Stadt ein „nice to have“ geworden. Einige Altstädte und historische Stadtquartiere – und hier sind es besonders diejenigen aus der Gründerzeit, die nachgefragt sind – haben sich zu angesagten Wohnstandorten entwickelt. Dort sind deutlich anziehende Immobilienpreise und Mieten die Folge. Qualitäten, wie die Nähe zu Schulen, Ärzten et cetera werden geschätzt, gastronomische Angebote und Einkaufsmöglichkeiten genutzt. Die Bewohner entwickeln steigende Ansprüche an Mitsprache und begleiten das Handeln der örtlichen Planungs- und Bauämter zunehmend kritisch. Andernorts zieren die Beschilderungen örtlicher Immobilienmakler leerstehende Gebäude. Die Altstadt ist Marktplatz, allerdings mit einem deutlichen Überangebot an Gebäuden und Grundstücken, so dass dann schnell das Unwort der „Schrottimmoblie“ die Runde macht. Da ist der Schritt zur Entsorgung nicht mehr weit und zu mancher Baulücke lassen sich Geschichten von fertig entwickelten Projekten, baugenehmigten Vorhaben, mehrfachen Wiederverkäufen und enttäuschten Hoffnungen erzählen. Und es gibt ein Dazwischen: Stadtkerne, die Nachfrage verzeichnen, aber leerstehende denkmalwerte Objekte finden dennoch keine Käufer, der Einzelhandelsbesatz verändert sich schleichend, weil Geschäftsinhaber altersbedingt aufhören und sich kein Nachfolger findet. Dennoch sind diese Städte nicht nur an Markttagen belebt, sondern haben ein vielfältiges Stadtleben.

Unabhängig von der jeweiligen wirtschaftsstrukturellen Ausgangssituation gilt es daher, „Altstadtlust“ zu leben und zu befördern. Die Brandenburger Arbeitsgemeinschaft Städte mit historischen Stadtkernen wirbt selbstbewusst mit dem Slogan „Im Kern einzigartig“ und macht das gesamte Jahr über Lust auf das Stadtleben. Der Januar startet regelmäßig mit einem Pressefrühstück, auf dem das jeweilige Jahresmotto und die vorgesehenen Veranstaltungen vorgestellt werden. Im Jahresverlauf folgen im Frühjahr das Anradeln auf den sechs Radrouten, die im gesamten Land von Stadt zu Stadt führen und im Mai das Format „Schaustelle Stadtkern“, das 2015 erstmals mit dem bundesweiten „Tag der Städtebauförderung“ kombiniert wurde. Im Frühsommer werden in den mitwirkenden Städten die Stadtraum-Ausstellungen zum Jahresthema eröffnet. Hier lassen sich auch gerne Kommunal- und Landespolitiker sehen. In diesen Städten findet den Sommer über jeweils ein Begleitprogramm mit Lesungen, Diskussionsveranstaltungen und anderem mehr statt. Zum Sommertheater bereist eine freie Theatergruppe die Stadtkerne und bringt für Jung und Alt anspruchsvoll Erheiterndes auf Marktplätze, Höfe und andere

schöne Orte. Die Beteiligung am Tag des offenen Denkmals Anfang September lassen sich die Mitgliedstädte nicht nehmen und spätestens zur Adventszeit lockt der historische Adventskalender oder andere gemeinsam vermarktete Adventsaktivitäten. Die Auszeichnung „Denkmal des Monats“ erfreut sich auch bei über 200 ausgezeichneten Denkmälern großer Beliebtheit und ist mancherorts Anlass für ein kleines Stadtfest.

Nicht nur im Land Brandenburg sind historische Stadtkerne und Quartiere zur Bühne geworden, sodass Atmosphäre, Stadtleben und Geschichte zum Anfassern zum festen Bestandteil unseres Lebensalltags werden.



Hathumar Drost, seit 1991 geschäftsführender Gesellschafter von complan Kommunalberatung GmbH, Potsdam. Studium zum Diplom-Pädagogen und der Stadtplanung an der Technischen Universität Berlin.

Beruflicher Werdegang: Seit 2003 Geschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft „Städte mit historischen Stadtkernen“ des Landes Brandenburg; seit 2008 Leiter der Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz. Mitgliedschaften bei der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung, beim Bund Deutscher Baumeister, Architekten und Ingenieure e. V., bei der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, dem Deutschen Werkbund, dem Kuratorium Kulturland Brandenburg sowie der Arbeitsgruppe „Denkmalpflege, Stadtentwicklung, Umwelt“ des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz.



Bürgerschaftliches Engagement war und ist eine bedeutende Ressource.

# Bürgerbeteiligung als aktive Mitsprache. Überlegungen zu Akteuren, Formaten und Netzwerken

Ein Beitrag von Dr. Martin Bredenbeck, ehemals Bund Heimat und Umwelt in Deutschland

## Einleitung

„Bürger rettet Eure Städte“ lautet seit 1992 die Devise der von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz unterstützten Denkmalschutz-Sendung im Zweiten Deutschen Fernsehen (ZDF). Bürgerbeteiligung wird seit Jahren und Jahrzehnten vor unterschiedlichem Hintergrund gefordert und gefördert. Je nachdem, wie sie aussieht, wird sie sogar gefürchtet: Lautstarke Proteste wie in Stuttgart oder komplizierte Ergebnisse von Wahlen sind schließlich auch Formen aktiver Bürgerbeteiligung, die wohlüberlegtes Reagieren verlangen. So einfach ist es also gar nicht, mit „dem Bürger“ umzugehen. Beteiligung ist an sich ein neutrales Instrument

und nicht notwendigerweise immer die sinnvolle Strategie. Beteiligung muss wohlverstanden eingesetzt werden. Dazu muss man sie lernen. Genauso wenig nützen das beste Fachwissen oder Detailkenntnisse, wenn sie nicht in geeigneter Weise eingesetzt werden.

Überlegt man, was das Qualitätsurteil „geeignet“ bedeuten könnte, wird deutlich: Es geht um ein Abwägen zwischen nötiger Verbindlichkeit (die zum Beispiel eine funktionierende hoheitliche Verwaltung nun einmal braucht) und dem unausweichlich nötigen Menscheln. Denn Bürger beteiligen sich häufig nicht allein aus Sachgründen, sondern wegen ihrer persönlichen Betroffenheit – weil Dinge sie auf emotionaler Ebene

berühren. In diesen Betrachtungen stelle ich Beispiele für Bürgermitsprache auf drei Ebenen vor. Zunächst auf nationaler Ebene die Aktivitäten des Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (kurz: BHU), Bundesverband für Kultur, Natur und Heimat und Dachverband für Heimat- und Bürgervereine. Zu den Aufgaben dieses Verbandes und der ihm angeschlossenen regionalen Heimatverbände gehören traditionell die Themenfelder Baukultur und Denkmalpflege sowie ehrenamtliches Engagement. Auf dem Gebiet der Denkmalpflege geht es beispielsweise um eine Unterstützung der staatlichen Denkmalpflege durch Information und Mobilisierung der Bürgerinnen und Bürger und um die dafür notwendigen Methodendiskussionen.

Von den Aktivitäten der regionalen BHU-Landesverbände wird das Denkmalnetz Bayern vorgestellt, das maßgeblich vom Bayerischen Landesverein für Heimatpflege unterstützt wird. Dieses Netz bündelt zahlreiche lokale, regionale und punktuelle Aktivitäten von Bürgerinnen und Bürgern für Denkmalpflege und Baukultur und gibt ihnen einen schützenden Rahmen. Schließlich folgt ein Fallbeispiel für eine lokale Initiative, die Werkstatt Baukultur Bonn. In dieser Kulturgruppe engagiere ich mich selber und habe somit das Vergnügen, mich beruflich für das zu interessieren, was ich in meiner Freizeit treibe.

### **Mitsprache national denken: Bürger fürs Mitmachen fit machen**

Die Geschichte der Heimatpflege ist eine große Erzählung von Bürgerbeteiligung, und zwar von solcher, die von Bürgern gefordert wurde, nicht solcher, die vom Staat vorgesehen war – solche kam erst Jahrzehnte später. Unter dem Eindruck weitreichender Veränderungen der vertrauten Umwelt im Zeitalter der Industrialisierung formierten sich im 19. Jahrhundert Gruppen von Naturfreunden und Kulturfreunden. Ihre Landschaften, wie historische Fotografien sie uns überliefern, begannen sich zu verändern, durch technische Überprägung moderner zu werden. So wichtig neue Eisenbahntrassen, Flussbegradigungen, Talsperren et cetera für den wirtschaftlichen Aufschwung im erst kurz vorher zum Nationalstaat gewordenen Deutschland waren: Diese Veränderungen bedeuteten tatsächlich vielfach einen Verlust von jahrhundertlang relativ unverändert überlieferten historischen Kulturlandschaften und auf dem Feld der Baukultur den Verlust wertvoller historischer Bauwerke (die gegen neue Großbauten ausgetauscht wurden, die ihrerseits natürlich heute oft längst unter Denkmalschutz

stehen). Weil Naturschutz und Denkmalschutz noch nicht als staatliche Aufgaben institutionalisiert waren, nahmen engagierte Bürger dies in die Hand. Eine solche Darstellung ist natürlich vereinfacht: So bedeutet beispielsweise Bürgertum um 1890 und Bürgertum um 1980 oder auch 2015 durchaus etwas anderes. Im Zusammenhang dieser Überlegungen sei es gestattet, die Begriffe zeitübergreifend zu verwenden, obwohl deren inhaltliche Hinterlegung nicht vollständig identisch ist.

Im 1897 vom Berliner Musikprofessor Ernst Rudorff zivil reformulierten Begriff des Heimatschutzes waren Aspekte von Naturschutz, Kulturerbeschutz und Brauchtum – quasi das immaterielle Kulturerbe – verbunden. Im Jahre 1904 gründete Rudorff den Bund Heimatschutz, dessen erster Vorsitzender Paul Schultze-Naumburg wurde. Mit Vorträgen, Publikationen und dem, was man heute Networking nennen würde, verschafften die Mitglieder ihren Anliegen Gehör und beteiligten sich an der Meinungsbildung und Entscheidungsfindung, in dem sie ihre spezifischen Schutzinteressen mit Verve vortrugen. Im Nachhinein betrachtet ist es eine Erfolgsgeschichte: Der aus der Gesellschaft hervorgebrachte Wunsch nach Schutz von Natur- und Kulturerbe manifestierte sich bald in hoheitlichen Institutionen und staatlichem Handeln. Die erste Naturschutzeinrichtung wurde immerhin 1906 in Preußen begründet. Man könnte vielleicht kühn formulieren, dass die Umweltbewegungen der 1970er Jahre eine vergleichbare Entwicklung nahmen, indem sie sich sogar zu einer (heute vielerorts mitregierenden) Partei verfestigten und selbständige Ressorts auf Ministeriumsebene hervorbrachten.

Der weitere Werdegang des Bund Heimatschutz war typisch: In den Jahren des Ersten Weltkrieges nahm er das Attribut „deutsch“ in seinen Namen auf und wurde 1937 als Deutscher Heimatbund gleichgeschaltet. Nach dem Zweiten Weltkrieg war lange Zeit der Heimatbegriff problematisch, vor allem weil er von den Vertriebenenverbänden mit entsprechenden Forderungen im Munde geführt wurde.

Ein entscheidender Schritt wurde die Modernisierung der Gesellschaft durch die Umbruchzeit um 1968. Differenzierte gesellschaftliche Gruppen und allgemein der Wunsch nach Mitwirkung bestimmen seither unser Leben. Um 1970 verteidigten Bürger ihre Städte verstärkt gegen Großbauvorhaben und Investorenprojekte. Heute ist diese Zeitschicht ihrerseits Kulturerbe geworden, kommt stellenweise (endlich) unter Denkmalschutz. Wer sich an den Diskursen beteiligt, kann durchaus Unterschiedliches wollen. Harald Deilmanns

Dortmunder West LB-Gebäude aus den 1970er Jahren ist mittlerweile als Denkmal geschützt. Wer erlebt hat, wie für solche Gebäude historische Vorgängerbauten abgebrochen wurden, hat es mit der positiven Bewertung schwerer. Immer noch wird solche Architektur als Bausünde bezeichnet, womit in der Gegenwart die unselige Verbindung von Architekturbewertung und Ethik munter fortgeführt wird. Unter jüngeren Leuten gelten solche Objekte hingegen vielfach als „Kult“. Welchen Teil der Bürger beteiligt man also? Alte, junge, gebildete, interessierte, zukünftige Steuerzahler oder die, die schon genügend geleistet haben? Und weiter gefragt: Wenn Bürger mitsprechen sollen, zu welcher Sprache sollen sie eigentlich kommen? Bürgerbeteiligung ist nicht homogen, der zusammenfassende Begriff täuscht über die Differenzierungen und Differenzen hinweg. Für den Begriff Heimat gilt dasselbe.

Im Jahre 2014 feierte der BHU seinen 110. Geburtstag. Etwas Entscheidendes hat sich im Vergleich zu 1904 geändert: Es geht weniger darum, konkret zu wissen, was „richtig“, „gut“ oder gar „Heimat“ ist. Aus vermitteltem Sachwissen ist Methodenwissen geworden. Es geht darum, auf das Wissen der Menschen zu hören

– Citizen Science ist ein aktuelles Stichwort – und sie fürs Mitmachen im Staat fit zu machen. Diese Haltung resultiert aus der Erkenntnis, dass es immer wieder Zeiten gab, in denen zu genau gewusst (beziehungsweise verordnet) wurde, was Begriffe bedeuten sollen. Heute erscheint es viel interessanter, auf Bürger und ihre Aktivitäten zu hören, daraus Methoden zu destillieren und diese als Anregungen weiterzugeben. So unterstützt die Arbeit des BHU beispielsweise staatliche Stellen, indem sie einen Bildungsauftrag erfüllt, den andere Akteure in dieser Form nicht leisten könnten. Die Verlegung auf Methodenwissen ist eine wichtige Voraussetzung dafür, dass die Vielfalt bürgerschaftlichen Engagements angemessen gewürdigt wird.

Partizipation hat der BHU aktuell anhand dreier Themen besonders im Blick, nämlich Landschaft, Energiewende und Baukultur. Zu nennen sind der Einsatz für die Europäische Landschaftskonvention (unter anderem Recht auf Mitgestaltung von Landschaft für alle), der Einsatz für die landschaftsverträgliche und bürgerbezogene Ausgestaltung der Energiewende und zudem der Einsatz für die Vermittlung von Baukultur- und Denkmalpflegethemen.



Auch Großbauten sind heute ein Aspekt von Heimat und identitätsstiftend.

Die jüngsten BHU-Publikationen zum Kulturerbe der Nachkriegsmoderne und das Compendium „Baukultur und Denkmalpflege vermitteln. Beispiele, Methoden, Strategien“ enthalten eine Fülle von Beispielen für Aneignungsweisen und Vermittlungsformen von Baukultur, gesammelt unter anderem auf den Tagungen des Verbandes. Damit zielt die Verbandsarbeit darauf ab, Menschen eine solide Grundlage für ihr Engagement zu geben, denn im Idealfall gibt es bereits gute Vorbilder, die sich übertragen lassen. „Wege zu einem neuen Bewusstsein für Großbauten der 1960er und 1970er Jahre“ heißt beispielsweise einer der Untertitel. Solche Projekte stellen auf nationaler Ebene Informationen bereit, um Bürgerinnen und Bürgern bei ihrer aktiven Mitsprache zu helfen und sie dazu zu ermutigen. Dabei versteht es sich von selbst, dass solche Arbeit in enger Absprache mit Akteuren wie Hochschulen, Akademien und Forschungseinrichtungen, anderen Verbänden und Stiftungen, Behörden, Netzwerken und Vereinen geschehen muss. Die Publikation „Energiewendungslandschaften gestalten. Leitlinien und Beispiele für Bürgerpartizipation“ fasst daher Beiträge unterschiedlichster Perspektiven zusammen, die sich nicht immer restlos harmonisieren lassen, doch deren gegenseitige Kenntnis unabdingbar ist.

### **Gut vernetzt im Bundesland: das Denkmalnetz Bayern**

Wie lässt sich engagierten Bürgern und solchen, die es werden wollen, gezielt Hilfe und Unterstützung anbieten? Das 2011 mit Hilfe des Bayerischen Landesvereins für Heimatpflege gegründete Denkmalnetz Bayern hat hier eine Vorbildrolle. Entstanden ist das Netz aus der Einsicht, dass eine einzelne Initiative – mag sie noch so gut sein – es wahrscheinlich schwerer hat als ein Verbund, bei dem sich Gleichgesinnte gegenseitig den Rücken stärken. Entstanden ist daher ein höchst wachsendes Informationsnetzwerk, das selbständig und eigenverantwortlich handelt.

Mittlerweile hat das Netz mit über 60 Mitgliedsgruppen, nämlich Initiativen und Vereine in ganz Bayern, zahlreiche Erfolge zu verzeichnen. Viele Gruppen sind von Erwachsenen getragen und an sie gerichtet, manche legen einen Schwerpunkt auf jüngere Menschen. Das Netz hat sich als Stimme für bürgerschaftliches Denkmalengagement in Bayern etabliert und findet in der Politik Gehör. Die Bandbreite der Aktivitäten ist groß, wobei das zentralisierende Moment immer nur so weit wie nötig im Vordergrund steht. Die Erfolge sind die Vernetzung vieler Akteure, die voneinander

lernen, mit- und füreinander aufpassen und durch Zusammenhalt stärker werden. Die Verbindlichkeit, die damit entsteht, ist ein Zeichen an die restliche Gesellschaft und an die Politik: Unser Mitmachen ist nicht nur ein punktuell aufblitzendes Phänomen, sondern es ist uns ernst. Die Mitglieder des Netzes positionieren sich konzentriert, und das ist eine gute Grundlage. Ein Porträt des Denkmalnetzes wurde selbstverständlich in das Methodenhandbuch zur Vermittlung von Baukultur und Denkmalpflege aufgenommen.

### **Werkstatt Baukultur Bonn**

Abschließend vertritt die Werkstatt Baukultur Bonn als Beispiel das Feld der Einzelinitiativen, die oft gut vernetzt, aber (noch) nicht Teil einer größeren Gemeinschaft sind. Diese studentische Kulturgruppe hat keine Rechtsform, was Vor- und Nachteile gleichermaßen bedeutet. Ihr Angebot verstehen die Mitglieder, zumeist Studierende der Kunstgeschichte und Geographie, als Beteiligung an der Stadt Bonn, wobei die Devise lautet: „Beteiligen durch Informieren“.

Die Gründung hängt mit der Bonner Beethovenhalle zusammen, die die Gruppe ab 2009 gegen Abrisspläne wegen eines Festspielhauses verteidigt hat. Leider wussten die wenigsten der Entscheidungsträger wirklich über Fragen des Denkmalschutzes Bescheid, und auch in der Öffentlichkeit waren die Diskussionen mehr von persönlichen Befindlichkeiten denn von sachlichen Argumentationen geprägt. Für Baukultur als Umgangskultur war das keine gute Grundlage. Daher beteiligen sich die Studierenden seit sechs Jahren, indem sie anbieten, die Öffentlichkeit über Themen aus Architektur, Städtebau und Denkmalschutz zu informieren und sie Qualitäten von Bauten und Anlagen sehen zu lehren: neben der Beethovenhalle sind das zumeist weitere Objekte der Nachkriegsmoderne, die bekanntlich genügend Streitpotenzial bieten. Regelmäßige Führungen, Abendveranstaltungen und kleine Publikationen sind dafür die geeigneten Instrumente. Als Mitbegründer der Gruppe sei mir die positive Sichtweise verziehen, zumal ich denke, objektiv sagen zu dürfen, dass die Arbeit der Werkstatt für viele Bonnerinnen und Bonner eine Verbesserung des Kenntnisstandes und der Diskussionskultur gebracht hat. Umgekehrt hat es uns viel gebracht, Akteure auf Landesebene (Rheinischer Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz) und auf Bundesebene (BHU) auf unserer Seite zu wissen. Auch dazu gibt es Näheres im Methodenhandbuch nachzulesen.



Bürgerwerkstätten sind eine Form der Beteiligung.

## Fazit

Nach den drei Ebenen nun im Bogen zurück: Bürgerschaftliche Mitsprache gibt es reichlich und in bewundernswerter Fülle. Damit Beteiligung gelingen kann, braucht sie eine vernünftige Sprache, und deren Grundlage sind sachliche Informationen. Bürgerschaftliches Engagement beispielsweise für das Erforschen einzelner Gebäude stellt eine große Ressource dar. Doch Sprechen alleine reicht nicht – es muss gehört werden, wozu es auch Instanzen braucht, die Gehör verschaffen. Damit das gelingt, tut es Städten gut, wenn sie Gruppen wie die Werkstatt Baukultur und Netzwerke wie das Denkmalnetz Bayern ernst nehmen. Gelingende Beteiligung darf dabei nicht von persönlichen Kontakten oder guten Presseverteiltern abhängig sein. Die Beteiligung muss eine feste Form finden und damit planbar und zuverlässig werden. Die Empfehlung lautet daher, dieses große Potenzial abzuschöpfen. Ich würde allen Kommunen dazu raten, sich ernst zu nehmende – nicht: Gegner -, sondern Ratgeber im zivilgesellschaftlichen Bereich zu schaffen und die Kontakte zu pflegen.

Für die Länderebene regt der BHU mit seinen Landesverbänden die Gründung weiterer Denkmalnetze an. Im Rheinland, in Württemberg und in Niedersachsen sind solche Ideen schon verbandsintern laut geworden. Man müsste sie mit anderen im Aufbau befindlichen und vorhandenen Baukultur-Netzen abgleichen und vor allem Klarheit über die Rollen gewinnen. Im Rahmen solcher Bündnisse wären gegenseitiges Coaching und Supervision wichtig, ebenso ein Austausch und Fortbildungen zum Beispiel über Formate des Informierens, Kommunizierens und am Ende Partizipierens. Aktive Mitsprache durch solche Bündnisse braucht ebenfalls Adressaten, nämlich Landespolitik, Städtetage oder auch den Städte- und Gemeindebund. Müsste man nicht auch hier wiederkehrende Strukturen schaffen, in deren Rahmen sich die Bürger und diejenigen, die formal die Entscheidungen fällen, begegnen? Solche Strukturen müssen einfach zugänglich sein. Das Denkmalnetz Bayern ist mittlerweile im Landesdenkmalrat tätig – ein guter Schritt! Es brauchte stabile und geregelte Kontaktflächen, und diese zu schaffen, lautet die zweite Empfehlung.

Verbände wie der BHU wollen auf Bundesebene wirksam werden. Die Geschäftsstelle in Bonn erreichen immer wieder Anfragen wie „Wer schützt mein altes Bauernhaus?“ oder „Wohin mit meinen historischen Apfelsorten?“ Diesen Anfragen kann der Verband sich nicht im Detail zuwenden. Er kann vielmehr, wenn sich anhand solcher Fragen bestimmte Themenbereiche abzeichnen, Methodenprojekte dazu entwickeln. So wird er zum Bildungsträger eigenen Zuschnitts und ergänzt staatliches Handeln. Ihm kommt dabei durch Bürgernähe eine Vertrauenswürdigkeit zu, die staatliche Stellen manchmal nicht genießen. Fitmachen fürs Mitmachen, lautet eine wesentliche Devise des BHU. Aktive Mitsprache bedeutet ihm, dass Beteiligung nicht nur defensiv und im Rahmen staatlicher Konsultationsprozesse erfolgt, sondern pro-aktiv sein muss: Bürger müssen mehr initiieren dürfen. Dafür muss ihnen ein leichter Zugang zu den Entscheidungsstellen gegeben werden. Warum nicht ein monatlicher Runder Tisch Baukultur oder ähnliche verbindliche Formen für den Austausch? Dies wäre eine dritte Anregung, in die Kommunen, deren Bürgermeister und Stadtbauräte sich auf diese Weise auch regelmäßige Fortbildungen in Sachen Bürgerengagement gönnen könnten, und das vielleicht sogar in geselliger Runde.

Der Rückblick auf das Thema Bürgerbeteiligung zeigt, dass bürgerschaftlicher Einsatz immer sehr wichtig war und nicht zuletzt zu staatlichem Handeln geführt hat. In letzter Zeit sind einige Partizipationsprojekte schiefgegangen. Vor „Stuttgart 21“ erschauern viele. Ich würde persönlich aus der Perspektive des Bundesverbandes, mit Blick auf die zahlreichen positiven Beteiligungsinitiativen, sagen: Es gibt so viel konstruktives Engagement, dass es Spaß und Freude macht, dieses einzubeziehen. Die wenigsten Initiativen sind nach meiner Erfahrung destruktiv aufgestellt. Streitpunkt ist nicht „gut“ oder „schlecht“ – sondern wie das Gute aussieht. Die Kunst auf hoheitlicher Seite liegt wohl darin, bei Bürgern, die sich beteiligen wollen, keinen Frust aufkommen zu lassen, indem man sich beratungsresistent zeigt.

#### Zum Weiterlesen

Martin Bredenbeck, Horst Fleischer: Spannungsfelder. Denkmalpflege zwischen staatlicher Verwaltung und privatem Engagement, in: Thüringisches Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie (Hg.): Denkmalpflege. Kontinuität und Avantgarde. Dokumentation der Jahrestagung der Vereinigung der Landesdenkmalpfleger in der BRD vom 16. Juni bis 19. Juni 2013 in Erfurt. Erfurt 2013 (Arbeitsheft des Thüringischen Landesamtes für Denkmalpflege und Archäologie, Neue Folge, Band 43), S. 42-50.

Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (Hg.): Klötze und Plätze. Wege zu einem neuen Bewusstsein für Großbauten der 1960er und 1970er Jahre. Bonn 2012.

Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (Hg.): Baukultur und Denkmalpflege vermitteln. Beispiele, Methoden, Strategien. Bonn 2013.

Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (Hg.): Energielandschaften gestalten. Leitlinien und Beispiele für Bürgerpartizipation. Bonn 2014.

Deutsches Nationalkomitee für Denkmalschutz (Hg.): Kommunizieren – Partizipieren. Neue Wege der Denkmalvermittlung. Bonn 2012 (Schriftenreihe des DNK, Band 82).



Dr. Martin Bredenbeck, von 2011 bis 2016 wissenschaftlicher Referent beim Bund Heimat und Umwelt in Deutschland (BHU), mit Schwerpunkt Baukultur und Denkmalpflege. 1998 bis 2006 Studium der Philosophie, Geschichte, klassischen Archäologie und Kunstgeschichte; 2011 Dissertation.

Ehrenamtliche Tätigkeit: beim Rheinischen Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz, beim Architektur Forum Rheinland und beim Dialograum Kreuzung an Sankt Helena; Gründungsmitglied der Initiative Beethovenhalle und der Werkstatt Baukultur Bonn; lehrt Kunstgeschichte an der Universität Bonn und Architekturgeschichte an der Hochschule RheinMain in Wiesbaden; Forschungen zum 19. bis 21. Jahrhundert, unter anderem zur Nachkriegsmoderne, zum Phänomen des Historismus, zu Gartengestaltung und zu Vermittlungsarbeit.

# BÜRGER.MACHT.IDEEN – eine Woche für den Marktplatz in Bischofswerda

Ein Interview mit Vertretern von Bürger.Macht.Ideen, eine Initiative des KulturOrt e. V.

## Vor welchen Herausforderungen steht die Altstadt von Bischofswerda aktuell?

Bischofswerda erscheint auf den ersten Blick wie die Mehrzahl ostdeutscher Kleinstädte: In den letzten 20 Jahren schwand die Bevölkerung und es erfolgte die großflächige Sanierung der Innenstadt, während auf der grünen Wiese Gewerbeeinheiten entstanden. Somit verwaisten der Marktplatz und die angrenzenden Straßen in der Altstadt zunehmend. Bemühungen zur Wiederbelebung des Stadttinneren führten in den letzten Jahren zwar zu zahlreichen Debatten, aber zu kaum realisierten Projekten. Als Oberbürgermeister Erler (Christlich Demokratische Union) vorschlug (später als Aprilscherz relativiert), dass der geplante Neubau von „Kaufland“ auf dem Markt einen geeigneten Platz finden könnte, da er zentral und gut erreichbar sei, begann eine erneute Debatte zur Funktion des Marktplatzes, die von KulturOrt e. V. aufgegriffen wurde. Der Verein ging davon aus, dass die zahlreichen Läden in den Erdgeschosszonen am Markt und in den davon wegführenden Straßen perspektivisch nicht für Einzelhandel benötigt werden. Daher engagierte sich KulturOrt e. V., um neue Ideen in den Mittelpunkt zu stellen, um die Leere produktiv zu füllen.

## Wer sind die Initiatoren des Projekts „BÜRGER.MACHT.IDEEN“ und was treibt Sie als Verein KULTURORT e. V. an?

Die Initiatoren stammen überwiegend aus Bischofswerda, sind hier geboren und aufgewachsen und wollten sich mit der aktuellen Entwicklung in der Stadt nicht abfinden. Es engagieren sich ehrenamtlich:

Heiko Düring gründete 1994 das Jugendkulturelle Zentrum Eastclub, das mit Musikveranstaltungen, Lesungen et cetera das kulturelle Leben

in Bischofswerda bestimmt. Vorstandsmitglied von KulturOrt e. V., lebt in Bischofswerda

Karen Laube, Dipl.-Grafik-Designerin, seit 2008 Mitbetreiberin von mzin (Buchhandlung und Projekt) in Leipzig, Organisation von Ausstellungen und Veranstaltungen, arbeitet und lebt in Leipzig

Marlen Martin, Studium Kulturwissenschaft, Europäische Ethnologie und Rumänisch in Berlin, seit 2013 Regionalmanagerin im Koordinierungsbüro „Integrierte Ländliche Entwicklung“ für die Region Bautzener Oberland, lebt in Wehrsdorf

Norman Reitner, Studium Kulturmarketing und -management, 2011-2013 Sachgebietsleiter Kultur, Stadt Bischofswerda, lebt in Bischofswerda

Britt Schlehahn, Kulturwissenschaftlerin und Kunsthistorikerin, seit 2005 Organisation von Veranstaltungen zum öffentlichen Raum, lebt in Leipzig

Frank Schöne, Dipl.-Ing. für Technische Gebäudeaustattung, Organisation im Eastclub, seit 2014 Programmdirektor Scheune in Dresden, Vorstandsmitglied KulturOrt e. V., lebt und arbeitet in Dresden und Ohorn

Der Verein möchte die Kommunikation zu Leerstand initiieren und Ideen fördern, wie produktiv damit umgegangen werden könnte. Der Verein sieht sich somit als Schnittstelle zwischen Bürgerschaft, Verwaltung und Politik, um Probleme zu thematisieren und Lösungen gemeinsam zu erarbeiten.

## Mittelpunkt Ihrer Aktivitäten ist der Marktplatz der Stadt – warum ist dieser Ort so wichtig und welche Bedeutung hatte er auch historisch?

Ein Marktplatz symbolisiert das öffentliche Bewusstsein einer Gemeinschaft. Er ist der Ort, an dem sich traditionell die Gemeinschaft trifft, austauscht und kommuniziert. Der Marktplatz von Bischofswerda zeichnet sich durch eine einheitliche Bebauung aus, die der Dresdner Architekt Gottlieb Thomas Thormeyer im klassizistischen Stil nach dem großen Stadtbrand 1813 errichtete. Während zu DDR-Zeiten zwei Bundesstraßen den Platz querten, erfolgte 2007 die Umgestaltung, vollständige Sanierung und Verkehrsberuhigung des Marktes. Sitzbänke und Pflanzkübel wurden aufgestellt und eine in Bischofswerda polarisierende Skulptur – der sogenannte Medienturm – in der Mitte errichtet. Weitere Sitzmöglichkeiten wurden im Halbrund angeordnet, so dass eine geradezu ideale Veranstaltung- und Kommunikationssituation bereits räumlich vorhanden ist. Jedoch fehlt die lebendige Nutzung.

### Im September 2014 haben Sie eine Aktionswoche durchgeführt – was waren Ihre Ziele dabei und was für Projekte und Veranstaltungen gab es?

Wir wollten Wege aufzeigen, wie der Marktplatz und die angrenzenden Straßen wieder genutzt werden könnten. Dazu luden wir lokale und regionale Initiativen ein, wie beispielsweise die Centergegner, die eine Schaufensterfläche mit ihren Aktivitäten gegen den Bau von überdimensionalen Einkaufszentren aufzeigten. Der Bürgerverein Weißwasser stellte ebenso wie die Bürgerinitiative Kaufhaus Görlitz seine Aktivitäten vor. Der Museums- und Geschichtsverein Bischofswerda präsentierte Zeugnisse aus der Stadtgeschichte und ein Ladenschaufenster erinnerte an die Geschichte des Fußballvereins Bischofswerdaer FV 08 und den historischen Sieg gegen den Berliner FC in der 1. DDR-Oberliga am 2. Mai 1987. Außerdem gab es für die Woche ein Bürgercafé, in dem Wünsche und Ideen zur Belebung gesammelt werden konnten. So fanden in dem Bürgercafé Workshops und Vorträge statt und es stellte sich die Initiative „Im Friese“ mit Kunstwerken sowie die Kulturfabrik Hoyerswerda mit einem Film über das Tanzprojekt „Eine Stadt tanzt“ vor. Auf dem Marktplatz selbst fanden in der Aktionswoche die unterschiedlichsten Veranstaltungen statt, die wir im Vorfeld mit den Vereinen geplant haben. So wurden etwa Schach- und Tischtennisspiele, eine Gesprächsrunde mit den Oberbürgermeistern aus der Region zur idealen Stadt und dem idealen Marktplatz ebenso wie zu Raumpionieren in Kleinstädten organisiert. Die geplante Freiluft-Kinovorstellung wie auch das Chorkonzert mussten aufgrund der Witterung allerdings in einem geschlossenen Raum aufgeführt



Marktplatz von Bischofswerda

werden. Darüber hinaus wurden täglich Führungen zu den ausgestellten Initiativen angeboten. Eine Stadtwanderung eröffnete das Gespräch zur privaten und öffentlichen Geschichte und die Rolle des Marktplatzes in der eigenen Wahrnehmung. Auf großes Interesse stießen die Veranstaltung zu Kochen auf dem Wochenmarkt und die Abschlussveranstaltung, auf der alle Wünsche und Ideen auf der Marktmittte zu lesen waren und noch weitere hinzugefügt werden konnten.

Die gesammelten Wünsche und Ideen bilden das Ausgangsmaterial für die weitere Kommunikation und wurden in zwei anschließenden Bürgerversammlungen diskutiert. In Diskussion mit Verwaltung und Politik wurde aus diesen über 30 Vorschlägen eine Prioritätenliste erstellt, die es nun umzusetzen gilt.

### Wie geht es jetzt weiter mit „BÜRGER.MACHT. IDEEN“ in Bischofswerda?

Einige Formate aus 2014 werden kontinuierlich fortgeführt, um eine Kontinuität in der Auseinandersetzung mit dem Thema „Belebung der Innenstadt“ zu gewährleisten.

## Steckbrief zur Stadt

Stadt	Bischofswerda
Bundesland	Sachsen
Meilensteine der Stadtgeschichte und Stadtentwicklung <sup>1</sup>	<p>Alle wesentlichen historischen Entwicklungsschritte der Stadt Bischofswerda bilden sich bis heute im Stadtbild ab und beeinflussen auch die gegenwärtige städtebauliche Entwicklung:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Mittelalterlicher Stadtgrundriss der Altstadt sowie Wegeführung der mittelalterlichen Handelsstraßen – nahezu unverändert erhalten</li> <li>→ Eigenständige Entwicklung der dörflichen Ortslagen Belmsdorf, Geißmannsdorf, Goldbach, Großdrebnitz, Schönbrunn und Weickersdorf als bauliche Ansiedlung seit etwa dem 12. Jahrhundert</li> <li>→ Ab 1813 klassizistischer Wiederaufbau der Innenstadt nach dem Stadtbrand, ein hoher Anteil an originaler Bausubstanz dieser Zeit ist erhalten, Entstehung der heutigen Wahrzeichen der Stadt nach Plänen des sächsischen Hofbaumeisters Thormeyer</li> <li>→ Ab circa 1844 frühindustrielle Ansiedlungen und gründerzeitliche Gewerbeansiedlungen im Umfeld der Innenstadt, Bahnanbindung und Entwicklung erster Industriegebiete im Bahnhofsumfeld</li> <li>→ Spätes 19. bis Mitte 20. Jahrhundert: Anlage gründerzeitlicher Wohnquartiere im direkten Umfeld der Altstadt und an den Ausfallstraßen, Anlage erster durchgrünter reiner Wohnstandorte in der Nordstadt</li> <li>→ Nach 1944: Entwicklung eigenständiger Mietwohnungsgebiete, Wohnungsbaustandorte der DDR-Zeit – teilweise in vorhandene Siedlungsstrukturen integriert, Entstehung des Großwohnstandortes im Stadtteil Neu-Süd ab den 1970er Jahren</li> <li>→ Ausbau des Industriekomplexes im Süden der Stadt</li> <li>→ Ab 1990 neuzeitliche Stadterweiterungen, vorrangig im Norden</li> </ul>
Einwohnerzahl <sup>2</sup>	11.798 (31. Dezember 2013)
Einwohnerentwicklung <sup>3</sup>	1834: 2.434, 1880: 4.778, 1960: 11.350, 1981: 13.319, 2005: 12.962, 2013: 11.798, 2015: 11.500, Prognose 2020: 11.000, Prognose 2025: 10.400
Gebäudeleerstand <sup>4</sup>	circa 40 leerstehende Geschäfte in der Innenstadt circa 260 freie Handels- und Gewerbeflächen
Zukünftige Herausforderungen der Stadtsanierung und Stadtentwicklung	Leitbild der Region „Tor zur Oberlausitz“ – gemeinsam in die Zukunft (2022+): Entwicklung bedarfsgerechter Konzepte für die Innenstadt und andere Stadtteile; Unterstützung der Beseitigung des Gebäudeleerstandes; Verbesserung der Angebote des öffentlichen Personennahverkehrs; Sorge um ausreichende innerstädtische Parkflächen; Einführung Parkleitsystem; Planung familien- und seniorengerechter Wohngebiete; barrierefreie Stadt
Erstellt von der Initiative Bürger.Macht.Ideen des KulturOrt e.V.	

<sup>1</sup> Integriertes Stadtentwicklungskonzept der Großen Kreisstadt Bischofswerda, 2003.

<sup>2</sup> [www.bischofswerda.de](http://www.bischofswerda.de)

<sup>3</sup> [www.bischofswerda.de](http://www.bischofswerda.de); [www.statistik.sachsen.de](http://www.statistik.sachsen.de); Statistisches Jahrbuch 1976 und 1988; Statistisches Landesamt Sachsen.

<sup>4</sup> Handelsflächeninformationssystem Sachsen, Stand: 2013.



Ziel des „Tags der Städtebauförderung“ ist es, kommunale Projekte der Städtebauförderung in der Öffentlichkeit zu präsentieren.

# Tag der Städtebauförderung

Ein Beitrag von Marc Lucas Schulten, Agentur für den Tag der Städtebauförderung 2015  
c/o Schulten Stadt- und Raumentwicklung

Am 9. Mai 2015 fand zum ersten Mal der bundesweite „Tag der Städtebauförderung“ statt. Ziel dieses wiederkehrenden Aktionstages ist es, die Bürgerbeteiligung zu stärken und kommunale Projekte der Städtebauförderung in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Die Initiative geht auf die Bauministerkonferenz zurück und wird von Bund, Ländern, Deutschem Städtetag und Deutschem Städte- und Gemeindebund gemeinsam umgesetzt.

583 Kommunen haben am 9. Mai 2015 mit weit mehr als 1.000 Veranstaltungen den ersten Tag der Städtebauförderung durchgeführt. Insgesamt erreichten die Veranstaltungen über 100.000 Besucher. Viele Städte und Gemeinden haben viel Kreativität und Engagement gezeigt, einige haben mit ihren Veran-

staltungsformaten Neues gewagt. Für mehr als 80 Prozent der teilnehmenden Städte und Gemeinden haben sich die Erwartungen an den Aktionstag erfüllt. Ein Großteil wird auch im nächsten Jahr wieder dabei sein. Nach diesem gelungenen Auftakt wird sich der gemeinsame Aktionstag von Bund, Ländern und Gemeinden in Zukunft weiter etablieren.

Er bietet auch ein attraktives Forum zur Präsentation der Erfolge, die mit dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz erzielt wurden und werden. Immerhin haben 143 Städte und Gemeinden aus diesem Programm teilgenommen. Mit 360 Veranstaltungen haben sie mehr als 35.000 Besucherinnen und Besucher erreicht. Führungen und Rundgänge machten dabei mehr als ein Viertel der Veranstaltungen aus.

## Das Dilemma mit der Bürgerbeteiligung

Die Bereitschaft zur aktiven Mitwirkung der Bevölkerung an Planungsprozessen bleibt trotz aller Angebote überschaubar und selbst die besten Verfahren erreichen kaum eine repräsentative Zahl von Bürgerinnen und Bürgern. Dennoch ist Bürgerbeteiligung ein sinnvoller und qualifizierender Baustein in Planungsprozessen, denn Bürgerinnen und Bürger sind Experten für ihren Ort und ihr Wissen und ihr Engagement sollte nicht ungenutzt bleiben. Angesichts offensichtlich vorhandener Hürden für eine stärkere aktive Mitwirkung an Planung stellt sich die allgemeine Frage, worin denn die Probleme liegen.

Zweifelsohne ist räumliche Planung ein komplexer Prozess. Und auch die unverzichtbaren integrierten städtebaulichen Entwicklungskonzepte sind für den Laien in weiten Teilen abstrakt. Da zudem beim Aufstellungsprozess der Konzepte oft noch unklar ist, ob und welche geplanten Maßnahmen wirklich umgesetzt werden können, bleibt bei den Bürgerinnen und Bürgern letztlich eine große Skepsis, ob sich Beteiligung überhaupt lohnt und ob man inhaltlich wirklich „mitreden“ kann.

## Transparente Planung ist Grundlage für qualifizierte Beteiligung

Die Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung werden häufig in Stufen unterschiedlicher Intensität beschrieben und reichen auf niedriger Stufe von reinen Informationsangeboten bis zu Beteiligungsformaten der Mitbestimmung und Mitgestaltung. Für viele ist Letzteres die Königsdisziplin der Bürgerbeteiligung.

Die Intensität der Bürgerbeteiligung ist für sich genommen jedoch noch kein Beleg für deren Qualität. So zeigen einige Konflikte in Prozessen der räumlichen Planung, dass zwar häufig eine gute fachliche Abwägung und Lösungsfindung stattgefunden hat und oft auch eine intensive Beteiligung erfolgt ist. Deutlich wird aber immer wieder, wie wichtig die anschauliche und verständliche Information über Planungsprozesse ist. Informationsdefizite und eine unzulängliche beziehungsweise intransparente öffentliche Dokumentation führen häufiger zu Konflikten als eine zu niedrige Stufe der Beteiligung.

Gerade wichtige Projekte der Stadt- und Stadtteilentwicklung müssen nicht nur von einem guten Beteiligungskonzept, sondern auch von einer guten,

niederschweligen Informations- und Kommunikationsstrategie flankiert werden. Gerade die „guten Beispiele“ aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz bieten eine große Chance für die Vermittlung von städtebaulichen Qualitäten und deren Wert für lebenswerte Städte und Gemeinden. Am Tag der Städtebauförderung lassen sich diese Projekte als integrierter Teil guter Stadtentwicklung in den Blick rücken.

## Hintergrund und Ziele zum Tag der Städtebauförderung

Seit über 40 Jahren arbeiten Bund, Länder und Kommunen bei der Aufwertung von Stadtquartieren und erhaltenswerter Bausubstanz Hand in Hand und steigern mit ihren Maßnahmen spürbar die Lebensqualität vor Ort. Viele Untersuchungen bestätigen die Tatsache, dass die öffentlichen Mittel für die Städtebauförderung



Die Städtebauförderung ist Motor für Stadterneuerung.

etwa das Siebenfache an privaten Folgeinvestitionen anstoßen. Angesichts klammer kommunaler Kassen erweist sich die Städtebauförderung damit als wesentlicher Motor für Maßnahmen der Stadterneuerung und Quartiersentwicklung wie auch des städtebaulichen Denkmalschutzes. Seit Bestehen der Städtebauförderung sind mehr als 3.200 Kommunen gefördert und über 7.700 Maßnahmen umgesetzt worden.

Deshalb ist es erstaunlich, wie wenig bekannt die Städtebauförderung als eines der zentralen Stadtentwicklungsprogramme in der Öffentlichkeit ist, trotz ihrer unübersehbaren Erfolgsbilanz.

## Der Tag der Städtebauförderung soll Beteiligungskultur vor Ort stärken

Eine erfolgreiche Gebietsentwicklung und der Erhalt wertvoller Bausubstanz erfordert ein gutes Zusammenspiel der beteiligten Akteure. Die frühzeitige Einbindung verwaltungsinterner Stellen und institutioneller Akteure ist dafür wichtig. Aber auch die Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern ist seit vielen Jahrzehnten integraler Bestandteil der Städtebauförderung. Im Baugesetzbuch und in der Verwaltungsvereinbarung Städtebauförderung sind Verfahren und Aktivitäten zur Öffentlichkeitsarbeit und Bürgerbeteiligung vorgesehen, denn dies macht heute einen Planungsgrundsatz aus. Ein zentrales Anliegen des Tages der Städtebauförderung ist es, die Beteiligungskultur vor Ort zu stärken und Bürgerinnen und Bürger sowie Akteure der Gebietsentwicklung zur Mitwirkung an Planungsprozessen zu motivieren. Der Tag der Städtebauförderung soll Städte und Gemeinden unterstützen, um die Beteiligungskultur vor Ort zu stärken. Deshalb wurde er bewusst als dezentrales Format organisiert, das die teilnehmenden Städte und Gemeinden ohne große Vorgaben individuell und vor dem Hintergrund ihrer lokalen Beteiligungskultur ausgestalten können. Zur Motivation ihrer Bürgerschaft für einen Besuch von Veranstaltungen am Tag der Städtebauförderung haben viele Kommunen gute Beispiele und Umsetzungsergebnisse in den Mittelpunkt ihrer Aktionen gestellt. Dies konnten zum Beispiel Eröffnungsfeste, Baustellenbesichtigungen und Stadtführungen sein.

## Was der Tag der Städtebauförderung leisten kann

Der Tag der Städtebauförderung kann die komplexen Mechanismen sicher nicht auflösen, denen Planungsprozesse unterliegen. Er ermöglicht aber eine Annäherung, indem er den Bürgerinnen und Bürgern insbesondere anhand realisierter Projekte zeigt, wie leicht und erfolgreich eine persönliche Beteiligung sein kann. Hieraus kann eine Motivation zur aktiven Mitwirkung bei zukünftigen Prozessen der Umgestaltung und Aufwertung entstehen.

Es gibt jedoch noch einen zweiten Impuls, der von einer kommunalen Mitwirkung am Tag der Städtebauförderung ausgehen kann, und der betrifft die öffentlichen Akteure beziehungsweise die Verwaltung: Der bundesweite Aktionstag motiviert zur Mitwirkung und ermöglicht vor Ort das Ausprobieren neuer Wege – abseits vom sonst Üblichen. Genutzt werden kann hierbei die Unterstützung von außen, auch der

Austausch mit kommunalen Akteuren andernorts, die sich für eine Teilnahme am Tag der Städtebauförderung entschieden haben. Aus dem ersten, nun hinter uns liegenden Tag der Städtebauförderung resultiert ein Fundus von Beispielen guter kommunaler Praxis sowie von Veranstaltungsformaten, wie die Erfolge der Städtebauförderung präsentiert und gefeiert werden können. Diese Datenbank wird von Jahr zu Jahr mit jedem weiteren Tag der Städtebauförderung wachsen.

Auch kommunale Vertreter als „Herren des Verfahrens“ müssen den Nutzen einer professionellen Informations- und Öffentlichkeitsarbeit erfahren können und neue Wege in der Bürgerbeteiligung gehen wollen. Der Tag der Städtebauförderung schafft die Möglichkeit, Erfolge gemeinsam zu feiern – und dies mit externer Unterstützung im Rahmen eines übergeordneten Formats mit entsprechender Öffentlichkeitswirkung.



Marc Lucas Schulten, seit 2011 Inhaber von SSR Schulten Stadt- und Raumentwicklung. Studium der Raumplanung an der Technischen Universität Dortmund.

Beruflicher Werdegang: seit 2000 freiberufliche Tätigkeit in der integrierten Stadtentwicklung; 2002 bis 2007 wissenschaftlicher Mitarbeiter mit Lehrauftrag an der Technischen Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung; 2005 bis 2011 geschäftsführender Gesellschafter der Planersocietät. Auditor der Deutschen Gesellschaft für Nachhaltiges Bauen (Neubau Stadtquartiere).

Mitglied in der Architektenkammer Nordrhein-Westfalen, der Vereinigung für Stadt-, Regional- und Landesplanung, der Vereinigung freischaffender Architekten und dem Förderverein Bundesstiftung Baukultur e. V.

Zwischenruf I



Mobile Tribüne des Theaters auf dem Hauptplatz von Haag

# Miteinander weiter denken

Ein Beitrag von Roland Gruber, nonconform

Viele Anfragen, die Bürgermeisterinnen und Bürgermeister in den letzten Jahren an unser Büro richteten, widmeten sich der Frage, wie die eigenen Stadt- oder Gemeindezentren gestärkt werden können und wie mit den Leerständen umzugehen sei. Denn das Phänomen der Probleme in unseren Ortskernen ist nicht zu übersehen: „Durch die rapide Überalterung im ländlichen Raum und die jahrzehntelange monofunktionale Siedlungserweiterung an den Ortsrändern kommt es schnell zum Donut-Effekt“, erklärt Hilde Schröter-von Brandt, Professorin an der Universität Siegen. „Das bedeutet, dass sich zuerst die identitätsprägenden Ortszentren entleeren. Wo die Einwohner fehlen, rutschen auch die Handelsflächen mit ins Donut-Loch.“

Die Beschäftigung mit der demografischen Entwicklung, den daraus resultierenden Schrumpfungsprozessen vor allem in ländlicher geprägten Räumen und mit der Transformation des baulichen Bestands stellt die

Planung vor vollkommen neue Herausforderungen. „Die Raumplanung, eine Disziplin, die sich unter den Bedingungen fordistischen Wachstums entwickelt hat, steht angesichts des tiefgreifenden strukturellen ökonomischen und gesellschaftlichen Wandels vor großen Herausforderungen“, stellt Rudolf Scheuvs, Dortmunder Professor für Örtliche Raumplanung und Stadtentwicklung, im Rahmen der Leerstandskonferenz an der Technischen Universität Wien, die wir jedes Jahr organisieren, fest. „Dies vor allem dann, wenn die Voraussetzungen des steten Wachstums nicht mehr zutreffen.“

Die Auseinandersetzung mit dieser Problematik wirft komplexe Fragen über die Produktion und den Gebrauch der gebauten Umwelt auf: Welche Strategien können Gemeinden und Städte ergreifen, um ihre Zentren als identitätsstiftende Lebensräume nachhaltig zu stärken und trotz der strukturellen Veränderungen Leerstände zu vermeiden? Vor allem aber: Welche



Im offenen Ideenbüro während der "nonconform ideenwerkstatt" ist immer was los.

neuen Planungsmethoden müssen entwickelt werden, um einen konstruktiven Umgang mit den Potenzialen zu fördern? Wie können die Bürgerinnen und Bürger in den Lösungsprozess konstruktiv miteinbezogen werden? Und wie kann ich über einen längeren Zeitraum genügend Umsetzungsenergie freisetzen, weil nachhaltige Zentrumsentwicklung keine Einmalaktion ist?

Wir haben zehn Jahre speziell für diese Aufgabenstellungen eine neue Planungsmethode entwickelt mit der es gelingen kann, all diese Fragen mithilfe jener Menschen zu beantworten, die mit der Problematik am besten und längsten vertraut sind – mit den Bewohnerinnen und Bewohnern, mit den Nutzerinnen und Nutzern. Der Clou dabei: Direkt vor Ort wird ein temporäres Büro aufgebaut. Gemeinsam mit den Betroffenen wird live, also in Echtzeit, eine Handvoll maßgeschneiderter Konzepte lustvoll erarbeitet. Nach nur drei Tagen voller Ideen, Interviews und Inspirationen und der Analyse von oft tausenden Ideen wird die konkrete Lösung in einem gemeinschaftlichen Verdichtungsakt entwickelt, um unmittelbar darauf auf Herz und Nieren geprüft zu werden.

Mütze, Bier und Suppentopf sind dabei wichtige alltägliche Bausteine, die helfen, die Hemmschwelle zu überwinden und der Kreativität der Bürgerinnen und Bürger auf die Sprünge zu helfen. Das gemeinsame Entwickeln von Zukunft soll Freude bereiten und lustvoll sein – ja, es muss sogar Spaß machen. Es geht schließlich darum, eine neue Identität für Orts- und Stadtkerne und die dazu passenden qualitätsvollen Projekte zu finden. Die Erfahrung zeigt, dass genau diese gemeinsame Begeisterung in der Ideenphase die notwendigen Energien für die darauffolgende Umsetzungsarbeit freisetzt. Die Installierung einer Zent-

rumskoordinatorin beziehungsweise eines -koordinators, bei denen alle Zukunftsfäden zusammenlaufen, ist die Krönung eines gehaltvollen Auftakts. Die Zentrumsenergie kann starten! Im Rahmen unserer Arbeit sind in den letzten Jahren einige Projekte beziehungsweise Projektinitiativen in Deutschland und Österreich entstanden, die im Umgang mit der Zentrumsentwicklung in Gemeinden und Städten eine neue strategische Stoßrichtung exemplarisch vorzeigen.

## Haag entdeckt den Theatersommer

Mit seinen rund 5.000 Einwohnern ist Haag eine typische Kleinstadt im niederösterreichischen Alpenvorland. Das Zentrum schien ausgestorben, der Leerstand rund um den Hauptplatz war enorm, das kommerzielle Leben konzentrierte sich in den Fachmarktzentren am Ortsrand. Im Jahr 2000 entstand die Idee, den Hauptplatz nachhaltig wiederzubeleben und ein alljährlich wiederkehrendes Theaterfestival zu etablieren. Die mobile Tribüne mit ihrem charakteristischen Design und ihren 600 Sitzplätzen, die wir zu diesem Zweck geplant haben, ist heute nicht nur ein temporäres Wahrzeichen, das mittlerweile mit zahlreichen internationalen Preisen ausgezeichnet wurde, sondern auch ein Impulsgeber und Initiator für neues Leben und neue Bauimpulse im Haager Ortszentrum. Der Leerstand ist nahezu komplett beseitigt, vor allem auch qualitätsvoller Wohnraum wurde geschaffen.

## In Illingen geht's um die Wurst

Seit zwölf Jahren wartet die saarländische Gemeinde im Westen Deutschlands auf eine Neuentwicklung der großen, zentralen Industriebrache. Für die ehemalige Wurstfabrik im Stadtzentrum, die einst 500 Arbeitsplätze umfasste, wurden bereits etliche private Nutzungskonzepte erarbeitet, allerdings konnte bisher keines dieser Szenarien den Ansprüchen der Illinger gerecht werden. Vor zwei Jahren hat die Gemeinde Bundesfördermittel zur Zentrumsentwicklung beantragt und die Entwicklung der innerstädtischen Brache nun selbst in die Hand genommen. In einem Partizipationsprozess, an dem sich ein Großteil der 15.000 Einwohner beteiligt hat, wurde beschlossen, den Gebäudebestand teilweise zu erhalten und darin Nahversorger, Büros und Wohnungen unterzubringen. Herzstück des Zukunftsszenarios ist ein Marktplatz mit einer Opern-Air-Veranstaltungsfläche für kulturelle Aktivitäten und einem angeschlossenen Pflerghaus mit betreutem Wohnen.

## In Maria Saal werden 3.000 Jahre Geschichte neu erlebbar

Das Gebiet um Maria Saal in Kärnten ist historisch bedeutsam. Unterschiedlichste Kulturen haben den Ort über einen Zeitraum von mehr als 3.000 Jahren geprägt. Wichtige zeitgeschichtliche Ereignisse hatten damals wie heute Einfluss auf die Kultur-, Kunst- und Literaturgeschichte. Aktuelle Beispiele sind zum Beispiel Herbert Boeckls Fresko im Maria Saaler Dom, der Tonhof als experimentelles Zentrum für den Komponisten Gerhard Lampersberg und Thomas Bernhard. Peter Turrini verbrachte seine Kindheit in Maria Saal und für Regisseur Martin Kusej ist es heute Wohnort.

Mit der Neugestaltung des gesamten Hauptplatzes unter dem Motto „kultur/schichten“ wird die historische Komplexität und die Vielfalt Maria Saals aufgegriffen. Ein Spaziergang über den Ortsplatz des 4.000 Einwohner zählenden Ortes wird zur geschichtlichen Entdeckungsreise. Der Platz verschmilzt zu einer zusammenhängenden Fläche und bildet mit den Gebäuden eine harmonische, wirkende Einheit. Verschiedenfarbige Steinriemen sind in einer gleichförmigen Linienstruktur verlegt. Diese Linien bilden wie die Jahreslinien eines Baumstammes die geschichtlichen Ereignisse Maria Saals ab.

## Zeillern rollt seinen roten Teppich aus

Die Bevölkerung der niederösterreichischen 1.300-Einwohner-Gemeinde hat einen wichtigen Konsens erzielt: Ein leerstehendes Gasthaus im Ortszentrum wurde angekauft, um darin „attraktives Wohnen für junge Familien wie auch Raum für betreubares Wohnen für alte Menschen im Zentrum“ zu schaffen. Die rundum liegende Freifläche wurde einem gemeinsamen Ideenfindungsprozess unterzogen und führte schließlich zu der Idee, auf dem Dorfplatz einen „Roten Teppich“ auszurollen. Der buchstäblich rot betonierte Platz, der die Kirche mit dem Schloss Zeillern verbindet, dient heute vor allem als Bühne und Hintergrundkulisse für Hochzeiten. Nicht zuletzt dient er dem Niederösterreichischen Blasmusikausbildungszentrum, das im Schloss Zeillern untergebracht ist, als akustisches Trottoir. Das Projekt entpuppte sich als Breitbanderfolg, denn die Gemeinde ist auf dem besten Weg, eine echte „Blasmusikgemeinde“ zu werden.

Das Architekturbüro nonconform wurde 1999 gegründet, hat seinen Hauptsitz in Wien und arbeitet in Deutschland und Österreich im Schnittpunkt von Architektur, Städtebau und kommunaler Entwicklung. Die Arbeitsweise zeichnet sich dadurch aus, dass nonconform bereits frühzeitig in den Planungsprozess involviert wird – noch bevor eine konkrete Bauaufgabe feststeht. Um die Entscheidungsfindung professionell begleiten zu können, wurde mit der nonconform ideenwerkstatt® ein partizipatives Planungsinstrument kreiert, das die Organisation kommunaler Projektentwicklungs- und Planungsprozesse unter größtmöglicher Miteinbeziehung der Bürgerinnen und Bürger von der Ideensuche bis zur Umsetzung betreut. Zahlreiche Kommunen, die an der Durchführung einer nonconform ideenwerkstatt® Interesse zeigen, kämpfen mit der Aufwertung der Orts- und Gemeindezentren. Die nonconform ideenwerkstatt® ist ein alternatives Modell, wenn die klassischen Planungsmethoden versagen. Seit 2011 veranstaltet nonconform jährlich die Leerstandskonferenz, die im November 2015 in Brandenburg zum Thema „Neue Strategien für die Dorf- und Stadtzentren“ stattfand. Der Think Tank befasst sich mit dem unangenehmen Thema Leerstand und bietet Lösungskonzepte und Best-Practice-Beispiele.

[www.nonconform.at](http://www.nonconform.at)

[www.leerstandskonferenz.de](http://www.leerstandskonferenz.de)



Roland Gruber, Studium der Architektur und des Kulturmanagement, Mitgründer und Partner des Architekturbüros „nonconform architektur vor ort“, Mitentwickler der „vor ort ideenwerkstatt“, Mitgründer von Zukunftsorte und landinger.at – Büro für Verknüpfungen, Mitgründer und Vorsitzender von LandLuft – Verein zur Förderung von Baukultur in ländlichen Räumen, Staatspreis für Consulting 2008 (Jurypreis) und Auszeichnung „Österreicher des Jahres“ in der Kategorie Creative Industries mit nonconform architektur vor ort.

# Themenblock II: Stadt mobilisiert

# Engagieren und investieren – Mobilisierung von Akteuren für die Zukunft der historischen Stadt

Ein Interview mit Thomas Dienberg, Stadtbaurat der Stadt Göttingen

**Wieso ist es so wichtig, dass sich verschiedene Akteure – von den Bürgern über die Einzelhändler bis hin zu Wohnungsunternehmen – für die Stadtentwicklung ihrer Stadt, insbesondere der historischen Innenstadt, engagieren?**

Das Interesse und Engagement verschiedener Akteure an der Innenstadtentwicklung ist von hoher Bedeutung, damit das Zentrum der Stadt vielfältig und

lebendig erhalten werden kann. Für eine lebendige Innenstadt ist es unerlässlich, dass eine ausgewogene Mischung aus unterschiedlichen Nutzungen (Wohnen, Arbeiten, Einkaufen, Dienstleistungen, Kultur, Wissenschaft und Gastronomie) erhalten oder entwickelt wird. Die historische Innenstadt ist das Herz unserer Stadt, hier finden sich Wege, Plätze, Straßen, Häuser, Begebenheiten und Geschichte(n), die identitätsstiftend wirken. Daher ist es wichtig, dass sich die verschiede-



Sanierte "Kleine Mühle" am Leinekanal in der Innenstadt

nen Nutzergruppen engagieren, um einer monostrukturierten Innenstadt entgegenzuwirken. Grundlage für Engagement ist das Bewusstsein um das, was wir, die Stadtgesellschaft, in unserer Innenstadt vorfinden. Das gilt es zu vermitteln. Engagement zieht weiteres Engagement nach sich, wenn es denn sichtbar wird.

### **Wie können aus Ihrer Sicht die unterschiedlichen Ebenen der Stadtgesellschaft erfolgreich mobilisiert werden?**

Ich bin der Meinung, es sollte einen kontinuierlichen Prozess geben zu dem Thema: „Was macht unsere Stadt aus, wie soll sie sich entwickeln?“. Meist werden zu bestimmten Projekten, Themen und Baumaßnahmen Öffentlichkeitsbeteiligungen durchgeführt. Das ist gut, oft aber schon sehr speziell auf eigentliche Bauaufgaben ausgerichtet. Zudem ist es notwendig, im Vorfeld von Planungen zu überlegen, wie ein geeignetes Verfahrensdesign aussehen kann.

Wer sind die von der Planung betroffenen Bürgerinnen und Bürger, wer hat aber darüber hinaus auch Interesse an der Entwicklung der Stadt? Gut wäre es, sowohl die von der Planung direkt Betroffenen, als auch unterschiedlichste Interessengruppen frühzeitig am Prozess zu beteiligen. Dies kann durch direkte Ansprache, Multiplikatoren, Öffentlichkeitsarbeit in Form von Flyern, Plakaten, Social Media, Ausstellungen, Informationsveranstaltungen oder auch thematischen Arbeitskreisen erfolgen. Eine pauschale Antwort auf diese Frage gibt es aber nicht. Für jedes Thema muss das Verfahrensdesign neu entwickelt werden.

### **Wie gehen Sie selbst in Göttingen dabei vor?**

Wir haben in zwei Verfahren, einmal zum Leitbild für die Gesamtstadt und zum Zweiten für das Innenstadtleitbild versucht, einen möglichst breiten Beteiligungsprozess zu gestalten. Inhaltlich haben wir genau die oben angeführten Fragen gestellt und diese gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern beantwortet. Was macht unsere (Innen-) Stadt aus? Wo liegen die Potenziale? Wohin wollen wir uns entwickeln? Durch das Einbinden von Institutionen und Verbänden haben wir versucht, ein möglichst breites Spektrum der Stadtgesellschaft mit einzubeziehen. Es hat thematische Arbeitskreise gegeben, die sowohl mit Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung, wie auch mit Multiplikatoren besetzt waren. Begleitend wurde ein Bürgerbeirat ins Leben gerufen. Die Ergebnisse der bei-

den Verfahren sind als Broschüre und im Internet veröffentlicht (Leitbild 2002: Göttingen stellt sich der Zukunft; Innenstadtleitbild der Stadt Göttingen von 2011).

Die Schwierigkeit liegt darin, im Anschluss an einen solchen Prozess und einem vorliegenden Ergebnis diese Arbeitsform aufrechtzuerhalten, in Diskussion zu bleiben. Dies erfordert viel Durchhaltevermögen, hervorragende Organisation und vor allen Dingen Personaleinsatz. Auch wir haben, so könnte man sagen, nach diesen Prozessen den Faden wieder verloren. Über diese Leitbilddiskussion hinaus, die wir im Rahmen der Neuaufstellung des Flächennutzungsplanes wieder aktivieren wollen, versuchen wir über die allgemein üblichen Wege und Kanäle zu informieren, zu beteiligen und zu mobilisieren. Zu konkreten Bauvorhaben in der Innenstadt, beispielsweise dem Umbau von Straßen, laden wir zu Eigentümer- und Anwohnerinformationen ein und haben ein festes Gremium, den Innenstadtarbeitskreis. Zu besonderen Themen der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung tagt fünf Mal im Jahr der Städtebaubeirat. Im Vorfeld zum Innenstadtleitbild wurde eine Nachinventarisierung (Untersuchung über die Denkmaleigenschaften von Gebäuden) der gesamten Innenstadt durchgeführt. Das Ergebnis der Nachinventarisierung ist im Innenstadtleitbild und im Internet veröffentlicht und 2013 im Rahmen einer Ausstellung der Öffentlichkeit vorgestellt worden.

Mit den Ortsheimatpflegevereinen finden regelmäßige Abstimmungstermine mit der Unteren Denkmalschutzbehörde statt. Hier wird ein großes historisches Wissen weitergegeben.

### **Gibt es Akteursgruppen, die Sie gerne mehr einbeziehen würden?**

Unser Interesse ist es, eine Vielzahl von Gruppen einzubeziehen, denn gerade dies garantiert eine vielschichtige Diskussion. In Planungsprozessen wird es immer unterschiedliche und kontroverse Positionen geben. Daher ist es wichtig, diese Vielfalt auch deutlich zu machen. Im Prozess zum Innenstadtleitbild hat sich gerade in der Diskussion unter den Bürgerinnen und Bürgern gezeigt, dass hier eine Vielzahl unterschiedlichster Bedürfnisse bestehen, die sich auch deutlich widersprechen können. Hier muss dann eine politische Entscheidung getroffen werden, nachdem eine größtmögliche Anzahl an (auch kontroversen) Stimmen gehört wurde. Akteursgruppen, die wir gerne mehr einbeziehen würden, sind beispielsweise Kinder und Jugendliche, Menschen mit den verschiedensten Migrationshintergründen,



Das älteste Fachwerkhaus in Göttingen: zukünftig das „Günter-Grass-Archiv“

Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer und Einzelhandelsfilialisten/Fondsgesellschaften. Letztere sind schwer zu motivieren, sich an der Stadtentwicklung und Stadtgestaltung vor Ort zu beteiligen. Bei der Diskussion über konkrete Bauvorhaben melden sich oft die Kritiker zu Wort, was gut ist, aber leider sind die Dafürsprecher meist nur schwer zu mobilisieren.

### Wie gelingt es, über das Engagement hinaus wirklich auch zu Investitionen anzuregen?

Mit gutem Beispiel vorangehen. Wir haben die Erfahrung gemacht, dass Investitionen im öffentlichen Raum oder auch an städtischen Gebäuden animieren, ebenfalls in das eigene Grundstück oder das eigene Gebäude zu investieren. Die Förderprogramme von Bund und Ländern sind bei der Aufgabe der Städte, mit gutem Beispiel voran zu gehen, eine große Hilfe. Ebenso ist es natürlich auch für die Eigentümerinnen und Eigentümer animierend, wenn finanzielle Unterstützungen in Anspruch genommen werden können. Grundsätzlich sind qualifizierte Beratungen hilfreich. Im energetischen Bereich kann eine qualifizierte energie-

tische Beratung Investitionen anregen. Im Bereich des Denkmalschutzes findet im Vorfeld seitens der Denkmalschutzbehörde eine Beratung des Bauherrn und/oder des Architekten statt, mit dem Ziel, eine einvernehmliche denkmalverträgliche Lösung zu entwickeln und mögliche finanzielle Unterstützungen aufzuzeigen.

### Berichten Sie uns bitte zum Schluss von ein paar erfolgreichen Beispielen in Göttingen, bei denen sich Akteure besonders für die Erhaltung und Weiterentwicklung der historischen Bausubstanz in der Stadt eingesetzt haben.

Bereits erwähnt habe ich den Prozess zum Innenstadtleitbild 2011. Ein wichtiger Themenkomplex war hier der Bereich Stadtgestalt und Denkmalschutz. Hiermit ist eine Grundlage für die Wertschätzung unserer historischen Innenstadt geschaffen worden.

In Wertschätzung des baukulturellen Erbes sind von privaten Denkmaleigentümern wertvolle Baudenkmale in der Göttinger Innenstadt instand gesetzt und so für die Zukunft erhalten



Kleiner Ratskeller nach der Sanierung

worden. Beispielhaft möchte ich Ihnen hierzu drei private Engagements näher erläutern:

Der gastronomisch genutzte „Kleine Ratskeller“ in der Jüdenstraße 30 konnte unter anderem mit Hilfe von Fördermitteln aus dem Programm Städtebaulicher Denkmalschutz saniert werden. Damit wird ein 1480 errichtetes spätgotisches Fachwerkhaus als wertvolles Baudenkmal für die Zukunft erhalten. Das Gebäude stützt zudem als prägnantes Eckgebäude das städtebauliche Ensemble des rückwärtigen mittelalterlichen Jacobikirchplatzes.

Ein anderes Beispiel ist die Kleine Mühle in der Hospitalstraße 35. In der Göttinger Innenstadt befinden sich innerhalb der Wallanlagen noch zwei ehemalige Mühlengebäude, deren Mahlrechte auf die Anfänge des 14. Jahrhunderts zurückgehen. Die „Kleine Mühle“, ein Fachwerkgebäude aus der Mitte des 18. Jahrhunderts, wurde privatisiert und mit Unterstützung von Zuwendungen der Landesdenkmalpflege vom neuen Eigentümer mit viel Engagement und persönlichem Einsatz grundlegend saniert und einer neuen Nutzung als Gastronomie- und Bürogebäude zugeführt.

Als das älteste Fachwerkhaus der Stadt kristallisierte sich nach Durchführung einer Bauforschung das sich im Privatbesitz befindende ursprünglich verputzte Gebäude in der Düsternen Straße 6 heraus. Der Anfang des 14. Jahrhunderts errichtete Fachwerkbau wurde auf Initiative des Eigentümers grundlegend erforscht und freigelegt. Die Instandsetzungs- und Sanierungsmaßnahmen führten auf Wunsch des Eigentümers zu dem Ergebnis, die freigelegten mittelalterlichen Strukturen und Konstruktionen nicht wieder zu verschließen, sondern aufgrund des bedeutenden Zeugniswertes als geschichtliches Zeitfenster sichtbar zu lassen. Das für die Stadt äußerst bedeutende Baudenkmal wird mit einem rückwärtigen Anbau zukünftig als „Günter-Grass-Archiv“ genutzt.

Das zukünftige „Günter-Grass-Archiv“ wird Teil des Kunstquartiers KUQUA. Das KUQUA wird durch das aktuelle Förderprogramm „Nationale Projekte des Städtebaus“ gefördert. Ein wichtiger Baustein im Rahmen des Förderprogramms ist die Realisierung eines neuen Ausstellungsgebäudes direkt angrenzend an das „Günter-Grass-Archiv“ und die Gestaltung des Wohn- und Arbeitsumfeldes im Quartier.

Die Durchführung all dieser Maßnahmen führt letztlich nicht nur zur Erhaltung der wertvollen Baudenkmale, sondern trägt auch im Wesentlichen

mit dazu bei, das historische Stadtbild aufzuwerten und die Lebendigkeit der Innenstadt zu stärken.



Thomas Dienberg, seit 2004 Stadtbaurat der Stadt Göttingen. Studium an der Technischen Universität Dortmund, Fakultät Raumplanung und Städtebau.

Beruflicher Werdegang: 1989 Leitende Mitarbeiterposition im Planungsbüro Thalen in Bremen; 1991 bis 1993 Städtebaureferendarat in Hannover; 1994 bis 2001 Leitung des städtischen Hochbau- und Bauordnungsamtes und später des Stadtplanungsamtes der Stadt Northeim; 2001 bis 2004 Leiter des Stadtplanungsamtes Göttingen. Mitglied der Deutschen Akademie für Städtebau und Landesplanung und im wissenschaftlichen Beirat des Deutschen Instituts für Urbanistik.

Seit 2009 Mitglied der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz.

# Modellprojekt „Nachbarschaft Samtweberei“ – Investieren für eine soziale Rendite

Ein Interview mit Robert Ambrée, Montag Stiftung Urbane Räume



Die Lewerentzstraße: die zentrale Ost-West-Achse des Quartiers

**Im Mittelpunkt des Projekts zum Samtweberviertel in Krefeld steht die Samtweberei – erzählen Sie uns bitte zum Einstieg etwas über das historische Gebäude.**

Genau genommen steht der Stadtteil, die Krefelder Südweststadt – wir haben ihn Samtweberviertel getauft – im Mittelpunkt des Projekts. Dieses innerstädtische Quartier mit 6.800 Einwohnern soll zu einem sozial, kulturell und ökonomisch durchmischten Viertel mit einem lebendigen Gemeinwesen (weiter) entwickelt werden. Das ist das Hauptziel, dem sich die Montag Stiftung Urbane Räume gAG und die Stadt Krefeld im gemeinsamen Handlungsprogramm Ende 2013 verpflichtet haben. Die Immobilie der Alten Samtweberei ist der Motor der Entwicklung. Mit der Umsetzung des Projekts wurde eigens eine gemeinnützige Projektgesellschaft „Urbane Nachbarschaft Samtweberei“ (UNS) als hundertprozentige Tochter der Carl Richard Montag Förderstiftung gegründet.

Bei der Alten Samtweberei handelt es sich um das brachliegende Areal einer ehemaligen Textilfabrik auf 7.000 Quadratmetern Fläche im Herzen des Stadtteils. Der älteste und unter Denkmalschutz stehende Fabrikteil (etwa 3.000 Quadratmeter Nutzfläche) wurde um 1890 errichtet und steht für den Übergang von den „Hauswebereien“ zur industriellen Fertigung. In den 1950er Jahren wurde die Fabrik um ein Gebäude – das Torhaus (800 Quadratmeter) – erweitert, ehe 1960 noch ein Verwaltungsgebäude (1.000 Quadratmeter) gebaut wurde. Nachdem die Textilproduktion durch den Konkurs des letzten Betreibers um 1970 ein Ende fand, war das gesamte Areal der Alten Samtweberei bis 2007/2008 Standort mehrerer städtischer Ämter. Insgesamt bieten die Gebäude rund 4.800 Quadratmeter Nutzfläche zuzüglich rund 3.500 Quadratmeter Shedhalle im Innenbereich.

## Wodurch ist das umliegende Stadtquartier gekennzeichnet? Worin sehen Sie Chancen, worin aber auch Risiken?

Das Samtweberviertel ist ein in vieler Hinsicht heterogener Stadtteil. Das betrifft zum Beispiel die internationale Bevölkerung. Das Viertel ist immer wieder Ankommens- und Aufnahmeort von neuen Zuwanderern.

Der Immobilienmarkt befindet sich in einem instabilen Gleichgewicht. Das spiegelt sich im baulichen Zustand der oftmals gründerzeitlichen und erhaltenswerten Häuser wider: Sanierte Gebäude wechseln sich mit Leerstand und Sanierungsstau in direkter Nachbarschaft ab. Dazu trägt die Eigentümerstruktur bei, denn 80 Prozent der Wohngebäude sind in Besitz von privaten Einzeleigentümern<sup>1</sup>, von denen einige in den Erhalt ihrer Bausubstanz investieren, andere nicht – weil sie nicht können, zum Teil aber auch weil sie prekäre oder matratzenweise Vermietung als Geschäftsmodell betreiben. Und: Eine schöne erneuerte Fassade darf hier nicht darüber hinwegtäuschen, dass es zum Teil tiefe materielle Armut im Stadtteil gibt und knapp ein Drittel der Bewohner auf soziale Transferleistungen angewiesen ist.

Die Vielfalt sehen wir ausdrücklich als Bereicherung und Chance. Auch die vorhandenen Einrichtungen im Stadtteil und im nahen Umfeld – Schulen, Bürgerinitiative, Bürgerverein, Hochschule und andere – tun viel für ein funktionierendes Gemeinwesen. Und es gibt viele Menschen, die sich bürgerschaftlich und ehrenamtlich engagieren (wollen). Darin liegt einerseits ein großes Potenzial, das zum bisherigen Erfolg des Projekts maßgeblich beigetragen hat. Auf der anderen Seite kommt das Engagement vorrangig aus bestimmten Bevölkerungsgruppen, nämlich denen, die gut ausgebildet und vernetzt sind, die demokratische Teilhabe von der Pike auf gelernt haben. Unser Anspruch ist es, auch die Gruppen zu erreichen und deren Interessen zu berücksichtigen, die sich kein Gehör verschaffen.

Lage, Städtebau und Gründerzeitarchitektur sind eindeutige Qualitäten des Viertels. Vor diesem Hintergrund eruieren wir aber auch sehr genau, wie viel Aufwertung das Projekt nach sich zieht bzw. ziehen könnte. Wie viel ist gesund, sozial verträglich und auf dem stagnierenden Immobilienmarkt nötig? Wie kann aber gleichzeitig eine ungewollte Gentrifizierung von Vornherein verhindert werden?

## Was sind Ihre Pläne für die Alte Samtweberei?

Wir sehen eine ausgewogene soziale und funktionale Mischung in den Gebäuden der Samtweberei vor. Im ehemaligen Verwaltungsgebäude – nun das „Pionierhaus“ – arbeiten und kooperieren bereits seit Herbst 2014 kleine Unternehmen und Freiberufler. Im Denkmalsbereich werden Wohnungen für unterschiedliche Haushaltsgrößen, Geldbeutel und Lebenslagen gemeinschaftlich mit den künftigen Mietern entwickelt. Ein inklusives Café mit dazugehörigem „Nachbarschaftswohnzimmer“ befindet sich in der Planung. Teile des Innenhofs und der Shedhalle werden als öffentliche Räume zur Begegnung erschlossen.



Typische Seitenstraße im Quartier

## Welche Idee steht hinter „Initialkapital“ und wie lassen sich mit Investitionen wirklich Impulse setzen?

Mit dem Programm „Initialkapital“ möchte die Montag Stiftung Urbane Räume für Stadtteile wie die Krefelder Südweststadt einen neuen Hebel für die Quartiersentwicklung anbieten. Bewusst liegt der Fokus auf Stadtteilen, die „auf der Kippe“ stehen. Quartiere also, die Gefahr laufen, in eine Abwärtsspirale zu geraten, aber mit einem gut gesetzten Impuls stabilisiert und moderat aufgewertet werden können, ohne Gentrifizierung und Verdrängung auszulösen. Dies soll über eine Investition in Form von Initialkapital geschehen. Das sind Mittel der Stiftung, die dauerhaft im Objekt bzw. in der Gesellschaft verbleiben. Ob das Geld in eine große, leerstehende Immobilie fließt, wie im Krefelder Pilotprojekt, oder in mehrere, kleinere Grundstücke, eine Neubebauung oder in eine bestehende Einrichtung, hängt vom Einzelfall ab.

Über das Initialkapital, das vor Ort (!) investiert wird, und die gemeinnützige Projektgesellschaft bekennt sich die Stiftung als langfristiger Partner zu dem jeweiligen Quartier. Zudem wird ein lokaler, am Gemeinwohl orientierter Wirtschaftskreislauf angestoßen. Darin liegt die Stärke der Idee von Initialkapital, die die (immobilienwirtschaftliche) Investition untrennbar mit einer gemeinnützigen Programmatik verbindet: Alle Gewinne, die aus der Vermietung der Immobilie erwirtschaftet werden, fließen dauerhaft in das Samtweberviertel, wo sie einen wesentlichen Beitrag zur Entwicklung des Gemeinwesens leisten sollen. Außerdem sollen die Nutzer der Samtweberei untereinander und mit dem Stadtteil eng vernetzt sein. So haben sich die Mieter im Pionierhaus mit dem Mietvertrag dazu verpflichtet, dem Viertel pro gemietetem Quadratmeter jährlich eine Arbeitsstunde ihres Know-hows zur Verfügung zu stellen. Insgesamt kommen auf diese Weise an die 1.000 Stunden per annum für handwerkliche oder gestalterische Tätigkeiten, für Kunstaktionen, Patenschaften oder Beratungen den Menschen und Einrichtungen im Stadtteil zugute.

### **Welche Akteure sind für eine erfolgreiche Umsetzung besonders wichtig und wie mobilisieren Sie diese?**

Es geht um die Menschen, die im Samtweberviertel leben oder arbeiten. Sie sind unsere Ratgeber und Mitmacher, sie sollen in einigen Jahren das gesamte Projekt „Nachbarschaft Samtweberei“, die Alte Samtweberei eingeschlossen, übernehmen und in sozialer Verantwortung weiterführen. Wir haben, bevor wir uns überhaupt mit der Immobilie beschäftigt haben, den Stadtteil erkundet und eine persönliche Bewohnerbefragung durchgeführt, um ein möglichst unverfälschtes Bild vom Leben im Quartier zu erhalten. Nachdem der Rat der Stadt Krefeld dem Vorhaben Anfang 2014 einstimmig zugestimmt hat, haben wir als unser erstes offizielles „Lebenszeichen“ einen offenen Projektaufruf gestartet und mit einem Projektfonds in Höhe von 5.000 Euro ausgestattet. Motto: Allesamt für das Samtweberviertel. Wir wollten zuerst der Freude an nachbarschaftlichem Engagement und Miteinander eine Plattform geben, ohne die großen Herausforderungen im Quartier unter den Teppich zu kehren. Der Aufruf wurde von Anfang an von interes-



Hofseitiger Blick auf das Denkmal (links), das „Torhaus“ (in der Mitte) und das bereits bezogene „Pionierhaus“ (rechts)



Das Denkmalensemble, in dem Wohnungen entstehen sollen. An der Ecke ist im Erdgeschoss ein „Nachbarschaftswohnzimmer“ geplant.

sierten Bürgern mitentworfen. Daraus hat sich ein fester Projektbeirat aus Bewohnern und Vertretern lokaler Einrichtungen gebildet. Wir führten im Frühjahr 2015 einen zweiten Projektauftrag durch, bei dem unter anderem mithilfe von „Projektscouts“ neue Projektmacher und bisher nicht erreichte Gruppen mit ihren Ideen aufgespürt wurden. Auch die Pioniere, die als erste Nutzer die Samtweberei wieder mit Leben füllen, spielen eine wichtige Rolle bei der erfolgreichen Umsetzung. Sie verstehen „ihr“ Pionierhaus als Ort der Gemeinschaft, bringen viele Kompetenzen in das Projekt ein und empfinden die Arbeit für den Stadtteil als sinn- und identitätsstiftend für sich und ihre Unternehmen. Das all das überhaupt in gut einem Jahr möglich wurde, liegt maßgeblich an der sehr guten Zusammenarbeit mit der Stadt Krefeld, vor allem dem Planungsdezernat, und dem Rückhalt aus der Krefelder Politik.



Robert Ambrée, \* 1977; Dipl.-Ing. der Stadt- und Regionalplanung (Technische Universität Berlin); seit 2009 Mitarbeiter der Montag Stiftung Urbane Räume, Bonn; seit 2014 Projektleiter im Projekt „Nachbarschaft Samtweberei“ in Krefeld.

Arbeitsschwerpunkte: Stadterneuerung, soziale Stadtteilentwicklung, bürgerschaftliches Engagement.

<sup>1</sup> Mit einem Bestand von jeweils nicht mehr als 10 Wohngebäuden. InWIS, pesch partner architekten stadtplaner (2009): Stadtbau West Krefeld. Städtebauliches Entwicklungskonzept für die Innenstadt, im Auftrag der Stadt Krefeld. Krefeld 2009. S. 46 ff. und S. 70.

## Steckbrief zur Stadt

Stadt	Krefeld
Bundesland	Nordrhein-Westfalen
Meilensteine der Stadtgeschichte und Stadtentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Seit 1373 Stadtrechte</li> <li>→ wirtschaftlicher Aufschwung im 17. Jahrhundert mit Aufbau der Textilindustrie zur Samt- und Seidenstadt</li> <li>→ Stadtprägende 6. Stadterweiterung Anfang des 19. Jahrhunderts durch Adolph von Vagedes – das Krefelder Wallviereck entsteht</li> <li>→ Seit 1887 Großstadt (mehr als 100.000 Einwohner)</li> <li>→ mit Eingemeindung von Uerdingen wird Krefeld 1929 zur Stadt am Rhein</li> <li>→ nach Einbruch der Textilindustrie Entwicklung zum Standort für Chemie- und Metallindustrie</li> <li>→ seit 1971 Hochschulstandort, hervorgegangen aus der ehemaligen Werkkunstschule</li> </ul>
Einwohnerzahl	circa 234.000 Einwohner (2013)
Einwohnerentwicklung	leichter Bevölkerungsrückgang bis 2020 prognostiziert
Gebäudeleerstand	4,8 Prozent Gebäudeleerstand (2011)
Städtebauförderungsprogramme und Jahr der Programmaufnahme	seit 2006 im Förderprogramm Stadtumbau-West „Innenstadt Krefeld“ Städtebauliches Entwicklungskonzept (2009), bisher circa 25 abgeschlossene Maßnahmen
Aktuelle Schwerpunkte der Stadtsanierung und Stadtentwicklung	Stärkung der Innenstadt als attraktiver Wohn-, Arbeits- und Geschäftsstandort
Zukünftige Herausforderungen der Stadtsanierung und Stadtentwicklung	<p>„Lebendige Großstadt mit Charme“</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ die Innenstadt weiter stabilisieren und aufwerten</li> <li>→ Krefeld als attraktiven Wohn- und Gewerbestandort stärken</li> <li>→ Erarbeitung eines städtebaulichen Entwicklungskonzeptes für den Stadtkern von Uerdingen</li> <li>→ regionale Nachbarschaft zum Großraum Düsseldorf nutzen (zum Beispiel Stadtteilerweiterungen in Krefeld-Fischeln)</li> <li>→ Entwicklungen aufgrund des demografischen Wandels in den Wohnstandorten entgegenwirken</li> </ul>

Erstellt vom Fachbereich Stadtplanung, Stadt Krefeld

# Die Wohnungswirtschaft als Akteur in historischen Stadtkernen

Ein Beitrag von Guido Schwarzendahl, Bauverein Halle & Leuna eG

Inwieweit können Wohnungsunternehmen in den neuen Bundesländern als Partner bei der Denkmalsanierung in historischen Stadtkernen wirken und welche Erfahrungen lassen sich sammeln? Die Bauverein Halle & Leuna eG mit Sitz in Halle (Saale) und einem Bestand von fast 8.000 Wohnungen verfügt aufgrund einer Fusion neben einem größeren Typenbaubestand zugleich über Altbaubestand in Halle. Den Herausforderungen der massiven Bevölkerungsrückgänge in Halle nach der Wende sollte durch die Fusion und der Kombination eines nachhaltig nachgefragten Wohnungsbestandsmixes begegnet werden. Neben Wohnungsabriss und zugleich Aufwertung entwickelte die Genossenschaft

eine zukunftsfähige Strategie, die auch durch Zukäufe von Altbauten in attraktiven Lagen auf differenzierte Bestände setzt. Mit einer Struktur von 43 Prozent der Wohnungsbestände in Altbauquartieren und 57 Prozent in Typenbauquartieren ist dies in einem schwierigen Marktumfeld eindrucksvoll gelungen. Aktuell sind 70 Prozent aller Wohnungen modernisiert, fast 30 Prozent teilsaniert und weniger als ein Prozent unsaniert. Von den über 1.170 Wohnungen in Häusern mit Denkmaleigenschaft sind 98 Prozent aller Wohnungen modernisiert. Aufgrund der vielfältigen Erfahrungen in der Denkmalsanierung erwarb die Genossenschaft mit dem Tochterunternehmen Bauverein Denkmal GmbH die



Rückseite der Gebäude in der Mittelstraße während der Sanierung



Stark baufällige Gebäude aus der Renaissancezeit



Lichtthof der historischen Großgarage nach Sanierung

historisch bedeutsamen Innenstadtbestände Mittelstraße 17 und 18 im Oktober 2008, nachdem die Stadt Halle den ausdrücklichen Wunsch zur Rettung dieses historischen Ensembles zum Ausdruck gebracht hat. Schließlich gehören die Häuser in der Mittelstraße zu den wenigen Zeugnissen der Renaissance in der weithin gründerzeitlich überprägten Altstadt Halles. Die Sanierungsmaßnahmen sollten umfangreich durch Fördermittel des Städtebaulichen Denkmalschutzes unterstützt werden.

Erste Erfahrungen mit derartig anspruchsvollen Aufgabenstellungen lagen mit der denkmalgerechten Sanierung der historischen Großgarage Süd – einem herausragenden technischen Denkmal – bereits vor. Insoweit erschien die Aufgabe in der Mittelstraße, trotz einer bereits umfassend geschädigten Fachwerksubstanz, durchaus lösbar. Für den Erwerb des Ensembles sprachen in einer ersten Einschätzung zur Sanierung die sehr gute innerstädtische Lage des Gebäudebestandes Mittelstraße und der mögliche Erwerb angrenzender Flächen von der Stadt für einen anschließenden

Neubau. So sollte ein attraktives Denkmalensemble vor dem Verfall gerettet und zugleich nachgefragter Wohnraum in der Innenstadt unter dem zwingenden Gebot der Wirtschaftlichkeit erbaut werden.

Kurz vor Fertigstellung der Gebäude lassen sich folgende erste Schlussfolgerungen aus dem Projekt Mittelstraße ziehen: Die Projektlaufzeit ist mit sieben Jahren deutlich langfristiger als ursprünglich geplant. In dieser Zeit hat sich bis zum eigentlichen Baubeginn der Zustand der Altbauten trotz Sicherung immer weiter verschlechtert, die Aufwendungen zur Sanierung stiegen dadurch aber an. Schließlich sollten die für die Förderung wesentlichen denkmal-konstituierenden Eigenschaften und Bauteile möglichst weitgehend erhalten bleiben, was aufgrund der Vorschädigungen sehr vieler Abstimmungsunden bedurfte und regelmäßig aufwendige Lösungen erforderte. Durch die lange Bauphase werden zudem im hohen Maße Arbeitskapazitäten im Unternehmen gebunden, die zeitlich so nicht eingeplant waren.

Der zusätzliche Neubau ist entgegen der ursprünglichen Annahmen nicht dazu geeignet, die Gesamtkostenbelastung des Projektes zu verringern. Der beengte innerstädtische Bauplatz, eine aufwendige Baustellenlogistik und vor allem die anspruchsvolle Gestaltung wirken sich aus. Denn schließlich soll das historisch wertvolle Fachwerkensemble nach Sanierung durch die moderne Ergänzung hervorgehoben und nicht abgewertet werden. Das erforderte zwingend einen Realisierungswettbewerb und die Entscheidung für einen aufwendigeren Entwurf für die Neubauten.

Die Genossenschaft nutzt als willkommenen Nebeneffekt derartige Projekte zur Verstärkung des Images als Anbieter von „Wohnen im Denkmal“, da sie bereits in diesem Marktsegment tätig ist. Sie profitiert eindeutig von der Kompetenzzuschreibung bei den Mietern und Mietinteressenten in vergleichsweise schlichteren Wohngebäuden. Diese positive Einschätzung über ein quasi „Alleinstellungsmerkmal – Denkmalanbieter“ funktioniert allerdings nur, da in Halle viele Wohnungsunternehmen mit ansonsten wenig differenziertem Erscheinungsbild aktiv sind.

Die Erfahrungen der Genossenschaft mit den langen Umsetzungszeitspannen im Projekt und einer sehr spät zur Verfügung gestellten Förderung wirken aber nicht motivierend auf die anderen Wohnungsunternehmen in Halle, sich neben der Sanierung von Bestandsgebäuden bei vergleichbaren Denkmalsanierungen in der Innenstadt zu engagieren. Tatsächlich

wären aber angesichts der Aufgabenfülle in Halle (Saale) alle Wohnungsunternehmen gefordert, sich für die manchmal hoffnungslos scheinenden Fälle einzusetzen. Für viele hinsichtlich der Bausubstanz und -historie wertvolle Objekte läuft 25 Jahre nach der Wende die Zeit ab, um diese noch retten zu können.

Dies lenkt den Blick auf die Frage, inwieweit diese Immobilien nach der Sanierung mit ihren Standorten in den historischen Innenstädten bei geringer oder verhaltener Nachfrage (im Gesamtmarkt) langfristig eine Perspektive haben können?

Hier erweisen sich die zunehmend wahrnehmbaren regionalen Unterschiede als bedeutend. Städte wie Potsdam, Dresden oder Jena kennen kaum Wohnungsleerstand, sondern inzwischen Wohnungsnot, während andere Städte in Sachsen-Anhalt oder Mecklenburg-Vorpommern gravierende und weiter anhaltende Bevölkerungsverluste aufweisen. Zunächst ist also zu klären, ob trotz der absehbar dramatischen demografischen Entwicklung der nächsten Jahrzehnte weiter Wachstumsparadigmen in (Innen-) Städten auch mit der Sanierung von bislang dem Markt nicht zur Verfügung stehenden Denkmalbeständen verfolgt werden sollen? Und was ist also wirklich dran an der Renaissance der Innenstädte?

Hier zeigt die Erfahrung aus Halle: Eine Renaissance der Innenstadt ist nicht eindeutig erkennbar. Es lässt sich zwar durchaus eine günstigere Bevölkerungszusammensetzung zukünftig erwarten, die Umkehr der Suburbanisierung ist dies aber noch nicht. Vielmehr werden positive Bevölkerungssalden in der jüngeren Vergangenheit durch den Zuzug junger Bildungswanderer ausgelöst. Dieser Effekt ist von den Studienbedingungen und Einmaleffekten, wie doppelten Abiturjahrgängen, abhängig. Der auch feststellbare Zuzug der Älteren zurück in die Innenstadt wird aber keinen beständigen Zustrom in Halles Altstadt verursachen, denn die Anzahl der Rückkehrer vom Land wird insgesamt aufgrund der bisherigen Entleerungstendenzen des ländlichen Raumes begrenzt sein.

Somit lässt sich feststellen: Die Sanierung von Immobilien in den historischen Innenstädten erhöht die Attrak-

tivität der Innenstädte. Es gibt bereits jetzt eine deutliche Nachfrage für den Wohnstandort. Angesichts dieser Marktaussichten ist es empfehlenswert, Innenstadtbrachen und auch sanierbare Objekte hinsichtlich deren Eignung als zukünftige Wohnobjekte zu prüfen. Dieser unbedingt erforderliche Prozess lässt sich mit attraktiven Förderbedingungen beschleunigen, um die historischen Innenstädte langfristig wieder als Wohnstandort wertschätzen zu können. Verlässlichkeit bei der Förderung und kürzere Abstimmungs- und Bearbeitungszeiträume werden aber nötig sein, um verstärkt Wohnungsunternehmen als Akteur in der Sanierung von Denkmalbeständen in den Innenstädten zu gewinnen.



Guido Schwarzendahl, seit 2007 Sprecher des Vorstandes der Bauverein Halle & Leuna eG. Studium der Geographie, Politischen Wissenschaft und Soziologie an der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg; Ausbildung zum Wohnungsfachwirt an der Akademie für Wohnungswirtschaft Bochum.

Beruflicher Werdegang: 1994 bis 2001 Tätigkeit in verschiedenen Positionen in der Wohnungsgenossenschaft Leuna e.G.; 2001 bis 2006 Kaufmännischer Vorstand der Wohnungsgenossenschaft Leuna e.G. Mitglied der Arbeitsgemeinschaft Kooperation des Bundesverbandes deutscher Wohnungs- und Immobilienunternehmer, des Bundes Deutscher Architekten und des Deutschen Städtetages, Boardmember der Co-operative Housing International.

#### Literaturhinweise:

T. Just, M. Heinrich: It's the economy, stupid! – Das gilt auch für Wohnungsmarktentwicklungen.

In: Grundstücksmarkt und Grundstückswert 03/2014, S. 149-156.

G. Schwarzendahl: Stadtweiterentwicklung bei stagnierender Nachfrage – Stadtbau zwischen Abriss und Aufwertung in Halle (Saale). In: Forum Wohnen und Stadtentwicklung – Verbandsorgan des vhw 04/2014. Berlin 2014, S. 201-205.



Bar in der Eisenbahnstraße

# Immigranten als Käufer von Gründerzeithäusern in Leipzig-Ost

Ein Beitrag von Laura Torreiter, Bauhaus-Universität Weimar

## „Die ganze Welt in einem Haus“ – oder in einem Stadtbezirk

„Die ganze Welt in einem Haus“ – so beschreibt die Tochter eines ausländischen Eigentümers ihr denkmalgeschütztes Mehrfamilienhaus im Leipziger Osten.<sup>1</sup> Bei einem Streifzug bekommt man wirklich das Gefühl, die ganze Welt vorzufinden. An afrikanische und irakische Bars, türkische Bäckereien, syrische und vietnamesische Imbisse reißen sich iranische, koreanische und russische Läden. Nicht ohne Grund wird der Bezirk auch Leipzigs Naher Osten genannt. Tatsächlich liegt

der Anteil der Bewohner mit Migrationshintergrund bei 31 Prozent, stadtweit sind es nur 11,1 Prozent.<sup>2</sup> Dies ist kein Zufall, sondern auch das Ergebnis gezielter Stadtplanung. Einige Pioniere, wie asiatische Gewerbetreibende, ließen sich schon in den ersten Nachwendejahren hier nieder. Während die Bevölkerungszahl Ende der 1990er Jahre weiter zurückging, erfolgte ein kontinuierlicher Zuzug ausländischer Bewohner. Die Stadtverwaltung erkannte diese Tendenz und regte die Schaffung eines Internationalen Quartiers an.<sup>3</sup> Lange hatte man die Wohnviertel um die einst attraktiven Einkaufsstraßen vernachlässigt. Groß waren nun die

Pläne. Mit Investitionsbeihilfen aus dem Europäischen Sozialfonds wollte man wohlhabende Ausländer anziehen und hochwertiges Gewerbe ansiedeln. Handwerksbetriebe, Restaurants, Fachgeschäfte und sogar ein internationales Gesundheitszentrum sollten entstehen. Ein Großteil der heutigen ausländischen Bewohner und Hauseigentümer folgte den Anreizen der Stadtverwaltung.

Obwohl der Leipziger Osten auch für viele einkommensschwache Immigranten zu einem Refugium geworden ist und damit zur Intensivierung bestehender Armutslagen beigetragen wurde, gelang es einigen, Gründerzeithäuser schon ab 10.000-20.000 Euro zu erwerben. Oftmals liegen diese an Hauptverkehrsstraßen. Von Investoren gemieden, galten sie als Sorgenkinder der Denkmalpflege.<sup>4</sup> Die neuen Besitzer profitierten von Vergünstigungen beim Kauf von stadteigenen Gebäuden mit der Verpflichtung zur Eigennutzung sowie von einer speziellen Magistralen-Förderung. Ladengeschäfte wurden reaktiviert und schrittweise die oberen Etagen saniert. Die verkehrsgünstige Lage innerhalb der Stadt und der Region schätzen auch kulturelle und religiöse Institutionen, die sich bevorzugt im Leipziger Osten niedergelassen haben. Gemeinden des islamischen und anderen Glaubens haben Häuser gekauft und Räume für Gottesdienst und Begegnung geschaffen. Koreanische Christen haben eine Kirche im Dachgeschoss eines denkmalgeschützten Eckhauses eingerichtet. In der Nachbarschaft zu leer stehenden Häusern sehen sie den Vorteil, kaum Lärmbelästigung zu verursachen.

### **„Mein Haus ist nicht richtig Denkmalschutz, nur die Farbe“ – und andere Herausforderungen für die Denkmalpflege**

Denkmalpfleger sind jedoch lange an den hohen Leerständen verzweifelt. Einige Teilbereiche sollten noch vor der Wende abgerissen werden und waren bereits freigelegt. Schließlich widerfuhr einzelnen Häusern der Rückbau im Zuge von Stadtumbau Ost. Spätestens seit der Finanzkrise um 2008 geriet der Immobilienmarkt auch im Leipziger Osten wieder in Bewegung. Doch neben großen Erbgemeinschaften behinderten nun auch geschlossene Immobilienfonds zunächst eine Entwicklung. Die Stadtverwaltung und Vereine, wie Haushalten e. V., bemühten sich – manchmal vergeblich – einen Kontakt mit im Ausland ansässigen Eigentümern herzustellen. Im Gegensatz dazu haben einige Immigranten unmittelbar nach dem Kauf begonnen, das Haus instand zu setzen, um es mit ihrer Familie zu bewohnen, dies oft schon während der

Sanierung. Aber auch Wohnungen mit dem Ziel der Vermietung wurden hergerichtet.

Dabei sind die amtlichen Denkmalpfleger vor die Herausforderung gestellt, über Bestimmungen zu informieren. Einige ausländische Eigentümer wussten zum Zeitpunkt des Kaufes nicht, dass sie ein Bau- denkmalschutz erworben hatten. Andere verstehen nicht, dass sich der Schutzstatus auf das gesamte Gebäude bezieht, auch wenn Auflagen nur zu einzelnen Bauteilen bestehen. Auch dass ein Bauantrag zu stellen ist, wenn man in die Statik eingreift, ist nicht allen



Koreanische Kirche im Dachgeschoss

bewusst. Auffällig ist, dass gerade Hausbesitzer mit Migrationshintergrund eine höhere Eigenleistung erbringen, um Kosten zu minimieren. Sie nehmen seltener Kredite auf und setzen auf die Unterstützung von Familie und Bekannten, die bereits über Erfahrungen zum Beispiel in westdeutschen Städten oder in Berlin verfügen. Mittlerweile haben sich in Leipzig einige von Ausländern betriebene Firmen auf Altbausanierung spezialisiert. Es kommt vor, dass Eigentümer sich den Anordnungen der Denkmalpflege widersetzen. Es sei für sie günstiger, die Sanierung auf ihre Art zu bewerkstelligen, auch mit der Aussicht, anschließend eine Strafe zu zahlen. Fachleute bewerten die Qualität oft als nicht so hoch, wie es in Leipzig mittlerweile mehrheitlich der Fall ist. Es werden günstige Materialien verwendet und die Ausführung ist nicht immer akkurat. Doch im Gegensatz zu Sanierungen durch professionelle Bauträger wird mehr Originalsubstanz bewahrt. Letztendlich dient dies auch dem Erhalt von günstigem Wohnraum.

Während sich die Beratung ausländischer Eigentümer anfangs eher zögerlich gestaltete und man teilweise



Selbstgelegtes Mosaik im Hauseingang



Orientalisches Geschäft mit gusseiserner Säule

auf fehlendes Verständnis für die historischen Werte stieß, bestehe jetzt ein enger persönlicher Kontakt, berichten zuständige Mitarbeiter. Um Eigentümern eine intensive Betreuung zu bieten, hat die Stadt ihr erprobtes Modell der Beraterarchitekten im europaweiten Projekt EPOurban<sup>5</sup> weitergeführt. Dort werden Empfehlungen sowohl zu bautechnischen Fragen als auch bezüglich Fördermöglichkeiten, Standort- und Marktentwicklung gegeben. Zwar dauert es oft länger, einen Kontakt herzustellen, denn es herrschen Skepsis gegenüber kommunalen Akteuren und zudem sprachliche Hindernisse, dennoch ist es in vielen Fällen gelungen, eine Kommunikation zum Beispiel über die Kinder aufzubauen. Größtenteils haben die Eigentümer ein Einsehen für die Vorgaben der Denkmalpflege. Wurden in den 1990er Jahren zum Beispiel oft noch günstige Kunststoffenster eingesetzt, konnte man heute die Forderung nach Holzfenstern durchsetzen. Auch sind Denkmalpfleger heute mehr bereit, Kompromisse einzugehen und andere Ausdrucksformen zuzulassen.

Insgesamt schätzen die Immigranten die solide Substanz und Ausstattung der Gründerzeitbauten. Es erfüllt sie mit Stolz, eine Immobilie zu besitzen. Geprägt durch ihre Herkunftsgesellschaft, sehen viele darin eine unerlässliche Altersvorsorge. Auch sind sie sich der historischen Bedeutung der Häuser und ihres Beitrags zur Entwicklung der Quartiere bewusst. Sie erkannten das Potenzial des Stadtbezirks in einer Zeit, als nur wenige private Investitionen in dem Gebiet getätigt wurden. Auf diese Weise konnten viele Häuser gerettet werden. Heute schreitet die Sanierung rasch voran, auch wenn die Viertel und ihre Bewohner, speziell die ausländische Bevölkerung, noch immer durch die Medien stigmatisiert und ihre Leistungen nicht anerkannt werden.



Laura Torreiter M.A., \*1985, Studium an der Universität zu Köln, Magistra Artium Geographie, Nebenfächer Kunstgeschichte und Indologie. Doktorandin in der Forschungsgruppe Urban Heritage am Institut für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar.

Arbeitsschwerpunkte: Stadt- und Sozialgeographie, Kulturerbe- und Denkmalforschung.

Steckbrief zur Stadt	
Stadt	Leipzig
Bundesland	Sachsen
Meilensteine der Stadtgeschichte und Stadtentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ 1015: erste Erwähnung Leipzigs</li> <li>→ 1165: Gründung der Messe</li> <li>→ 1409: Gründung der Universität</li> <li>→ 1770er Jahre: Schleifen der Stadtmauer nach dem Siebenjährigen Krieg</li> <li>→ 1813: Völkerschlacht</li> <li>→ 1839: erste deutsche Eisenbahn-Fernverbindung (Leipzig-Dresden)</li> <li>→ 1840er Jahre und verstärkt ab 1890: Stadterweiterungen</li> <li>→ Ab 1889: Eingemeindung von Vororten</li> </ul>
Einwohnerzahl	533.480 (2014)
Einwohnerentwicklung	1989 bis 1998 sinkend (von 530.010 auf 437.101) Eingemeindungen 1999 (489.532)
Gebäudeleerstand	27.000 Wohneinheiten, Leerstandsquote 8 Prozent (Schätzung Monitoringbericht Wohnen 2013)

<p>Städtebauförderungsprogramme und Jahr der Programmaufnahme</p>	<p>Sanierungsgebiete im Leipziger Osten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Neustädter Markt (1992), Neuschönefeld (1994)</li> <li>→ Soziale Stadt: Leipziger Osten (1999)</li> <li>→ Stadtumbau Ost: Leipzig Südost (2003)</li> <li>→ KoopStadt (2007)</li> <li>→ EPOurban: Beratung von Hauseigentümern in Stadterneuerungsgebieten (2011)</li> </ul>
<p>Aktuelle Schwerpunkte der Stadtsanierung und Stadtentwicklung</p>	<p>Stadtsanierung (Fachkonzept Denkmalpflege):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Erhalt städtebaulich bedeutsamer Strukturen</li> <li>→ Bewahrung baulicher und stilistischer Geschlossenheit von übergreifenden Denkmalensembles</li> <li>→ Innovative Nutzungsansätze und effizienter Einsatz knapper Fördermittel</li> </ul> <p>Stadtentwicklung (Integriertes Stadtentwicklungskonzept Seko):</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Sanierung und Modernisierung zur Stärkung vor allem historischer Bausubstanz</li> <li>→ Stabilisierung benachteiligter Altbauquartiere</li> <li>→ Integrierte Magistralenentwicklung</li> <li>→ Aktive Flächenpolitik zur Lenkung der Eigenheimnachfrage in das innere Stadtgebiet, Qualifizierung der Wohnungsbestände aus den 1950er/1960er Jahren (zum Beispiel seniorengerechtes Wohnen)</li> <li>→ Stabilisierung und Anpassung der Großwohnsiedlungen</li> <li>→ Weiterentwicklung der Grünvernetzung</li> </ul> <p>Stadtteilentwicklungskonzept Leipziger Osten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Förderung von Eigentümer-Initiativen</li> <li>→ Verbesserung der städtebaulichen Anbindung</li> </ul>
<p>Zukünftige Herausforderungen der Stadtsanierung und Stadtentwicklung</p>	<p>Gesamtstadt:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Sicherung eines ausreichenden Angebots an preiswertem Wohnraum für einkommensschwache Haushalte und besondere Bedarfsgruppen (Seko)</li> </ul> <p>Leipziger Osten:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>→ Hoher Anteil an Langzeitarbeitslosen und Empfängern von sozialen Transferleistungen</li> <li>→ Unterdurchschnittlicher Unternehmensbesatz</li> <li>→ Hohe Fluktuation der Bewohner</li> <li>→ Nach wie vor großer Bestand an unsanierter beziehungsweise nicht energetisch sanierter Gebäudesubstanz</li> </ul>
<p>Erstellt von Laura Torreiter, Institut für Europäische Urbanistik der Bauhaus-Universität Weimar</p>	

<sup>1</sup> Dieser Artikel basiert auf Interviews mit Eigentümern, Denkmalpflegern, Architekten und Stadtplanern, die zwischen 2012 und 2014 für das Promotionsprojekt „Aneignung von Baudenkmalen durch Eigentümer mit Migrationshintergrund in Leipzig“ am Institut für Europäische Urbanistik, Bauhaus-Universität Weimar, durchgeführt wurden.

<sup>2</sup> Stadt Leipzig, Dezernat Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule (Hg.): Sozialreport 2013. Leipzig 2014, S. 90.

<sup>3</sup> Stadt Leipzig, Dezernat Stadtentwicklung und Bau, Amt für Stadterneuerung und Wohnungsbauförderung: Projekt IQ\_QUADRAT, Integrative Qualifikation, 2007, Dok. in: [www.leipziger-osten.de/fileadmin/UserFileMounts/Redakteure/Inhaltsbilder/Stadteil\\_im\\_Blick/Publicationen/Flyer\\_17\\_XENOS\\_Web.pdf](http://www.leipziger-osten.de/fileadmin/UserFileMounts/Redakteure/Inhaltsbilder/Stadteil_im_Blick/Publicationen/Flyer_17_XENOS_Web.pdf), aufgerufen am 20.12.2014.

<sup>4</sup> Alberto Schwarz: Probleme und Auswirkungen des "Stadtumbaus Ost" in Leipzig. In: Hans-Rudolf Meier (Hg.): Denkmale in der Stadt – die Stadt als Denkmal. Probleme und Chancen für den Stadtumbau. Schriftenreihe Stadtentwicklung und Denkmalpflege Band 1, Dresden 2006, S. 97.

<sup>5</sup> Stadt Leipzig: EPOurban – Enabling Private Owners of Residential Buildings to Integrate them into Urban Restructuring Processes – Beratung von Hauseigentümern in Stadterneuerungsgebieten, 2011, Dok. in: [www.leipzig.de/bauen-und-wohnen/stadterneuerung-in-leipzig/stadterneuerungsprojekte/eu-projekt-epourban/](http://www.leipzig.de/bauen-und-wohnen/stadterneuerung-in-leipzig/stadterneuerungsprojekte/eu-projekt-epourban/), aufgerufen am 20.12.2014.

Zwischenruf II



Die Mühlenfreunde Ennigerloh e.V. vor ihrer Wallholländer Windmühle

# Die Bedeutung von Kommunikation und Beteiligung als Grundlage erfolgreichen denkmalpflegerischen Handelns

Ein Beitrag von Dr. Markus Harzenetter, Landesamt für Denkmalpflege Hessen

Es dürfte nur wenig überspitzt sein zu formulieren, dass erfolgreiche Kommunikation die Voraussetzung jeden denkmalpflegerischen Handelns ist, misslungene Kommunikation dagegen regelmäßig zum Untergang von Denkmälern führt: Bereits bei der Entdeckung eines Denkmals, die zur Eintragung in die Denkmalliste als verwaltungsseitige und/oder rechtliche Voraussetzung für den gesetzlich verankerten Schutz von Denkmälern führt, ist es erforderlich, die Werte, die das Denkmal konstituieren, so zu beschreiben und zu begründen, dass idealerweise

der Eigentümer und die zuständige Kommune, im Streitfall der zuständige Verwaltungsrichter und im Sanierungsfall der zuständige Architekt und Handwerker verstehen, warum ein Objekt ein Denkmal ist und worauf es beim Umgang mit dem Objekt ankommt. Kommunikation und aktive Partizipation gehören zu den unerlässlichen Überlebensstrategien für Denkmäler. Eine Erkenntnis, die bereits Alois Riegl, einer der Säulenheiligen der Denkmalpflege, vor genau 110 Jahren so ausgedrückt hat:

„Eines ist jedoch [bei der Erhaltung eines Denkmals] unumgängliche Voraussetzung: dass in der Tat die Gesamtheit oder doch wenigstens ein sehr wesentlicher und maßgebender Teil derselben die Forderung auf Erhaltung des Denkmals erhebt. Alle Schutzparagraphen würden sich ohnmächtig erweisen, wenn nicht das ‚Volk‘ von der Notwendigkeit des Schutzes überzeugt wäre und seine Ausübung selbst in die Hände nähme.“<sup>1</sup>

Tatsächlich kommen die Referentinnen und Referenten der Denkmalbehörden, unterstützt durch ehrenamtlich in Vereinen oder Bürgerbewegungen Engagierte, ihrer Kommunikationsverantwortung für Denkmäler in vielfältiger, „klassischer“ Weise nach: mit Vorträgen, mit Publikationen, mit Führungen und Ausstellungen. Letztlich ist jedes Beratungsgespräch, das eine Kunsthistorikerin oder ein Architekt einer Denkmalbehörde mit Eigentümern und politisch Verantwortlichen führt, intensive, täglich stattfindende Kommunikationsarbeit. Dass neben diese bewährten Kommunikationsformen „neue Wege der Denkmalvermittlung“ treten müssen, war die Erkenntnis und Ausgangsthese einer großen Tagung, die im Oktober 2011 von der Technischen Universität Dresden, der Hochschule für Bildende Künste Dresden und dem Deutschen Nationalkomitee gemeinsam durchgeführt wurde.<sup>2</sup>

Neben einer Fülle an Anregungen und Ideen für die konkrete Vermittlungsarbeit schälten sich insbesondere zwei wichtige Zielgruppen und (künftige) Partner denkmalpflegerischer Aktivitäten heraus: zum einen Kinder und Jugendliche, speziell mit Migrationshintergrund, zum anderen Ehrenamtliche, die sich für Denkmäler engagieren. Für diese Bereiche seien beispielhaft zwei Aktivitäten aus Nordrhein-Westfalen genannt:

### **Innovative Kooperationen zwischen Universität und Schule: Das Dortmunder Projekt „Zuhause in der eigenen Stadt – Kulturelles Erbe in einem Einwanderungsland“**

In dicht miteinander verwobenen Projekten des Lehrstuhls für Kunstgeschichte der Technischen Universität Dortmund, Frau Prof. Dr. Barbara Welzel, und in Kooperation mit weiteren Akteuren – unter anderem dem Stadtarchiv, verschiedenen Kirchengemeinden, der gemeinnützigen Conrad-von-Soest-Gesellschaft – wurde ein Fächer von Aktivitäten und Projekten entfaltet, der das auf das Mittelalter zurückgehende kulturelle Erbe in Dortmund in den Blick einer gewandelten Gesellschaft rückte. Ziel ist es, diese

Objekte (die Kirchen und ihre Ausstattungen) gerade für jüngere Menschen in einem Einwanderungsland aufzuschließen. Im Zentrum steht eine breit angelegte Bildungsinitiative. Es wurde ein Kinderstadtführer „Dortmund im Mittelalter. Schätze und Geschichten aus dem Mittelalter“ erarbeitet, der in fachdidaktisch reflektierter Form zu Orten, Bauten und Kunstwerken hinführt, die jungen Leser und Leserinnen auffordert, sich diese Orte forschend anzueignen und erläutert, was Konservierung und Restaurierung sind. Vor allem fließen aktuelle Forschungen ein, die einen Zugang für junge Menschen mit Migrationshintergrund zu den Objekten der mittelalterlichen Überlieferung aufschließen wollen. Woher kommen – so wird etwa gefragt – die Pigmente, aus denen Conrad von Soest die Farben für seine Gemälde herstellte?

Seit 2008 wird dieses Buch an alle Kinder verschenkt, die in Dortmund das dritte Schuljahr besuchen oder sich in Projekten mit dem Dortmunder Mittelalter beschäftigen. Nach nunmehr über sechs Jahren – erstmals wurden die Stadtführer im Frühjahr 2008 verteilt – wird deutlich: Die Innenstadtkirchen verzeichnen mehr Besuche von Kindern mit ihren Eltern und sie reagieren auf die identitätskonkreten Angebote im Buch: „Da ist ja etwas aus dem Land drin, aus dem meine Familie kommt ...“. Begleitet wird dieses Bildungsprojekt von einem Veranstaltungszyklus der KinderUni, die einmal jährlich Ortstermine in allen vier Innenstadtkirchen anbietet. Diese Veranstaltungen werden in Lehrveranstaltungen vorbereitet und gemeinsam mit Studierenden durchgeführt. Dabei ist von besonderer Bedeutung, dass das Projekt auf die interkulturelle Vermittlung des Denkmalbestandes abzielt, haben im Ruhrgebiet inzwischen doch rund die Hälfte (!) aller Grundschülerinnen und Grundschüler einen Migrationshintergrund. Gerade diese Gruppen, die in kommenden Jahren wichtiger Teil jener „Allgemeinheit“ sein werden, in deren Auftrag die Denkmalpflege wirkt, werden oft erst durch solche Projekte überhaupt auf das kulturelle Erbe in der Dortmunder Innenstadt aufmerksam gemacht.

### **Das Projekt „Unser Denkmal. Wir machen mit.“<sup>3</sup> zur Stärkung des ehrenamtlichen Engagements in der Bau- und Bodendenkmalpflege in Nordrhein-Westfalen**

Gerade in jüngerer Zeit gab es – in der Tradition der Bürgerbewegungen der 1970er und 1980er Jahre – eine Reihe von bürgerschaftlichen Gruppierungen und Vereinen, die sich sehr konkret um einzelne Bauten oder Themen kümmerten und damit den

bereits beschlossenen Abriss eines Denkmals verhindert haben oder sich mit handwerklich-technischer Kompetenz für dessen Erhaltung eingesetzt haben. Diesen Bewegungen geht es in der Regel nicht um eine abstrakte denkmalpflegerische Idee, sondern um präzise Aktivitäten für ein individuelles Objekt, sei es die Beethoven-Halle in Bonn, seien es die Fördertürme der Zeche Erin in Castrop-Rauxel.

Mit dem Projekt „Unser Denkmal. Wir machen mit.“ wollen die großen Institutionen, die sich um Fragen der Denkmalpflege in Nordrhein-Westfalen kümmern – die Landschaftsverbände Rheinland und Westfalen-Lippe als Träger der Denkmalfachbehörden, die Nordrhein-Westfalen-Stiftung Naturschutz, Heimat- und Kulturpflege, der Rheinische Verein für Denkmalpflege und Landschaftsschutz sowie der Westfälische Heimatbund – bewusst die Akteure solch ehrenamtlichen Wirkens in den Mittelpunkt stellen und Vernetzungen über den jeweiligen Ort hinaus möglich machen, mit dem Ziel, durch vorbildliche Aktivitäten Mut zu machen für eigenes ehrenamtliches Handeln in der Denkmalpflege.

Dabei geht es den Verantwortlichen dieses Projektes um die vielbeschworene und selten zu findende Kommunikation „auf Augenhöhe“: Denkmalvermittlung ist nicht die Verkündung von amtlichen Denkmalwahrheiten, sondern die Organisation von wechselseitiger Kommunikation und Partizipation zwischen Eigentümern und Verantwortlichen, ehrenamtlich Engagierten sowie kommunalen und staatlichen Behördenvertretern. Mit diesem Projekt ist ein erster, wichtiger Schritt gemacht worden, einerseits den Verbänden und Ehrenamtlichen konkrete Hilfestellungen für ihre Arbeit zur Verfügung zu stellen sowie andererseits die wertvolle Arbeit der „Volunteers“ öffentlich zu würdigen.



Dr. Markus Harzenetter, seit Mai 2015  
Präsident des Landesamtes für Denkmalpflege Hessen. Studium der Kunstgeschichte, Geschichte sowie Denkmalpflege in Bamberg; Promotion.

Beruflicher Werdegang: 1994 bis 1995 Volontariat am Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege; 1995 bis 2000 Stadtkonservator in Regensburg; Rückkehr zum Bayerischen Landesamt für Denkmalpflege; 2004 bis 2007 Leiter der Abteilung Denkmalerfassung und Denkmalforschung in München; Juli 2007 bis April 2015 Landeskonservator für Westfalen-Lippe und Leiter des Landschaftsverbands Westfalen-Lippe (LWL)-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen.

Seit 2009 Mitglied der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz.

<sup>1</sup> Alois Riegl: Neue Strömungen in der Denkmalpflege. In: Mitteilungen der k. u. k. Zentralkommission für Erforschung und Erhaltung der Kunst- und historischen Denkmale, III. Folge, IV. Bd., Wien 1905, Sp. 85-104. Zitiert nach: Ernst Bacher (Hg.): Kunstwerk oder Denkmal? Alois Riegls Schriften zur Denkmalpflege. Wien u. a. 1995 [Studien zu Denkmalschutz und Denkmalpflege, Bd. 15], S. 217-233, hier S. 224.

<sup>2</sup> Kommunizieren – Partizipieren. Neue Wege der Denkmalvermittlung. Idee und Konzept Ingrid Scheurmann. Dokumentation der Tagung vom 6. bis 8. Oktober 2011 in Dresden. Bonn 2012. [= Schriftenreihe des Deutschen Nationalkomitees für Denkmalschutz, 82]

<sup>3</sup> LWL-Denkmalpflege, Landschafts- und Baukultur in Westfalen (Hg.): Unser Denkmal. Wir machen mit. Ehrenamtliches Engagement in der Bau- und Bodendenkmalpflege. Dok. in: [www.lwl.org/dbw/service/projekte/unsere-denkmale](http://www.lwl.org/dbw/service/projekte/unsere-denkmale), aufgerufen am 30.01.2015.

# Themenblock III: Stadt lädt ein

# Stadt als Marke – Werbung und Marketing für die historische Stadt

Ein Interview mit Peter Pirck, Brandmeyer Markenberatung

**„Stadt als Marke“ klingt recht komplex – beschreiben Sie uns bitte, was Sie genau unter dem Begriff „Marke“ verstehen.**

Eigentlich ist die Sache ganz einfach: Von Marke sprechen wir, wenn sich in den Zielgruppen positive Vorstellungen über eine Leistung etabliert haben. Dabei ist es unwesentlich, um was für eine Art von Leistung es sich handelt. Das kann ein Konsumgut ebenso sein wie eine Dienstleistung oder eben eine Stadt.

Ob Paris oder Coca-Cola – beides sind starke Marken. Ganz unterschiedlich zwar, was ihre „Produktleistung“ angeht. Ganz ähnlich aber, was ihre Faszination und Anziehungskraft betrifft. Beide sind aufgeladen mit Assoziationen und Vorstellungen, beide polarisieren die Menschen in Fans oder Ablehner und beide haben einen ökonomischen Wert, der in Milliarden Euro gemessen werden kann.

Marke bedeutet also, dass sich positive Vorstellungen über ein Produkt oder eine Leistung gebildet und verfestigt haben, die sich auf das Entscheidungsverhalten der Menschen auswirken. So zieht Hamburg beispielsweise Touristen an, weil es als schöne Stadt gilt. Und Münsters Ruf, besonders lebenswert zu sein, macht es leichter, Fachkräfte in die Stadt zu locken.

**Was macht Stadtmarken gegenüber anderen Marken so einzigartig?**

Ich berate seit über 15 Jahren Marken aus ganz unterschiedlichen Bereichen. Von Konsumgütern wie Tesa, Alpecin oder Flensburger Pilsener, über Medien-Marken wie das Zweite Deutsche Fernsehen (ZDF), Organisationen wie den Deutschen Olympischen Sportbund bis eben hin zu Städten wie Hamburg oder Dresden. Und im Vergleich dieser ganz unterschiedlichen Branchen muss ich feststellen, dass Stadtmarken in ihrer Komplexität

einzigartig sind. Was Stadtmarketing heutzutage leisten muss, ist eine überaus anspruchsvolle Arbeit.

Warum? Weil zum einen das „Produkt“ Stadt extrem komplex ist. Eine Stadt ist eben ungleich vielschichtiger als ein Bier oder ein Auto. Zudem ist dieses Produkt nicht von heute auf morgen veränderbar. Dazu kommt: Die Zielgruppen sind deutlich heterogener als in anderen Bereichen. Von Bürgern über Touristen bis zu Unternehmen müssen ganz unterschiedliche Gruppen angesprochen und überzeugt werden. Darüber hinaus gibt es in fast jeder Stadt viele Marketing-Akteure. Neben dem Stadtmarketing sind dies zum Beispiel häufig auch Wirtschaftsförderung, Industrie- und Handelskammer (IHK), City-Marketing, Kulturbetriebe und viele mehr. Mit dieser einzigartigen Komplexität muss man arbeiten.

**Wie gehen Sie auf dem Weg zur stadtspezifischen Marke vor und was ist aus Ihrer Sicht besonders wichtig dabei?**

Am Anfang unserer Arbeit steht immer die Analyse. Es kommt zunächst darauf an, jene konkreten Gegebenheiten einer Stadt zu identifizieren, mit denen man die relevanten Zielgruppen am besten „beeindrucken“ kann. Wir analysieren daher exakt, was die Zielgruppen an der Stadt schätzen. Denn genau diese Gegebenheiten gilt es mit entsprechenden Marketingmaßnahmen über die Region hinaus bekannt zu machen und zu inszenieren. Im Kern ist dies das ganze Geheimnis erfolgreicher Stadtmarken-Führung. Keineswegs müssen dies übrigens immer jene Gegebenheiten sein, für die eine Stadt am bekanntesten ist. So ist es beispielsweise nicht das berühmte Marzipan, das Lübeck für Touristen attraktiv macht – sondern die historische Altstadt. Besucher schätzen, dass sie in der Altstadt mit ihren typischen Backsteinbauten die große Geschichte der Hanse spüren, das Holstentor und die schönen historischen Kirchen besuchen und schließlich ihre vielen engen Gassen und schönen Hinterhöfe entdecken können.

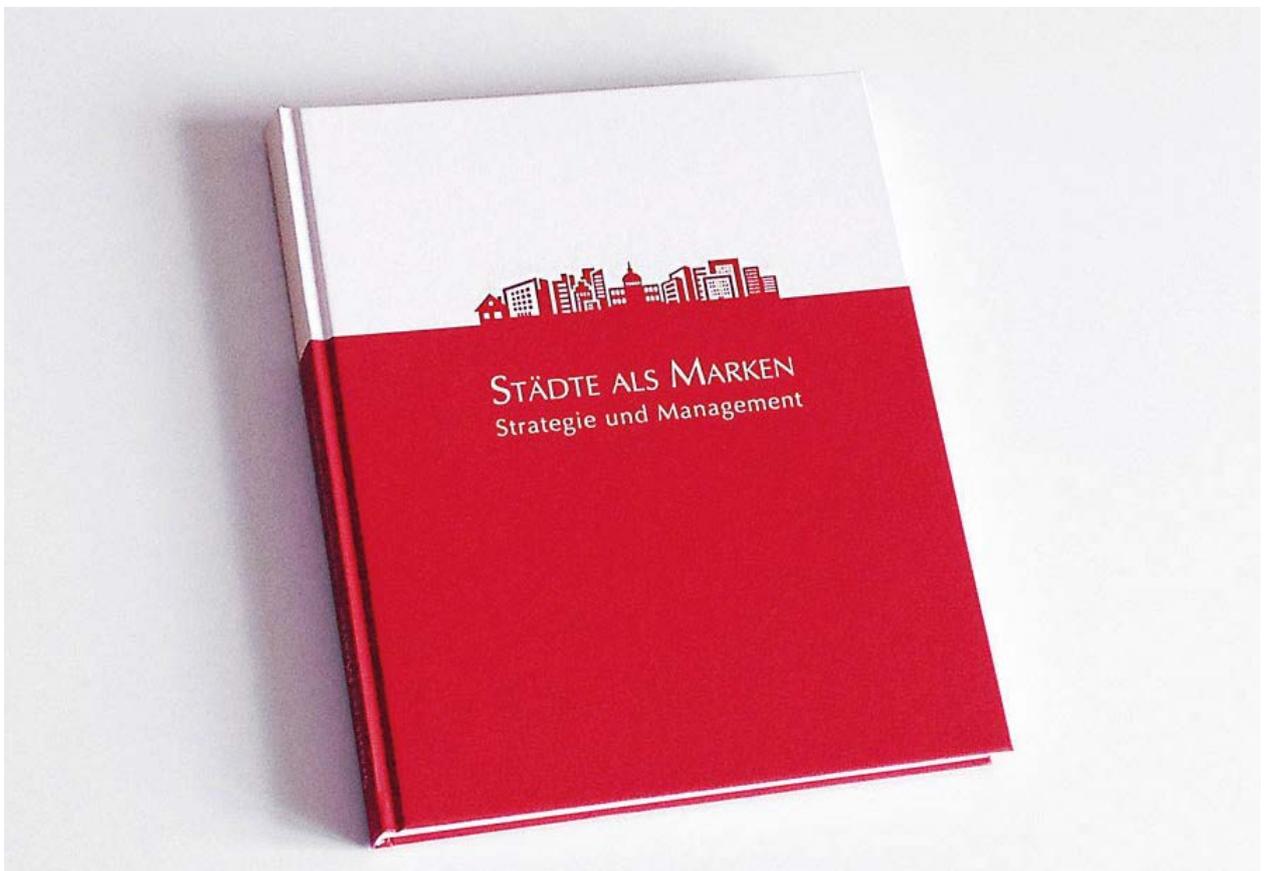
Bei der Analyse einer Stadtmarke ist es dabei unerlässlich, quantitativ zu arbeiten. Im hochpolitischen Raum „Stadtmarke“ helfen nur Untersuchungen weiter, die auf Basis hinreichend großer Befragungszahlen in den relevanten Zielgruppen exakt ermitteln und quantitativ ausweisen, welche Gegebenheiten und Themen die höchste Überzeugungskraft haben.

Wenn Sie erst einmal wissen, welche konkreten Gegebenheiten und Facetten Ihre Stadt attraktiv machen, kommt es darauf an, diese ebenso konkret und attraktiv zu vermitteln. Vermeiden Sie dabei unbedingt abstrakte und damit austauschbare Formeln wie: „Unsere Stadt steht für Vielfalt“. Damit machen Sie es zwar vielleicht allen Anspruchsgruppen der Stadt recht, weil sie irgendwie „in der Marke vorkommen“. Aber Sie erzielen damit keine Außenwirkung. Eine Stadt muss selektieren und auf bestimmte Themen setzen. Nur so kann sie im Wettbewerb durchkommen. Dies ist umso wichtiger, je kleiner das Marketingbudget ist. Und dann ist es wichtig, einen langen Atem zu haben. Wenn man ständig die Themen wechselt, wird nie ein konsistentes Außenbild der Stadt entstehen.

### **Nun kann eine Stadt ihre Rahmenbedingungen nicht so einfach verändern – wie lässt sich dennoch die Wahrnehmung einer Stadt positiv beeinflussen?**

Jedenfalls nicht, indem man eine Imagekampagne startet, in der man versucht, ein ganz neues Bild der Stadt vorzuführen. Und auch ein Slogan hilft nicht weiter. Worum es geht, hat Norbert Kettner, der Chef von Wien Tourismus, in eine sehr schöne Formel gebracht: Es geht darum, die richtigen Gegebenheiten einer Stadt ins Schaufenster zu stellen.

Denn die Wahrnehmung einer Stadt lässt sich positiv beeinflussen, wenn Sie den Menschen attraktive Gegebenheiten vorführen, die sie vielleicht noch gar nicht kannten. Nehmen Sie eine Stadt wie Gelsenkirchen, eine Stadt mit schlechtem Image. Hier hilft als Gegenmaßnahme einzig zu zeigen, was die Stadt zu bieten hat. Also Gegebenheiten ins Schaufenster zu stellen, die Menschen außerhalb des engeren Einzugsgebiets möglicherweise noch gar nicht kennen. Und glauben Sie mir: Jede Stadt hat unentdeckte Perlen zu bieten.



Zum Weiterlesen: Thorsten Kausch, Peter Pirck, Peter Strahlendorf (Hg.): Städte als Marken: Strategie und Management, 2013.

## Welche Rolle spielt das Historische einer Stadt in ihrer Markenbildung?

Das ist von Stadt zu Stadt ganz unterschiedlich. Aber wir haben bei der Analyse vieler Stadtmarken gesehen, dass von historischen Gegebenheiten eine große Anziehungskraft ausgeht. Aus unserer Arbeit kommen mir dabei zum Beispiel die Lübecker Altstadt in den Sinn, das barocke Dresden mit der Frauenkirche und dem Zwinger, die Speicherstadt in Hamburg oder das historische Stadtbild von Fulda. Alles historische Gegebenheiten, die sowohl Bürger als auch Besucher begeistern und das Stadtbild prägen.

## Der Wettbewerb unter den Städten ist groß. Haben Sie zum Schluss noch einen Tipp – gerade für die kleinen Städte unter uns – wie sich eine Stadt nach innen und außen am besten präsentieren kann?

Zunächst einmal möchte ich sagen, wie es nicht geht: mit einem Slogan. Nüchtern betrachtet sind Slogans in ihrer Wirkung sehr begrenzt und von nur äußerst geringer Relevanz. Weder fördern sie Mundpropaganda noch können mit ihnen Social Media-Kanäle wirkungsvoll bespielt werden. Denn konkrete Stärken oder Besonderheiten der Städte werden durch Slogans fast nie vermittelt. Logos und Slogans sind eben nicht die Gründe dafür, dass wir Berlin besonders cool, Hamburg schön und Münster so lebenswert finden. Menschen lassen sich nicht von einem Werbespruch sagen, was sie von einer Stadt zu denken haben.

Gerade für kleine Städte sind klassische Marketingelemente wie Slogan oder Kampagne wenig relevant – auch weil sie meist mit hohen Kosten verbunden sind. Entscheidend ist vielmehr, in einem Markenprozess die Eigenkräfte einer Stadt zu mobilisieren und den Prozess zu einer gemeinsamen Sache zu machen. Das bedeutet, frühzeitig möglichst viele Akteure der Stadt einzubinden. Marke also nicht nur als Sache des Stadtmarketings zu begreifen, sondern alle für die Gestaltung des Außenbildes relevanten Institutionen einzubeziehen. Außerdem haben wir bei der Beratung kleinerer Städte gesehen, dass die Einbindung von Bürgern oft viel mehr bewirken kann als eine teure Kampagne. Von den Bürgern können wir erfahren, was sie an der Stadt schätzen und was sie lebenswert macht. Und wenn man Bürger glaubhaft einbindet und ihre Meinungen wirklich ernst nimmt, kann man sie als Botschafter der Stadtmarke gewinnen.



Peter Pirck, Mitbegründer und Gesellschafter der Brandmeyer Markenberatung in Hamburg. Diplom-Soziologe.

Arbeitsschwerpunkte: Beratung von Unternehmen unterschiedlichster Branchen und Größenordnungen in Sachen Markenführung – von Konsumgütern bis zu Stadtmarken wie unter anderem Hamburg, Dresden und Lübeck; Initiator des Brandmeyer Stadtmarken-Monitors (Befragung zur Wahrnehmung deutscher Großstädte).

# Eschwege – die Stadtmarketing-Initiative zur Profil- und Markenbildung

Ein Beitrag von Wolfgang Conrad, Initiative Stadtmarketing Eschwege e. V.

Eschwege hat nicht das Schicksal vieler Mittelzentren erlitten, deren Innenstädte angesichts großer Zentren auf grünen Wiesen verödet sind. Vielmehr hat sich die knapp 20.000 Einwohner zählende Kreisstadt in den vergangenen zehn Jahren zu einem vitalen Zentrum in der Region zwischen Kassel, Göttingen und Eisenach gemausert. In Eschwege findet man eine Einkaufsvielfalt, die man in Städten dieser Größenordnung nicht vermutet. Dafür hat die Kreisstadt viel getan. Über eine Projektentwicklungsgesellschaft rettete sie das ehemalige Hertie-Kaufhaus, übernahm auf Jahre dessen Vermietung und Vermarktung und kann nun mit der daraus hervorgegangenen zentral gelegenen Schlossgalerie auf einen florierenden Einkaufsmagneten blicken. Auch für die Modernisierung der einzelnen Geschäfte und die Beseitigung von Leerständen nahm die Stadt im Rahmen eines Innenstadt-Förderprogramms Geld in die Hand und unterstützte so den Einzelhandel in der Innenstadt. Heute ist der Handel wieder eine tragende Säule der Wirtschaft. Und dass es in Eschwege nicht nur fast alles gibt, sondern auch tatsächlich gekauft wird, bestätigte erst kürzlich die Gesellschaft für Konsumforschung (GfK) mit ihrem Ranking zur Einzelhandelszentralität. In Nordhessen nimmt Eschwege mit dem ersten Platz die klare Spitzenposition ein, aber auch im bundesweiten Vergleich schnitt die Stadt mit Platz 78 mehr als gut ab.

Doch Eschwege ist mehr als nur die „Einkaufsstadt“ für die ganze Region. Ihre idyllische Lage im Werratal, das Vorhandensein aller Schulformen, eine solide Infrastruktur in der Gesundheitsversorgung und die Kinderbetreuung sowie ein ausgeprägtes bürgerschaftliches Engagement und ein vielfältiges Beratungs- und Bildungsangebot machen die Stadt zu einer attraktiven „Familienstadt“.

Dass schöner Wohnen und Einkaufsmöglichkeiten zum Überleben eines Mittelzentrums nicht reichen,



Altstadt Eschwege



Altstadt (Stadtteil Brückenhäusen) mit Werrabrücke

ist bekannt. Vor knapp zwei Jahren erreichte Eschwege einen Tiefststand bei der Arbeitslosigkeit, die nur noch knapp über fünf Prozent lag. Vor zehn Jahren war die Quote mehr als doppelt so hoch. Große Hightech-Unternehmen wie Sahn, Prävema, Baumer Thalheim, Pacoma und Stiebel Eltron haben als Weltmarktführer ihren Sitz in Eschwege. Sie sind gleichzeitig eingebunden in ein Unternehmensnetzwerk, das seit 2003 besteht und kooperativ sowie überbetrieblich tätig ist. Aus Sorge um den steigenden Fachkräftebedarf werden über das Netzwerk kleine Forscher an den Schulen herangezogen.

Gleichzeitig ist Eschwege aber auch die „Erlebnisstadt“ mit Werra und Werratalsee und somit der ideale Ausgangspunkt für alle Arten von Wassersport. Die sanfte Mittelgebirgslandschaft rund um die Kreisstadt ist die perfekte Sportarena für Radfahrer, Mountainbiker und Reiter. Hier passen der Kurz-Triathlon „WerraMan“ oder die Hessischen Rudermeisterschaften gut ins Mosaik. Bundesweit bekannt ist Eschwege insbesondere durch das jedes Jahr im August stattfindende Musikfestival „Open Flair“, das gerade seinen 30. Geburtstag feierte. Während der drei Tage im Zeichen von Rock und Kleinkunst verdoppelt sich Eschweges Einwohnerzahl und wird zur jungen, bunten Partymeile.

Mit diesen vielen Eigenschaften und Pluspunkten überrascht das Mittelzentrum an der Werra manchmal sogar die eigene Bürgerschaft. Und da es Eschwege nach wie vor an überregionaler Bekanntheit mangelt, war es nach über 14 Jahren Stadtmarketingarbeit nun höchste Eisenbahn, endlich ein Konzept zur Vermarktung der Stadt Eschwege auf die Beine zu stellen. Um Eschwege interessant zu finden, müssen es schließlich erst einmal alle kennen. Deshalb zogen nun zum ersten Mal die Heimatzeitung, die Wirtschaftsförderung der Kreisstadt und das Stadtmarketing an einem Strang, um mit „Eschwege überrascht“ eine neue Wort-Bildmarke ins Leben zu rufen. Wie jeder weiß, muss jede Stadt ständig weiterentwickelt und zukunftsfähig gehalten werden: ob Fachkräftebedarf, höhere Kundenfrequenz oder mehr Touristen, ob neue Projekte oder Betriebsansiedlungen.

Da das neue Marketingkonzept gleichzeitig auf den vier Handlungs-/Kompetenzfeldern der Kreisstadt aufbaut, politisch verankert im sogenannten Eschwege-Programm, einem integrierten Entwicklungskonzept, verstärken sich alle Anstrengungen gegenseitig auf dem Weg zu einer vitalen zukunftsfähigen Stadt mit Profil. Damit verbunden holt sich

das Rathaus indirekt wieder ein Stück politische Steuerungsfähigkeit zurück. Mit der neuen Dachmarke „Eschwege überrascht“ ist Eschwege jedenfalls auf dem richtigen Pfad zur Profil- und Markenbildung.



Wolfgang Conrad, Master of Arts, seit 2002 Stabsstelle Wirtschaftsförderung und strategische Stadtentwicklung in der Kreisstadt Eschwege. Studium der Verwaltungswirtschaft sowie der Sozial-, Rechts- und Literaturwissenschaften.

Beruflicher Werdegang: 1979 bis 1992 Referatsleiter Umwelt- und Naturschutz beim Landratsamt Kitzingen; 1992-2001 Stabsstelle Wirtschaftsförderung der Großen Kreisstadt Kitzingen am Main; seit 2008 Geschäftsführer der erneuerbaren energien | Eschwege GmbH & Co. KG; seit 2009 Geschäftsführer der Projektentwicklungsgesellschaft Eschwege mbH. Netzwerk-Manager des Unternehmensnetzwerkes „Netzwerkinitiative Wirtschaft Eschwege“; Vorstandsmitglied der Initiative Stadtmarketing Eschwege e. V.

## Steckbrief zur Stadt

Stadt	Kreisstadt Eschwege
Bundesland	Hessen
Meilensteine der Stadtgeschichte und Stadtentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Am Cyriakusberg: 974 wird Eschwege in einer Urkunde Kaiser Ottos II. (973-983) erstmals genannt. „Eskinivach“, der alte Name der Stadt, verweist auf die Existenz einer germanischen Siedlung um 500 nach Christus.</li> <li>→ Auf dem Weg zur Stadt: Kaiser Otto II. vermachte seiner Ehefrau Theophanu die Siedlung als „Altersversorgung“. Tochter Sophia gründete um circa 1000 auf dem Cyriakusberg ein Kanonissenstift, welches die Entwicklung der Siedlung zu Markt (um 1188) und Stadt (vor 1236) ebnete.</li> <li>→ Tuch und Leder: Durch Tuch- und Ledererzeugung entwickelte sich Eschwege bis in die frühe Neuzeit nach Kassel zum wichtigsten Handelsplatz in Niederhessen. 1433 fiel die Stadt endgültig an Hessen.</li> <li>→ Der „Große Brand“: Im Dreißigjährigen Krieg Ostern 1637 Brandschatzung durch kaiserliche Kroaten. Fast alle Häuser der heute malerischen Fachwerkstadt stammen aus der Zeit nach 1637.</li> <li>→ Stadt der Gerbereien: Im 19. Jahrhundert die „Stadt der Gerbereien“ (Leder-, traditionsreiche Textil- und Tabakfabrikation). Durch Flugplatz- und Kasernenbau sowie Eingemeindung spürbarer Bevölkerungszuwachs vor 1939.</li> <li>→ Grenzöffnung - wieder mitten in Deutschland: nach 1945 breiter Zustrom von Flüchtlingen und Heimatvertriebenen. Nach der Gebietsreform 1973 höchste Einwohnerzahl 1975 mit 26.822. November 1989: Über Nacht rückte die Kreisstadt vom „Zonenrand“ in die „Mitte Deutschlands“. Neu: Stadtbahnhof 2009.</li> </ul>
Einwohnerzahl	Knapp unter 20.000
Einwohnerentwicklung	Seit den 1980er Jahren negativer Saldo der natürlichen Bevölkerungsentwicklung. Aktuell: überraschender Anstieg der Einwohnerzahl entgegen der Prognosen.
Gebäudeleerstand	Nicht bezifferbar.
Städtebauförderungsprogramme und Jahr der Programmaufnahme	Stadtumbau West 2004; Dorfentwicklungsprogramm 2012; Städtebauliche Sanierung Stadtbahnhof und -umfeld 2004; Städtebauliche Sanierung Niederhone 2007
Aktuelle Schwerpunkte der Stadtsanierung und Stadtentwicklung	Umsetzung der Stadtumbauprojekte; Bauen im Bestand; Qualifizierung des öffentlichen Raums; Sanierung der gründerzeitlichen Bausubstanz im Stadtbahnhofbereich; Modernisierung des Gebäudebestandes
Zukünftige Herausforderungen der Stadtsanierung und Stadtentwicklung	Erhalt der klassischen Fachwerk-Kernstadt, insbesondere im Bereich „Wohnen“; Betonung öffentlicher Raum und „Stadt am Fluss“ sowie Innen-/Entwicklung von Karrees; Stabilisierung der Innenstadt als Einkaufsstadt
Erstellt von der Stabsstelle Wirtschaftsförderung der Kreisstadt Eschwege	



Spielplatz und Aufenthaltsort für Jung bis Alt – der Kornmarkt

# Stadtmarketing in einer schrumpfenden Region

Ein Beitrag von Thomas Christiansen, Erster Stadtrat der Stadt Osterode am Harz

Die Stadt Osterode ist Mittelzentrum und Kreisstadt des gleichnamigen Landkreises und liegt im westlichen Harzvorland, quasi „den Bergen voraus“, als eines der wichtigsten Tore zu diesem nördlichsten Mittelgebirge Deutschlands.

Trotz des bis in den Harz hineinreichenden weitgehend ländlich geprägten Gemeindegebietes ist die Stadt Osterode ein historisch gewachsener, starker Industriestandort mit erheblichem Einzpendlerüberschuss und eher geringer Wertschöpfung im Bereich der Tourismuswirtschaft.

Neben der Kernstadt mit ihrem Aushängeschild der historischen Altstadt, zählt die Kommune zwölf Ortsteile mit gegenwärtig 22.500 Einwohnern. Von 30.000 Einwohnern in 1970, wird Osterode in 2025

nur noch circa 20.000 Einwohner haben, mit einer Altersstruktur, die schon heute bundesweit zu den ältesten gehört. Neben dem demografischen Wandel bestimmt der anhaltende Strukturwandel im Einzelhandel die Entwicklung insbesondere der historischen Altstadt. Die augenfälligen Folgen sind die oft beklagte Filialisierung und eben Leerstand.

Viele von der Stadt nicht beeinflussbare Faktoren haben zudem gravierende Auswirkung auf die Stadtentwicklung. Als ein Beispiel sei hier die Aufgabe Osterodes als Bundeswehrstandort genannt – der Wegfall von 1.000 Dienstposten hat die Einwohnerzahl deutlich reduziert und bedeutete in vielerlei Hinsicht gravierende Einschnitte. Wirtschaftlich wurde die Stadt durch den Nachfrageverlust sowohl der fortgezogenen Soldaten wie auch des Auftragsvolumens des Bundeswehr selbst

ins Mark getroffen, ohne dass der Bund hier in irgendeiner Weise Kompensationsleistungen erbracht hat.

Politik, Einwohner und Unternehmen haben Veränderungen aber stets als Herausforderung angenommen. Dies zeigt sich auch in dem durchaus mutigen Slogan: „um Berge voraus“. Das gilt nicht nur für die Entwicklung der Einwohnerzahl, sondern unter anderem auch für die Wirtschaft. Spitzentechnologie „Made in Osterode am Harz“ ist zum Beispiel in vielen Forschungseinrichtungen, Krankenhäusern oder Laboren rund um den Globus zu finden, um nur das Beispiel Medizintechnik zu nennen, wo Osteroder Unternehmen dem Wettbewerb eben „um Berge voraus“ sind.

Die von den Resten der historischen Stadtmauer umgebene Altstadt weist eine Fläche von circa 20 Hektar auf und umfasst über 400 meist Fachwerk-



Bürgerliche Gastronomie im „Hus für Hochziter“

gebäude als Einzeldenkmale beziehungsweise Bestandteile eines Gruppendenkmals. Zwischen 1978 und 1995 wurde in einem Sanierungsgebiet mit zwei Erweiterungen Stadtsanierung im Städtebauförderprogramm Sanierung und Entwicklung betrieben. Seit 2012 ist ein Teil der noch nicht sanierten Altstadt im Förderprogramm Städtebaulicher Denkmalschutz. Soweit zu den Rahmenbedingungen.

Was die Stadt Osterode von den häufig seelenlosen, gleichförmigen Einkaufsbereichen, den überall gleich besetzten Malls der Großstädte unterscheidet, ist ein in weiten Teilen erhaltener, kleinteiliger Stadtgrundriss mit all seinen Plätzen und Gassen, seiner historischen Authentizität und Multifunktionalität.

Die historischen Stadtbilder - wie das der Stadt Osterode am Harz - sind Ausdruck unserer gewachsenen Kultur und Basis für Identitätsbildung ihrer Bewohner. Ein qualitativ hochwertiges Stadtbild ist wesentlicher Faktor für die Vermarktung unserer Städte und hat, wenn es die Stadt zu einem „Wohlfühlort“ für ihre Bewohner und Besucher macht, immer auch einen Mehrwert für den Wirtschaftsstandort. Schon deshalb lohnen die Anstrengungen für unsere Städte, insbesondere auch beim Erhalt und bei der Weiterentwicklung der historischen Bausubstanz.

So verstanden, hat Stadtmarketing eine nach innen und eine nach außen orientierte Zielrichtung, denen beiden das „in Wert setzen“ unserer kulturell und bauhistorisch bedeutsamen Städte gemeinsam ist.

Der Wohn- und Gewerbestandort „historische Altstadt“ konkurriert mit anderen Standorten in der Stadt, aber auch in der Region und sieht sich erheblichen Herausforderungen gegenüber:

- Die überwiegend in geschlossener Bauweise errichteten mehrgeschossigen Gebäude sind bislang kaum barrierefrei und lassen sich auch in Zukunft nur mit erheblichem Aufwand entsprechend gestalten.
- Der Gestaltung privater Freiräume sind aufgrund der städtebaulichen Gegebenheiten häufig enge Grenzen gesetzt.
- Die Gebäudestrukturen und der Denkmalschutz lassen eine freie Grundrissgestaltung in der Regel nicht zu.

Diese Aufzählung ließe sich beliebig fortführen und betrifft in ihren Auswirkungen die Bedürfnisse älterer Menschen ebenso wie die von Familien mit Kindern.



Geschäftiges Treiben auf dem Kornmarkt von Osterode am Harz

Von entscheidender Bedeutung für die Attraktivität des Standortes Altstadt ist in diesem Zusammenhang auch die Gestaltung und Nutzung des öffentlichen Raumes.

Vor dem Hintergrund der durch den Denkmalschutz attestierten bauhistorisch-kulturellen Bedeutung der historischen Altstädte ist der Staat in all seinen Ebenen gefragt, durch entsprechende Förderprogramme und Gestaltung der rechtlichen Rahmenbedingungen dafür Sorge zu tragen, dass diese Nutzungen und damit der Erhalt der Altstädte nachhaltig gewährleistet ist.

Neben der Gestaltung dieser „harten“ Faktoren gilt es, das häufig negative Image oder auch die weit verbreiteten Ängste in Verbindung mit denkmalgeschützter Bausubstanz abzubauen. Hier ist Dialogbereitschaft und offensive Beratungstätigkeit der Denkmalbehörden gefragt.

Jede Stadt hat seine historisch gewachsenen individuellen touristisch vermarktbareren Highlights, die jeweils für sich betrachtet aber selten die Attraktivität ausstrahlen, um am wachsenden Markt des Städtetourismus mehr als bisher zu partizipieren. Ein Städtetz-

werk wie das „Fachwerkfünfeck“ der Städte Duderstadt, Einbeck, Hannoversch-Münden, Northeim und Osterode am Harz könnte hier gemeinsam ganz anders agieren und neue Impulse für die jeweilige Stadt, aber vor allem auch für die Region bringen. Diese Überlegung, gemeinsam an einer Strategie für die nachhaltige Entwicklung der durch das Fachwerk geprägten historischen Altstädte der Mittelzentren Südniedersachsens zu arbeiten, scheint auch das Auswahlgremium des Bundes überzeugt zu haben, das das „Fachwerkfünfeck“ als eines von insgesamt 21 nationalen Projekten des Städtebaus 2014 für förderwürdig erachtet hat.

Wenn es gelingt, den Vor-Ort-Akteuren die Qualitäten der historischen Altstadt nahezubringen und sie zu überzeugen, dass die Anstrengungen zu ihrem Erhalt lohnen, wird es auch gelingen, mehr Besucher als bisher in die Städte zu holen und damit auch zu ihrem wirtschaftlichen Erfolg beitragen.

# Um Berge voraus – Stadtmarketing in Osterode am Harz

Ein Interview mit Thomas Christiansen, Erster Stadtrat der Stadt Osterode am Harz

## Ihre Stadt hat den Slogan „um Berge voraus“ – wie kam es dazu und was soll der Slogan konkret vermitteln?

Eine Stadt steht heute in vielen Bereichen im Wettbewerb. Sie muss sich in diesem Wettbewerb ähnlich wie Privatunternehmen als Marke positionieren. Dem dienen unser Corporate Design und der Slogan. Der weist darauf hin, dass Osterode mit seinen Menschen und seinen Unternehmen vielen anderen Kommunen voraus ist. Da ist zum Beispiel die demografische Herausforderung: Viele Gemeinden sehen dem noch entgegen, Osterode ist schon mittendrin. Sinkende Einwohnerzahlen haben schon konkrete Auswirkungen. Entscheidungen zur Anpassung kommunaler Infrastruktur wurden hier schon getroffen. „Um Berge voraus“ sind auch die Unternehmen, die Osterode prägen. Denn trotz der Lage am touristisch geprägten Harz ist Osterode die industriestärkste Stadt in der Region. Das heißt aber nicht, dass hier die Schloten qualmen: Mit High-Tech-Produkten sind viele unserer Unternehmen in ihrer Branche „um Berge voraus“, weshalb sie ihre hochentwickelte Technologie teilweise als Marktführer weltweit absetzen.

## Wie ist der Bereich „Stadtmarketing“ in Ihrer Stadt organisiert?

Stadtmarketing ist ja eine themenübergreifende Aufgabe. Es geht nicht nur darum, ein paar nette Partys zu organisieren. Wir haben es in Osterode geschafft, alle maßgeblichen Akteure in ein Boot zu holen, das war nicht immer so. In enger Zusammenarbeit mit dem städtischen Stadtmarketing ziehen im Verein für Marketing und Tourismus Osterode am Harz Einzelhandel, Gastronomie, Handwerk, Industrie und eben die Verwaltung an einem Strang.

## Welchen Stellenwert hat das bauhistorische Erbe von Osterode für die Stadt selbst und wie zeigt sich das im Stadtmarketing?

Südniedersachsen zählt zu den bauhistorisch vielfältigsten Fachwerklandschaften in ganz Europa. Insbesondere die Städte dieser Region verfügen über einen enormen Bestand an Baudenkmalen, größtenteils als Fachwerkgebäude. Diese historische Bausubstanz ist ein riesiges Pfund, mit dem wir wuchern können. Viele kleine Städte haben unter den negativen Begleiterscheinungen des Wandels im Handel zu kämpfen. Osterode ist da natürlich keine Ausnahme. Wir erleben aber, dass es auswärtige Gäste sehr schätzen, in diesem Umfeld in Ruhe zu bummeln, einzukaufen und noch einen Kaffee trinken zu können – manchmal mehr als die, die dieses Umfeld Tag für Tag genießen können, es aber gar nicht mehr bewusst wahrnehmen. Auch da setzt unser Marketing an – nach außen, um noch mehr Gäste zu gewinnen, aber auch nach innen, um den Einheimischen dieses tolle Umfeld neu zu vermitteln. Das Ziel ist nicht weniger als das „in Wert setzen“ unserer kulturell und bauhistorisch bedeutsamen Städte und Dörfer und damit der ganzen Region Südniedersachsen. Mit den vier Nachbarstädten Duderstadt, Einbeck, Hannoversch-Münden und Northeim bilden wir ein einzigartiges „Fachwerk-Fünfeck“, das wir künftig



Fachwerk-Atmosphäre in Osterode am Harz

gemeinsam auch touristisch nutzen wollen. Jede Stadt hat seine historisch gewachsene Individualität und touristisch vermarktbar Highlights, die jeweils für sich betrachtet aber nicht die Attraktivität ausstrahlen, um den Städtetourismus spürbar zu steigern. Ein Städtenetzwerk wie das „Fachwerkfünfeck“ kann hier ganz anders agieren und neue Impulse für die Entwicklung bringen. Modernes Leben in alter Bausubstanz muss attraktiv bleiben – mit potemkinschen Dörfern ist weder touristisch etwas anzufangen, noch bieten sie die Lebensqualität, die wir im ländlichen Bereich sichern und ausbauen wollen.

### **Mit gezieltem Stadtmarketing möchte Osterode am Harz eine Identität nach innen und außen schaffen – erzählen Sie uns bitte von ein paar Projekten, die dazu beitragen.**

Osterode ist nicht nur „um Berge voraus“, es bewegt auch. Schon vor einigen Jahren haben wir zum Beispiel Sportveranstaltungen für Jedermann entwickelt, die sowohl Osteroderinnen und Osteroder zusammenbringen, als auch Gäste anlocken. Zum Beispiel ein Etappenmarathon, der eine Lauf- und Walkingveranstaltung ist, die Jung und Alt an sieben Tagen über eine Marathondistanz rund um die Stadt und durch ihre Ortschaften führt. Oder den Harzer Hexentail. Erstmals haben 2014 42 Teams eine Wanderstrecke von rund 60 Kilometern von Osterode durch den Harz und zurück über 2.000 Höhenmeter bewältigt. Der Clou dabei: Nicht nur die Gemeinschaft in den Teams und zwischen den Teams wird gefördert, sondern die Läuferinnen und Läufer sammeln im Vorfeld Spendengelder für zahlreiche gute Zwecke ein, beim ersten Anlauf schon über 20.000 Euro. Mit solchen Veranstaltungen erreichen wir ein Wir-Gefühl und positive Imagebildung für die Stadt – und auch für die Region Harz.

### **Wie wollen Sie das Stadtmarketing zukünftig weiter voranbringen?**

Stadtmarketing ist ein nicht endender Prozess. Mit der Bündelung aller relevanten Branchen im Verein für Marketing und Tourismus Osterode am Harz haben wir einen wichtigen Zwischenschritt geschafft, aber eben nur einen Zwischenschritt. Jetzt wird es darum gehen, gemeinsam – übrigens nicht nur Verwaltung und Wirtschaft, sondern auch die Einwohnerinnen und Einwohner – ein Marketingkonzept zu entwickeln. Damit meine ich keine kurzlebige Werbekampagne, sondern die Frage, wie bekomme ich ein noch stärkeres Wir-

Gefühl hin, wie können wir Gäste von unserer Stadt als Einkaufs- oder als Urlaubsziel noch besser überzeugen. Wir verfügen schon über einen guten Wert, was die Einzelhandelszentralität, den „Point of Sale“ angeht, aber wir haben keinen Grund, uns darauf auszuruhen.



Thomas Christiansen, \* 1958, Erster Stadtrat der Stadt Osterode am Harz und Fachbereichsleitung Bauen, Stadtentwicklung, Waldwirtschaft. Studium an der Technischen Universität Hamburg-Harburg, Studiengang Städtebau und Stadtplanung.

Beruflicher Werdegang: Tätigkeit in mehreren Kommunen als Stadtplaner, städtebauliches Referendariat, seit 1999 als Fachbereichsleiter bei der Stadt Osterode am Harz, seit 2003 Stadtbaurat, seit 2012 Erster Stadtrat, Fachbereichsleitung und Verwaltungsleitung.

## Steckbrief zur Stadt

Stadt	Osterode am Harz
Bundesland	Niedersachsen
Meilensteine der Stadtgeschichte und Stadtentwicklung	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ 10. Jahrhundert: erste urkundliche Erwähnung</li> <li>→ Anfang 13. Jahrhundert: Verleihung Stadtrechte</li> <li>→ 1238: Gründung der Osteroder Neustadt</li> <li>→ 1545: Großer Stadtbrand, weitgehende Vernichtung der Stadt</li> <li>→ Ende 17. Jahrhundert: bereits wieder 500 Häuser und 2.500 Einwohner</li> <li>→ 1722: Errichtung des „Harzkornmagazins“ als eines der prägenden Gebäude der Osteroder Altstadt</li> <li>→ Ende 18. Jahrhundert: Beginn der Industrialisierung in Osterode, wirtschaftlicher Aufschwung, Verdoppelung der Einwohnerzahl in 100 Jahren</li> </ul>
Einwohnerzahl	circa 22.500
Einwohnerentwicklung	<p>1970: 30.000 Einwohner                  2015: 22.500 Einwohner</p>
Gebäudeleerstand	(Leerstandskataster im Aufbau)
Städtebauförderungsprogramme und Jahr der Programmaufnahme	<ul style="list-style-type: none"> <li>→ Stadtsanierungsprogramm, 1979</li> <li>→ Städtebaulicher Denkmalschutz, 2012</li> <li>→ Kleinere Städte und Gemeinden, 2011</li> <li>→ Nationale Projekte des Städtebaus, 2014</li> </ul>
Aktuelle Schwerpunkte der Stadtsanierung und Stadtentwicklung	Attraktivitätssteigerung der historischen Altstadt als Wohn- und Gewerbestandort
Zukünftige Herausforderungen der Stadtsanierung und Stadtentwicklung	Anpassung der städtischen Strukturen an zurückgehende Einwohnerzahlen

Erstellt von der Stadt Osterode am Harz



Fachwerkgebäude in Osterwieck

# Fachwerk als Imagefaktor – das Marketing der Deutschen Fachwerkstraße

Ein Beitrag von Diana Joneitis, ehemals Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e. V.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e. V. wurde anlässlich des europäischen Denkmalschutzjahres 1975 von den Bundesländern Hessen und Niedersachsen gegründet. Heute sind rund 130 Städte und Gemeinden in sieben Bundesländern – dazu zählen neben Hessen und Niedersachsen auch Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen, Bayern und Baden-Württemberg – Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft. Das Netzwerk erstreckt sich von Meersburg am Bodensee bis nach Stade im Norden und Ebersbach-Neugersdorf im Osten. Mitglied können Städte werden, die über einen hervorragenden Fachwerkbestand verfügen. Ziel der Zusammenarbeit ist der Erfahrungsaustausch und das gemeinsame Handeln, um die historisch

gewachsenen Stadtstrukturen zu bewahren und die Altstädte dennoch zukunftsfähig zu gestalten. Zu den Aufgabenfeldern gehören demzufolge die Stadtentwicklung, die Förderung des Interesses für den Bautyp „Fachwerk“ sowie die Förderung und Vermittlung der Belange des Denkmalschutzes und der Denkmalpflege.

Die Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e. V. hat die Bedeutung des Tourismusmarketings für ihre Mitgliedsstädte vor nun fast 25 Jahren erkannt. Aus einer Arbeitsgruppe Tourismus ist 1990 eine der heute beliebtesten Ferien- und Kulturstraßen hervorgegangen: Die Deutsche Fachwerkstraße. Sie zählt augenblicklich rund 100 Mitglieder. Fragen Sie Touristen nach



Marketingprodukte wie Straßenkarten rund um das Thema Fachwerk bewerben die Mitgliedsstädte der Deutschen Fachwerkstraße.

den Vorteilen oder dem Besonderen einer Fachwerkstadt, so würden Sie häufig folgende oder ähnlich lautende Antworten erhalten: „die Ruhe genießen und den Stress abbauen“, „Abstand vom Lärm der Großstadt gewinnen“, „die gemütliche, liebevolle Atmosphäre aufnehmen“ und schließlich „die alten Mauern haben etwas zu erzählen“. Dies beschreibt den Standortvorteil von Fachwerkstädten. Was andere suchen und müßig neu erschaffen, ist in den Fachwerkstädten längst vorhanden – oder anders ausgedrückt – noch vorhanden. Und diesen Vorteil gilt es gegenüber Städten, die in Folge der flächenhaften Zerstörung des Zweiten Weltkrieges und/oder dem Modernisierungswunsch der Nachkriegszeit ihre historische Bausubstanz einbüßen mussten, zu nutzen. Noch vor wenigen Jahrzehnten war der Glaube an den Fortschritt groß, waren historische Bauwerke, insbesondere Fachwerkhäuser, ein ökonomisches, ein wirtschaftliches Hindernis – quasi ein Klotz am Bein des Fortschrittes. vielerorts mussten sie weichen. Und was der Zweite Weltkrieg nicht ohnehin schon zerstört hatte wurde bereinigt – klare, saubere Strukturen mit viel Platz waren das Ziel. Doch diese Strukturen, gerade in den großen Städten, sind aufgrund des Investitionsdrucks längst verdichtet. Den künstlich geschaffenen, oft anonymen Straßenzügen und Plätzen fehlt das Individuelle. Rekonstruktionen scheinen vielerorts die Lösungen zu sein. Sie bedienen ein Bedürfnis, das von unserer schnelllebigen Gesellschaft hervorgebracht wird: Was gerade noch aktuell war ist eben schon veraltet. Da ist es kein Wunder, dass die Menschen das Verlangen nach Konstanten im Leben suchen, nach dem Beständigen in ihrer Umgebung. Der Wunsch, den historischen Wurzeln zu begegnen, ist in der Bevölkerung deutlich spürbar. Aus welcher Richtung der Wunsch nach den historischen Wurzeln auch herrühren mag, entscheidend ist für die Fachwerkstädte, dass sie haben, was andere nicht haben: historisch gewachsene Altstadtkerne, die in ihren Fachwerkhäusern vor allem Authentizität widerspiegeln. Den Wunsch nach Konstanten bedient eine Fachwerkstadt mit ihrer herausragenden Substanz auf natürliche Weise. Die Häuser haben ein Gesicht und jedes einzelne hat eine Geschichte dazu. Hierbei geht es nicht um einen rückwärtsgewandten Blick oder Vergangenheitsdenken. In der aktuellen, gerade dargestellten Situation ist das historische Gewachsene angesagter denn je. Authentizität und Regionalität liegen im gesellschaftlichen Trend, sowohl in Deutschland als auch in Europa. Das Fachwerk reflektiert regionale Baukultur, Wohnkultur, Lebenswelt, Handwerk und Tradition. Fachwerk als nachhaltige Bauweise besteht – gut gepflegt und bewohnt – mit regionalen und nachwachsenden Baustoffen aus der Natur seit Jahrhunderten und dient



Die Fachwerkstraße verbindet 100 Fachwerkstädte.

auch für zeitgenössisches Bauen als Vorbild. Hinzu treten regionale Produkte und Handwerksleistungen, die eng in Verbindung mit Fachwerk stehen können. Jede Investition in das Fachwerk ist eine Investition in das Handwerk, in den Handel und in die Lebensqualität.

Dass Denkmale Tourismusmagneten sind, bestätigen auch die Zahlen, die unter anderem von der Deutschen Zentrale für Tourismus erhoben werden. Nicht nur, dass die Zahlen der Übernachtungen seit 2004 kontinuierlich steigen und die Tourismusbranche in den vergangenen drei Jahren immer neue Umsatzrekorde zu verzeichnen hat, darüber hinaus gehört Deutschland weltweit zu den fünf beliebtesten Kulturreisezielen. Das Hauptkapital, nämlich die historische Bausubstanz, ist also vorhanden – nun gilt es, den Schatz zu heben. Dabei unterstützt die Deutsche Fachwerkstraße ihre Mitgliedsstädte in ganz Deutschland: Der Besucher kann auf rund 3.000 Kilometern durch 700 Jahre Fachwerkgeschichte reisen und auf seinem Weg zahlreich deutsche Städte mit ihrer historischen Bausubstanz entdecken. Die Deutsche Fachwerkstraße ist in sechs Regionalstrecken untergliedert, die die regionale Fachwerkausprägung präsentieren. Für die Gäste halten wir umfangreiches Material, wie Straßenkarten,

einen Bildband sowie eine Fachwerk-App bereit. Gäste können sowohl mit dem Auto, dem Wohnmobil oder aktiv mit dem Fahrrad die Fachwerkstädte entdecken.

Tourismus ist in ganz Deutschland ein wichtiger Treiber für Wirtschaft und Wachstum und damit ein wichtiger Wirtschafts- und Imagefaktor. Welche Schwerpunkte sind jedoch zu setzen, um gemeinsam vom Wirtschaftspotenzial der Tourismusbranche zu profitieren? Wichtige Voraussetzungen, um die Wettbewerbsfähigkeit zu steigern, sind neben einer attraktiven öffentlichen touristischen Infrastruktur als Rahmenbedingung eine hohe Qualität des Angebots. Um die Qualität in den Städten für den Kulturtouristen zu steigern und zu verstetigen, bietet die Deutsche Fachwerkstraße ein Gästeführerseminar an. Diese finden mehrmals im Jahr in der Propstei Johannesberg in Fulda statt. Die regionale Kompetenz „Fachwerk“ kann somit durch fachkundige Gästeführer, die ihre Stadt an vorderster Front vertreten und vermarkten, dem Gast vermittelt werden. Das trägt zu einem qualitativ hochwertigen Tourismusangebot bei. Nur wenn das Produkt qualitativ stimmt, ist das Marketing sinnvoll und erfolgreich.

Kultur liegt im gesellschaftlichen Trend und ist einer von sechs Faktoren, die das Image eines Landes ausmachen. Kulturpotenzial haben unsere Fachwerkstädte reichlich zu bieten. Dabei ist jedoch festzuhalten, dass nur ein geringer Teil der Gäste überzeugte Kulturtouristen sind. Die übrigen sind Gelegenheits- oder Zufallskulturtouristen. Es ist also wichtig, die Gelegenheit zu verstetigen und den Zufall zu steuern. Dies kann nur durch ein konsequentes Tourismusmarketing gelingen. Einen wichtigen Anteil daran trägt für ihre Mitgliedsstädte die Deutsche Fachwerkstraße, die anhand verschiedener Produkte Gäste in die deutschen Fachwerkstädte locken möchte. Von großer Bedeutung ist für die Fachwerkstädte vor allem der Kultur- und Städtetourismus. Einerseits, weil die Städte mit ihrem Fachwerkbestand und historischen Altstädten natürlich das ideale Ziel für den kulturinteressierten Städtetouristen darstellen. Und andererseits weil der Städtetourismus boomt. Kurzzeit- und Tagesreisen liegen im Trend. Die Verbindung der Fachwerkstädte entlang der Deutschen Fachwerkstraße bietet somit einen idealen Anlass für Städterundreisen. Idyllische Fachwerkbauten und Ensembles bieten für hochwertige Hotellerie und Gastronomie das ideale Ambiente und ermöglichen den Gästen die perfekte Kulisse zum Wohlfühlen. Der Denkmalschutz und die Denkmalpflege haben in den vergangenen Jahrzehnten einen nicht zu unterschätzenden Beitrag dazu geleistet, dass unseren Städte die historische Substanz überhaupt zur Verfügung steht. Die liebevoll sanierten und restaurierten Innen-

städte dürfen dabei jedoch nicht zum Freilichtmuseum werden. Gleichzeitig stellt sich aber auch die berechtigte Frage, ob Touristenströme aus der ganzen Welt an 365 Tagen im Jahr an der Denkmalsubstanz einen Schaden anrichten. Das Kunststück liegt im Balanceakt. Tourismus dient nicht dem Selbstzweck, sondern auch dem Erhalt des kulturellen Erbes. Ziel muss es also auch weiterhin sein, die Gesellschaft für die Fachwerkkultur zu sensibilisieren, durch gezielte Projekte die Zukunftsfähigkeit der Fachwerkstädte erfolgreich zu steuern und die Gäste in der Welt zu mobilisieren, die Fachwerkstädte in Deutschland zahlreich zu besuchen. Vor allem sind alle, sowohl die Bürger als auch die Akteure auf institutioneller Ebene, weiterhin zu motivieren, ihr Fachwerk zu erhalten, denn das Fachwerk birgt ein großes Potenzial für die Fachwerkstädte und ist ihr Kapital.



Diana Joneitis, bis 2015 geschäftsführendes Vorstandsmitglied der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e.V.; Studium der Kunstgeschichte, Medien- und Kommunikationswissenschaften sowie Erziehungswissenschaften an der Friedrich-Schiller-Universität, Jena.

Beruflicher Werdegang: Tätigkeit bei der 3. Thüringer Landesausstellung auf der Wartburg; wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Fachhochschule Erfurt; freie Kunsthistorikerin und Redakteurin; Volontariat beim Thüringischen Landesamt für Denkmalpflege und Archäologie in Erfurt; 2013 bis 2015 bei der Arbeitsgemeinschaft Deutsche Fachwerkstädte e. V. und der Deutschen Fachwerkstraße.

Arbeitsschwerpunkte: Erforschung mittelalterlicher Bildprogramme, Untersuchung der deutschen Fachwerklandschaft sowie Vermittlung denkmalpflegerischer Grundsätze zur Bewusstseinsbildung für das baukulturelle Erbe.

# Zwischenruf III: In eigener Sache

# Kommunikation und Information – von Anfang an

Ein Beitrag von Ricarda Ruland, Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im  
Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung

Mit Einführung des Städtebauförderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz 1991 wurden Kommunikation und Information als wesentliche Bestandteile und Basis einer erfolgreichen Programmumsetzung verstanden. So wurden direkt zu Beginn zahlreiche verschiedene Instrumente etabliert, die sich bis heute bewährt haben, noch immer erfolgreich genutzt werden und eine hohe Nachfrage und Anerkennung genießen.

## Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz (1991 bis heute)

Am 28. Mai 1991 wurde das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz von der damaligen Bundesministerin Dr. Irmgard Adam-Schwaetzer ins Leben gerufen. In der Pressemitteilung 50/91 war an diesem Tag zu lesen: „Denkmalschutz in 80 Städten der neuen Länder – Bauministerin gibt



Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz in Bad Karlshafen

Städte für Förderprogramm bekannt“. Noch am selben Tag erschien die „Entschließung der vom Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau am 28. Mai 1991 in Neuruppin berufenen Expertengruppe unter Vorsitz von Herrn Professor Dr. Kiesow zum Programm zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes“, besser bekannt und benannt als „NEURUPPNER ERKLÄRUNG“.

In dieser Neuruppiner Erklärung haben die neun namentlich berufenen Mitglieder der Expertengruppe ihr Selbstverständnis und ihren Aufgabenbereich festgehalten. So heißt es dort:

„Die Stadterneuerung ist für die meisten Städte und Gemeinden in den neuen Bundesländern ein grundlegend neuer Aufgabenbereich. In rechtlicher, organisatorischer und finanzieller Hinsicht, aber auch hinsichtlich eines integrierten planerischen Ansatzes bedarf es eines völligen Neubeginns. (...) Die Expertengruppe wird das Programm zur Förderung des städtebaulichen Denkmalschutzes fachlich begleiten und dabei darauf hinwirken, dass

- in Anbetracht der gewaltigen Probleme, die zur Bewältigung anstehen, Empfehlungen zu förderpolitischen Prioritäten gegeben werden;
- die bereitgestellten Fördermittel mit größtmöglichem Nutzen verwendet werden;
- eine wissenschaftliche Beratung der Förderstädte durch Fachleute gesichert ist, die auch den Bereich Baumaterialien umfasst;
- Erfahrungen und Anregungen zur Förderung der Eigeninitiative in den Städten und Gemeinden vermittelt werden; (...)“

Dieses beschriebene Selbstverständnis lässt klar den Schwerpunkt in den Bereichen Austausch und Vermittlung von Wissen und Erfahrungen erkennen. Beratung und Kommunikation standen somit schon von Anfang an für die Expertengruppe im Fokus. Seit 25 Jahren widmet sich die Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz nun schon ehrenamtlich in verschiedener Besetzung, aber dennoch mit großer personeller Konstanz, diesen Aufgaben. Im Verlauf der Jahrzehnte haben sich die Erwartungen und Anforderungen an die Expertengruppe mit den sich verändernden Umständen und Rahmenbedingungen gewandelt. Während in den Anfangsjahren vor allem praktische Fragestellungen in Vor-Ort-Bera-

tungen zu Sicherung und Sanierung, zu Prioritäten der Ziel- und Handlungskonzepte, zu Kriterien zur Auswahl und Abgrenzung von Erhaltungsgebieten, Hilfestellung bei der Erfassung besonders wertvoller und gefährdeter Baudenkmäler und Ensembles im Fokus standen, spielten in der Folgezeit der Umgang mit strukturellen Veränderungen eine große Rolle. Phänomene wie der starke Bevölkerungsrückgang in den Kommunen, der demografische und wirtschaft-



Ausgabe des Informationsdienstes Städtebaulicher Denkmalschutz

liche Wandel, die Anforderung der Aufrechterhaltung der Funktionalität der Kernstadt sowie die Formulierung der damit zusammenhängenden Ziele für eine Revitalisierung beschäftigen die Expertengruppe zum Teil noch bis heute. Mit der Einführung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz in den alten Ländern hat sich das Themenspektrum eher noch erweitert, die Notwendigkeit der Beratung ist geblieben.<sup>1</sup>

### Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz (1 bis 40)

Bereits drei Monate nach Inkrafttreten des Programms – im August 1991 – erschien der erste

Informationsdienst Städtebaulicher Denkmalschutz, herausgegeben vom Bundesministerium für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau.

Das Vorwort des Herausgebers formuliert klar die Zielrichtung und Zielgruppen dieser neuen Publikationsreihe: „ (...) Der Bundesminister für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau will mit der Herausgabe der Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz auch über den in diesem Rahmen geförderten Kreis der Städte hinaus Hilfen geben:

- Es wird über wichtige Beschlüsse, Entscheidungen und Empfehlungen des Bundes und der Länder zum Städtebaulichen Denkmalschutz berichtet werden.
- Es werden Erfahrungsberichte aus den Städten des Sonderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz und aus den Modellstädten der Stadterneuerung (städtebauliche Modellvorhaben) in den neuen Ländern abgedruckt.
- Es sollen übertragbare Arbeitsweisen und beispielhafte beziehungsweise anregende Ergeb-

nisse aus den alten Ländern der Bundesrepublik Deutschland vermittelt werden.

Nutzer der mehrmals jährlich erscheinenden Informationsdienste sind die im Rahmen des Sonderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz geförderten Städte und die Modellstädte der Stadterneuerung, die beteiligten Landkreise, die neuen Länder, die Landesämter für Denkmalpflege in den neuen Ländern, die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene und deren Landesverbände Ost, das Bundesministerium des Innern und andere Bundesressorts, öffentlich-rechtliche Institutionen und private Stiftungen zum Denkmalschutz, die Fachverbände im Bau- und Siedlungswesen, die Städteplaner und Architekten, die Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz des Bundesministeriums für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau unter Vorsitz von Herrn Professor Dr. Gottfried Kiesow, Wiesbaden, und zahlreiche weitere Stellen und Persönlichkeiten.“<sup>2</sup>

Die Herausgabe der Informationsdienste war somit auf Bundesebene von Anfang an verbunden mit dem Anspruch, einer breiten Zielgruppe alle pro-



Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz in Quedlinburg

grammrelevanten Themen möglichst zeitnah zur Verfügung zu stellen. Den Kommunen sollte viel stärker als bislang in der Städtebauförderung üblich, mit Hilfe von guten Beispielen und Hinweisen zum Beispiel zur Anwendung der Erhaltungssatzung, mit Städteportraits, Mustervordrucken et cetera mögliche Herangehensweisen aufgezeigt werden, um den Prozess der „bestandsorientierten Stadterneuerung“<sup>3</sup> schneller und zielgerichteter voranzubringen.

Dem ersten Informationsdienst folgten mittlerweile 39 weitere. Das Erscheinungsintervall war in den 1990er Jahren deutlich häufiger, als das heutzutage der Fall ist. Dies liegt vor allem darin begründet, dass die Informationsdienste damals das einzige Verbreitungsmedium für jegliche Informationen darstellte. Während heutzutage die Kommunikation viel über E-Mail Newsletter und dem ergänzenden Internetangebot läuft, gab es damals eigentlich nur die Informationsdienste. Von daher unterscheiden sich die älteren Ausgaben bis noch in die 2000er Jahre herein auch thematisch von den Informationsdiensten wie sie heutzutage erscheinen. Dokumentationen von Fachtagungen und Kongressen (nicht nur von den Kongressen des Städtebaulichen Denkmalschutz, sondern auch von anderen Kongressen zu diesem Thema), Forschungsberichte und allgemeine Informationen zum Programm prägten damals den Inhalt dieser Publikationsreihe.

Heutzutage erscheint der Informationsdienst im Schnitt einmal jährlich und widmet sich einem Schwerpunktthema, zu dem sich diverse Autoren, zumeist aus der Praxis, in Form von Artikeln oder Interviews äußern. Früher übliche Inhalte wie der Abdruck der Verwaltungsvereinbarung (VV) oder die Karte und Liste der aktuellen Programmkommunen sind mittlerweile über das Internet immer aktuell zugänglich. Forschungsberichte erscheinen seit 2006 zumeist als kommunale Handlungsleitfäden in gesonderten Veröffentlichungen.

### **Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz (1 bis 23)**

Der erste Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz fand am 26. und 27. August 1991 in Quedlinburg statt. Das Programm war gerade mal erst drei Monate alt, als das Bundesministerium zu dieser Veranstaltung, die insbesondere für die Vertreter der 82 Städte des Sonderförderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz gedacht war, einlud. Gekommen waren 229 Teilnehmer aus den Förder- und Modellstädten,

darunter die Bürgermeister und Baudezernenten, Architekten, Stadtplaner, Denkmalpfleger und Sanierungsträger, Fachexperten aus den Altbundesländern, Partnerstädten und wissenschaftlichen Einrichtungen sowie Repräsentanten des Bundes, der Landesregierungen und kommunalen Spitzenverbände.<sup>4</sup>

Der Informationsdienst Nr. 2 vom Oktober 1991<sup>5</sup>, der den Kongress dokumentiert, beschreibt das Ziel des Kongresses wie folgt:

„Drei Monate nach der Eröffnung des Sonderförderprogramms Städtebaulicher Denkmalschutz in den neuen Bundesländern war es Ziel des Kongresses, Erfahrungen und Probleme der Vorbereitung und Inangsetzung erster praktischer Maßnahmen entsprechend den Förderrichtlinien zu erörtern und eine kritische Zwischenbilanz über die Startphase zu ziehen.“

Während am ersten Kongresstag vor allem anhand der Förderstadt Quedlinburg mit ihrem ausgedehnten historisch wertvollen Kerngebiet die Vielschichtigkeit der Aufgaben und Konflikte des städtebaulichen Denkmalschutzes aufgezeigt und besprochen wurde, bot der zweite Kongresstag die Gelegenheit, in vier Arbeitsgruppen aktuelle Themen des Förderprogramms intensiver zu diskutieren.

Dieses Zusammenspiel zwischen Vorträgen im Plenum und der Vertiefung von daraus abgeleiteten Fachthemen in den Arbeitsgruppen mit viel Raum zur Erläuterung und Diskussion prägt seit damals den Charakter der jährlichen Kongresse zum Städtebaulichen Denkmalschutz. Auch hier haben sich selbstverständlich über die Jahre die Themen gewandelt, aber der Bedarf am Austausch miteinander zu übergreifen, alle betreffenden aktuellen Herausforderungen ist geblieben. So ist der Erfahrungsaustausch noch immer zentrales Ziel der Kongresse und wird von den mittlerweile durchschnittlich circa 400 Teilnehmern auch als ein Hauptmotiv für die Teilnahme am Kongress angegeben.<sup>6</sup> Im Jahr 2016 fand bereits der 24. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz statt.

### **Bundeswettbewerbe zum Städtebaulichen Denkmalschutz**

Ein weiteres Instrument zur Aktivierung und Verstärkung von Kommunikation ist die Durchführung von Bundeswettbewerben. Der erste dieser Art<sup>7</sup> fand im Zeitraum 1992 bis 1994 unter dem Titel: „Erhaltung des historischen Stadtraums in den neuen

Ländern der Bundesrepublik Deutschland – Standortkultur und Städtebaulicher Denkmalschutz“ statt.

Das Ziel des Wettbewerbs formulierte die Bundesministerin für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau, Frau Dr. Irmgard Schwaetzer, im August 1992 im Rahmen der Ausschreibungsunterlagen wie folgt:

„Umso notwendiger ist es, die positiven Wirkungen des Bundesprogramms „Städtebaulicher Denkmalschutz“ zu verstärken und die guten Beispiele der hierin geförderten 93 Städte und Gemeinden einer breiten Öffentlichkeit zu vermitteln. (...) Dieser Wettbewerb soll dazu beitragen, insbesondere die private Initiative im städtebaulichen Zusammenhang anzuregen, die Fachwelt anzusprechen und das öffentliche Bewusstsein für städtebauliche und denkmalpflegerische Qualität zu fördern. Das Bundesprojekt soll auch den Erfahrungsaustausch zwischen den Städten und Gemeinden der einzelnen Bundesprogramme unterstützen – auch zwischen den Partnerstädten Ost und West. (...) Mir geht es dabei insbesondere darum, den Wettbewerbsstätten ein Medium zu schaffen, mit dem sie ihre Vorstellungen von der künftigen Entwicklung ihrer Stadt – unter besonderer Beachtung denkmalpflegerischer Anliegen – vor einer breiten Öffentlichkeit darlegen können.“<sup>8</sup>

Knapp zehn Jahre später 2001 bis 2002 wurde ein weiterer bundesweiter Wettbewerb unter der Überschrift „Leben in historischen Innenstädten und Ortskernen – Zukunft für urbane Zentren und Räume. Erhaltende Stadterneuerung, städtebaulicher Denkmalschutz und Stadtgestaltung“ durchgeführt. Der Wettbewerb wurde nach Auffassung der Auslober<sup>9</sup> erforderlich, um in der kritischen Situation sinkender Einwohnerzahlen Konzepte für einen Städtebau des Rückbaus zu entwickeln.<sup>10</sup> In den nachzulesenden Aussagen zur Motivation seitens der Auslober und den weiteren Beteiligten werden wieder deutlich Aspekte der Kommunikation und Information genannt. So spielte hier die Verbreitung von Inhalten wie dem demografischen Wandel, Leerstand, Rückbau eine große Rolle verbunden mit der Notwendigkeit, diesen Phänomenen mit geeigneten Strategien und Konzepten zu begegnen. Der Wettbewerb verfolgte in erster Linie das Ziel einer schnellen Aktivierung und Motivierung der Kommunen, offensiv die Probleme anzugehen und Lösungen im Rahmen von integrierten Stadtentwicklungskonzepten festzuschreiben.

Auch der 2012 bis 2013 durchgeführte „Bundeswettbewerb „Historische Stadtkerne - Integriert denken und handeln“ hatte das Ziel, beispielhafte Leistungen der Kommunen für integrierte städtebauliche Ent-

wicklungskonzepte an der Schnittstelle zwischen Energieeffizienz und Denkmalpflege zu finden. Die prämierten Beiträge wurden auf dem 21. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz durch Bundesminister Dr. Peter Ramsauer ausgezeichnet. Sie wurden in einer Ausstellung vorgestellt und in das Konferenzprogramm aufgenommen, um die Ansätze im Rahmen der Arbeitsgruppen zu präsentieren und zu diskutieren.<sup>11</sup>

## **Kommunale Arbeitshilfen - Begleitforschung**

Während in den 1990er Jahren und in den frühen 2000er Jahren Erkenntnisse aus Studien, Forschung oder der Evaluierung in den Informationsdiensten veröffentlicht wurden, wurde 2006 erstmalig unabhängig von den Informationsdiensten eine eigenständige Publikation als kommunale Arbeitshilfe herausgegeben. Die Broschüre „Gute Beispiele: Städtebaulicher Denkmalschutz – Handlungsleitfaden“<sup>12</sup> bildete den Auftakt zu einem neuen und das bisherige Angebot ergänzenden Format. Neben Darstellungen von guten Beispielen kamen in den vergangenen Jahren auch Arbeitshilfen beispielsweise zu „Maßnahmen zum Klimaschutz im historischen Quartier“ oder zur „besonders erhaltenswerten Bausubstanz“ hinzu.

## **Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz**

Die Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz wurde 2004 eingerichtet, um die Städte zusätzlich zu unterstützen und den Erfahrungsaustausch zwischen den einzelnen Akteuren zu vertiefen. Sie übernimmt als Bindeglied zwischen den einzelnen Akteuren ein breites Aufgabenspektrum. Neben Aufgaben der wissenschaftlichen Begleitung ist sie Ansprechpartner zu allen Fragen der Programmbegleitung – für die Programmstädte ebenso wie für Fachleute und die interessierte Öffentlichkeit. Ziel ihrer Arbeit ist es, die Akteure des Städtebaulichen Denkmalschutzes bei der Bewältigung fachlicher Frage- und Problemstellungen zu unterstützen und zu einer weiteren Qualifizierung der Prozesse des Städtebaulichen Denkmalschutzes beizutragen.

## **Fazit**

Die verschiedenen dargestellten Instrumente und die Zitate aus den ersten Jahren belegen deutlich, wie zentral das Thema der Kommunikation und Infor-

mation im Zusammenhang mit den geförderten Maßnahmen im Städtebaulichen Denkmalschutz bereits von Anfang an gesehen wurde und bis heute gesehen wird. Es hat sich gezeigt, dass sich der breite Ansatz verschiedener Kommunikationsinstrumente bewährt hat. Durch die Unterstützung der neuen Medien ist es möglich, Informationen noch aktueller und gegebenenfalls zielgerichteter an die Ansprechpartner zu vermitteln, aber nichtsdestotrotz werden die bewährten Formate, insbesondere der Kongress, die Expertisen der Expertengruppe und die Bereitstellung von Arbeitshilfen, sowie die Koordinations- und Informationsleistung der Bundestransferstelle rege und gerne nachgefragt. Der breite Informations- und Kommunikationsansatz des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz hat einen wesentlichen Beitrag zum großen Erfolg des Programms geleistet.



Ricarda Ruland, Studium an der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen und der Tschechischen Technischen Universität Prag, Diplom 2002.

Beruflicher Werdegang: Seit 2003 Projektleiterin beim Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung, Abteilung I Raumordnung und Städtebau, Referat I/7 Baukultur und Städtebaulicher Denkmalschutz. Zuständig für die Begleitforschung des Programms Städtebaulicher Denkmalschutz.

<sup>1</sup> BMVBS (Hg.): Positionspapier der Expertengruppe Städtebaulicher Denkmalschutz 2013, Bonn 2013.

<sup>2</sup> BMBau (Hg.): Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 1, 1991, Vorwort, S. 3.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> BMBau (Hg.): Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 2, Oktober 1991, S. 21.

<sup>5</sup> Ebd.

<sup>6</sup> Die Auswertung der Fragebögen, die im Rahmen des 22. Kongresses (2014) zur Bewertung beantwortet wurden, ergab eindeutig, dass der Erfahrungsaustausch und der Austausch mit den Kollegen aus den anderen Kommunen eins der wesentlichen Ziele des Besuchs des Kongresses ist.

<sup>7</sup> Bezogen auf das Programm Städtebaulicher Denkmalschutz. Es gab bereits 1976-1978 einen auf historische Städte bezogenen Wettbewerb mit dem Titel „Stadtgestalt und Denkmalschutz im Städtebau“, zwangsläufig jedoch nur auf die alte Bundesrepublik beschränkt.

<sup>8</sup> Dr. Irmgard Schwaetzer, Bundesministerin: Ausschreibungstext zum Bundeswettbewerb, Grundlagen und Ziele, Bonn, August 1992, in: Bundeswettbewerb 1992-1994 „Erhaltung des historischen Stadtraums in den neuen Ländern der Bundesrepublik Deutschland – Standortkultur und Städtebaulicher Denkmalschutz“ Werkbericht, IRS, Berlin und Bonn 1994, S. 15.

<sup>9</sup> Von der Deutschen Stiftung Denkmalschutz ausgeschrieben und finanziert, unter der Schirmherrschaft des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen Kurt Bodewig, in Zusammenarbeit mit dem Ministerium, dem Beauftragten für Angelegenheiten der Kultur und Medien sowie dem Deutschen Nationalkomitee für Denkmalschutz und im Zusammenwirken mit dem Deutschen Städtetag und dem Deutschen Städte- und Gemeindebund.

<sup>10</sup> BMVBW (Hg.): Informationsdienste Städtebaulicher Denkmalschutz 28, Dokumentation 10. Kongress Städtebaulicher Denkmalschutz, Berlin und Bonn 2003, S. 33.

<sup>11</sup> BMVBS (Hg.): Historische Stadtkerne – integriert denken und handeln, Dokumentation, 2013, S. 7.

<sup>12</sup> BMVBS (Hg.): Gute Beispiele: Städtebaulicher Denkmalschutz – Handlungsleitfaden, Erkner 2006, ISBN 3-87994-023-1.

Zum Ausklang

# Schillerplatz und Stapelfeld – ein Versuch über die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts

Ein Beitrag von Burkhard Spinnen, Schriftsteller

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich hoffe, ich kann Ihnen nach allem, was Sie gestern und heute schon gehört und gesehen haben, mit meiner Geschichte aus einer fiktiven Stadt noch etwas auf den Weg geben, für das sie vielleicht Verwendung haben. Ich möchte nämlich darüber sprechen, wie sich in meinen Augen die Gesellschaft in den letzten Jahrzehnten verändert hat. Was speziell für Sie in ihren Berufen heißt: Auf wen treffe ich eigentlich, wenn ich raum- und stadtplanerische Maßnahmen entwerfe und realisiere? Wer wohnt eigentlich hinter den verfallenden und möglicherweise denkmalgeschützten Fassaden? Wer zieht dort ein und aus?

Sie wissen, ich bin nicht vom Fach, also nicht von Ihrem Fach. Ich bin Schriftsteller. Doch das heißt auch: Ich sehe einen wesentlichen Teil meiner Aufgabe darin, die allgemeine Bewusstseinslage meiner Gegenwart zu reflektieren. Ich schreibe darüber zwar nicht wie ein Soziologe oder wie ein Politologe; aber was immer ich schreibe, ist geprägt von meiner Sicht auf das, was mich täglich umgibt. Die Figuren, die ich in meinen Romanen und Erzählungen erfinde, haben zwar einen nach Möglichkeit unverwechselbaren Charakter; doch zugleich sollen in ihnen und ihrem Tun wichtige und bestimmende Züge der Gegenwart erscheinen.

Doch keine Bange jetzt, meine Damen und Herren; ich werde Ihnen hier keinen literaturtheoretischen Vortrag halten. Ich will Ihnen nur verdeutlichen, dass ein wesentlicher Teil meiner Arbeit als Schriftsteller Ihrer Arbeit in der Planung gar nicht so unähnlich sieht. So ziemlich das Gleiche tun wir nämlich dann, wenn wir uns Gedanken darüber machen, in welcher Gesellschaft wir jetzt eigentlich leben. Gut, meine Arbeit als Autor besteht dann eher darin, diese Gesellschaft darzustellen, während Ihre Arbeit darin mündet, den Bedürfnis-

sen dieser Gesellschaft entsprechend zu agieren. Aber unser Ausgangspunkt ist derselbe. Er lautet: Wo genau leben wir jetzt eigentlich? Und was bedeutet ‚jetzt‘?

Dabei wissen wir beide auch gleichermaßen gut, wie schwierig es tatsächlich ist, den aktuellen Zustand der Gesellschaft einzuschätzen. Das liegt zunächst einmal daran, dass nichts so kompliziert ist wie die Gegenwart. Mitten drin in etwas zu sein bedeutet eben nicht unbedingt, den Überblick zu haben. Oft ist das genaue Gegenteil der Fall! Man sieht vor lauter Bäumen den Wald nicht. Und wenn wir uns dann endlich ein Bild vom gegenwärtigen Leben gemacht haben, so wird dieses Bild womöglich von der Wirklichkeit gleich überholt und zurückgelassen. Wir leben nun mal in einer verdammt schnellen Zeit, und manchmal kommen wir kaum hinterher.

Dazu kommt, dass es ja keineswegs nur das eine Bild, die eine Vorstellung von der Gegenwart gibt. Tatsächlich sind wir oft gezwungen, noch mit älteren Bildern zu arbeiten. Das liegt daran, dass die alten und womöglich bereits unzutreffenden Bilder noch immer von vielen Menschen geteilt werden. Wenn ich zum Beispiel meine 92-jährige Mutter besuche, so muss ich mich darauf einlassen, mit ihr über das, was ihr wichtig ist, so zu reden, als lebten wir im Jahr 1980; denn damals hat meine Mutter aufgehört, ihr Bild von der Welt der Gegenwart anzupassen. Irgendwann werden wir übrigens alle an den Punkt kommen, von dem ab wir unsere Überzeugungen und Sichtweisen nicht mehr ändern möchten, ja, nicht mehr ändern können.

Ihnen, meine Damen und Herren, muss ich nun eigentlich wenig davon erzählen, dass und wie es im Alltagsleben immer wieder zu Überlagerungen der verschiedenen Welt- und Gesellschaftsbilder und infolgedessen zu Ungleichzeitigkeiten und Missver-

ständnissen kommt. Sie kennen das alle wahrscheinlich nur zu gut. Wann immer ein paar Entscheidungsträger zusammensitzen und herausfinden wollen, was denn für eine Stadtgesellschaft gut und richtig ist, gibt es schon sehr bald mindestens ebenso viele Meinungen wie Anwesende. Würde man in gleicher Runde versuchen, sich über die Welt der Eltern oder der Großeltern zu einigen, wäre das viel einfacher, ja würde beinahe zu einer Orgie des Einvernehmens führen. Die Gegenwart aber ist immer das Unübersichtlichste.

Ich bin nun allerdings der Überzeugung, dass die Schwierigkeiten bei der Einschätzung der Gegenwart und beim Zur-Deckung-Bringen der individuellen Weltbilder nicht immer gleich groß sind. Es gab und gibt ‚einfachere‘ Phasen der Bewusstseinsgeschichte, und es gibt schwieriger zu durchschauende. Im Moment, so meine Überzeugung, leben wir in einer ausgesprochen schwierigen Phase, die von Ungleichzeitigkeiten und Übergängen geprägt ist.

Doch damit endgültig Schluss mit der Theorie. Als Schriftsteller habe ich einen starken Hang zum Konkreten. Und daher möchte ich Sie jetzt mitnehmen in eine Stadt, die ich erfunden habe, um an ihr einige bestimmende Züge der Gegenwart darstellen zu können, so wie ich sie sehe. Ich nenne diese Stadt der Einfachheit halber: Neustadt. Nur so viel noch zu Neustadt: Da ich es aus meiner eigenen Erfahrung zusammengebaut habe, liegt es vermutlich im alten Westen der Bundesrepublik; in seinem Jetzt-Zustand aber kann es auch stellvertretend für Städte in den neuen Bundesländern stehen.

Besonders interessieren mich an Neustadt zwei Stadtteile: das innerstädtische Viertel um den Schillerplatz und die Neubausiedlung Stapelfeld, die in den 1960er Jahren errichtet wurde.

Lassen sie mich meinen kleinen Stadtrundgang am Schillerplatz beginnen. Das Viertel wurde als Erweiterung der alten Innenstadt um 1890 herum gebaut; in den hohen Gründerzeithäusern residierten in den ersten Jahrzehnten Ärzte, Rechtsanwälte und höhere Beamte. Als typisches Gründerzeitviertel war es aber auch durchsetzt von Geschäften, kleinen Betrieben und schlichteren Wohnungen in den Hinterhäusern. In Berlin spricht man hier von der „Kreuzberger Mischung“. In den Jahren des Erstbezugs galten die Vorderhäuser als vornehme Adressen; das blieb auch so bis in die 1920er Jahre, als die Überalterung der Bausubstanz allmählich spürbar wurde. Eine Sechs-Zimmer-Wohnung, die zwar eine Dienstbotentreppe, aber kein vernünftiges Badezimmer hatte, gehörte da schon nicht mehr zum

erstklassigen Wohnungsbestand. Infolgedessen zog, wer es sich leisten konnte, aus den Vorderhäusern aus. Vielfach wurden die Wohnungen dort aufgeteilt und verkleinert, was sie nicht eben besser machte. Das Viertel selbst war zwar immer noch lebendig, aber nicht mehr vornehm und nicht mehr reich.

Dann kam der Zweite Weltkrieg. Im Gegensatz zur historischen Altstadt und dem Bereich um den Bahnhof wurde das Viertel um den Schillerplatz kaum zerstört. Doch in den Jahren nach dem Krieg verfiel es ersichtlich. Niemand, der sich etwas anderes leisten konnte, wollte noch in den rußgeschwärzten alten Häusern mit ihren jetzt vollkommen veralteten und heruntergekommenen Wohnungen leben. Abschreckend war jetzt auch erstmals das Nebeneinander von Wohnen und Arbeiten. Damals hatte man die kleinen Werkstätten und Betriebe in den Hinterhäusern und Innenhöfen noch geduldet, ja als praktisch empfunden, doch jetzt wollte, wer konnte, eigentlich nur noch heraus aus der Stadt und vor allem weg von den Produktionsstätten. Wer überlebt hatte und vom Wirtschaftswunder profitierte, zog möglichst bald weg.

Tatsächlich wurde das Viertel seit den 1950er Jahren immer stärker zu einem Problembereich. Die neuen Bewohner waren kaum noch an seinem äußeren Erscheinungsbild interessiert, Läden öffneten und schlossen, wobei ihre Qualität beständig sank; und wenn überhaupt noch etwas florierte am Schillerplatz, dann eine gewisse Art von Gastronomie, mit der man freilich in keinem Stadtführer werben konnte. In den 1970er Jahren war die Gegend um den Schillerplatz beinahe so etwas wie eine – heute würde man sagen – No-go-Area. Im Kontext der Stadtplanung von Neustadt war von ihr eigentlich nur die Rede, wenn es mal wieder um die Lieblingsidee der Planer ging – und die bestand schlicht und einfach darin, alles um den Schillerplatz herum abzureißen und an seiner Stelle eine moderne und vor allem autogerechte Bebauung zu errichten, so wie sie zuvor schon auf den Trümmern der zerstörten Altstadt und rund um den Bahnhof entstanden war. Soweit bis hierhin.

Und jetzt ins Stapelfeld. Es wurde Anfang der 1960er Jahre am Rande von Neustadt errichtet. Hierhin zogen damals, ob vom Schillerplatz oder von anderswo, die Leute, die in der jungen Bundesrepublik von der neuen Durchlässigkeit der Gesellschaft profitiert und sich in die Angestelltenschicht hochgearbeitet hatten. Ins Stapelfeld kamen zwar nicht die Kapitäne des Wirtschaftswunders, aber ihre Bootsmänner und Steuerleute. Mit Freude und Stolz bezogen sie ihre Häuser; und obwohl sie immer noch froh waren, dem in der

Kindheit erlebten Zwang der Vorkriegsgesellschaft entkommen zu sein, orientierte sich doch jeder von ihnen bei der Gestaltung seines Lebensumfeldes ziemlich genau an den Vorgaben, die sein Nachbar gemacht hatte, wobei sich freilich auch der Nachbar schon an anderen Nachbarn orientiert hatte. So erhielten die Vorgärten und die schönen Hausgärten im Stapelfeld eine weitgehend identische Bepflanzung und Ausgestaltung. Die straßenseitigen Gardinen hatten beinahe alle dasselbe Muster und die gartenseitigen Markisen ebenfalls. Ich denke, Sie sehen das Bild jetzt vor Ihrem inneren Auge. Ich selbst bin in einem solchen Stapelfeld aufgewachsen und mancher von Ihnen vielleicht auch.

Im Jahr 1970, meine Damen und Herren, sind nun diese beiden Bereiche von Neustadt - so unterschiedlich froh man in der Stadt über ihre Existenz auch sein mag -, ich sage einmal, leicht auszurechnen. Die Bewohner des Stapelfelds sind einander in ihren Überzeugungen und Interessen mindestens so ähnlich wie ihre Vorgärten, Gardinen und Markisen. Was das Politische angeht, sind sie mit dem Angebot der damals im Bundestag vertretenen drei Parteien vollkommen zufriedengestellt. Tatsächlich beziehen sie ihr politisches Weltbild weitgehend daher; sie sind überdies problemlos imstande, sich mit dem gesamten Programm der von ihnen gewählten Partei zu identifizieren. Kurz gesagt: Im Stapelfeld wohnen lauter Stammwähler der Mitte. Es sind Leute, mit denen man rechnen kann.

Die Bewohner des Schillerplatzes gelten demgegenüber als Randgruppe, die eigentlich keiner spezifischen Aufmerksamkeit bedarf, da sie zu einem passiven Teil der Gesellschaft gehört. Viele Anwohner sind Empfänger von kleinen Renten oder Sozialhilfe; sie sind nirgendwo engagiert, von ihnen gehen keine gesellschaftlichen Impulse aus. Also muss den Schillerplatz niemand auf der Rechnung haben. Bei Bundestagswahlen werden hier nur pro forma ein paar Plakate geklebt.

Doch nun, meine Damen und Herren, erfolgt die nächste Neustädter Metamorphose. Was geschieht? Beginnen wir wieder am Schillerplatz. Als die Wohnungen auch von den Rentnern verlassen werden, ziehen mehr und mehr Studenten der wachsenden Neustädter Hochschule am Schillerplatz ein. Die Kneipen verlieren ihr altes Klientel, wechseln die Besitzer und bekommen ein neues, jüngeres Publikum. Am Schillerplatz beginnt sich zu etablieren, was man mit einem wenig distinkten, aber hochgradig aufgeladenen Wort eine „Szene“ nennt. Vor dem Hintergrund der grauen Häuser wird es bunter, lauter und auch ein bisschen gefährlicher. Der Schillerplatz mutiert von einer passiven zu der explo-

siven Problemzone von Neustadt. Vermehrt kommt es zu Hausbesetzungen. Der Platz wird das Zentrum der Neustädter studentischen Opposition. Politisch ist er jetzt in der Hand linker, außerparlamentarischer Gruppen; von hier gehen Demonstrationen und spontane Aktionen aus. Die Straßenkämpfe auf dem „Schiller“ am 1. Mai werden so etwas wie ein Teil der neuen Neustädter Folklore. Jetzt würden die Planer am liebsten ganz schnell Ernst machen mit ihren alten Abrissplänen, aber der Widerstand dagegen ist viel zu groß; angesichts einer Abrissbirne würde es am „Schiller“ wahrscheinlich zum offenen Bürgerkrieg gekommen.

Dabei mausert sich das Viertel allerdings klammheimlich auch zur alternativen Attraktion von Neustadt. Neben den Kneipen eröffnen kleine Galerien; in die alten Handwerksbetriebe in den Hinterhöfen ziehen Künstler, schräge Schneiderateliers und, als die Studenten Kinder bekommen, natürlich alternative Kindertagesstätten. Es eröffnen Proberäume für avantgardistische Theater und World Music. Der Schillerplatz ist jetzt das Herz des anderen, des jungen Neustadt. Hier kennt beinahe jeder jeden, und jeder partizipiert auf seine Art an der Liberalität und der alternativen Kultur dieses Ortes. Am Schillerplatz zu leben ist gewissermaßen ein politisches Bekenntnis, auch wenn bei den Bundestagswahlen mittlerweile keine der großen Parteien mehr eines ihrer teuren Plakate an den Schillerplatz verschwendet.

Doch diese wilde und unbändige, aber auch so übersichtliche Phase des Schillerplatzes währt nur etwa ein Jahrzehnt. Kaum hatte man geglaubt, dass am „Schiller“ die Studenten, Künstler und Freaks in ihrer etwas chaotischen, aber in sich harmonischen und geschlossenen Welt leben würden, da kommt es zu einer erstaunlichen Rückverbürgerlichung des Ortes. Die Studenten machen leicht verspätet ihre Abschlüsse, werden Professor oder verdienen sich in der jungen IT-Branche dumm und dusslig; und mit dem Geld, das jetzt zum Schillerplatz fließt, werden immer mehr der alten Gründerzeitwohnungen zu neuen Luxusquartieren saniert. Wenn es jetzt Zuzug gibt, dann sind es die besser verdienenden Mittdreißiger, die Young Urban Professionals, viele von ihnen Kinder aus den Stapelfelds dieses Landes. Einerseits wollen sie gerne am Flair des Jugendlich-Alternativ-Chaotischen partizipieren, andererseits aber schätzen sie frisch abgezogenes altes Eichenparkett, hohe Stuckdecken und aufwändig ausgebaute Badezimmer.

Und damit ins Stapelfeld. Was ist inzwischen dort geschehen? Nun, hier wohnt mittlerweile die zweite Generation, was allerdings nicht heißt: die Kinder der

damaligen Häuslebauer. Viele von denen haben studiert und sind an die Schillerplätze des Landes gezogen. Die Häuser im Stapelfeld hingegen sind durchweg verkauft oder vermietet worden. Und die neuen Bewohner, nun, die haben mit dem alten Geist der Siedlung, gelinde gesagt, nichts mehr am Hut. Man sieht es schon an den Vorgärten, und an den Gärten hinter den Häusern sieht man es noch mehr. In einer Reihe findet man jetzt ein naturbelassenes Biotop mit Froschteich, daneben einen chinesischen Steingarten, gleich daneben einen üppigen Bauerngarten im Stil der neuen Landlust, es folgt eine leicht verwahrloste Grasfläche mit Rutsche, Schaukel und Hüpfburg; und abgeschlossen wird die Reihe von einer fast vollständig betonierten Fläche, auf der ein Motorradfahrer seine Harley Davidson nach jeder Spritztour mit dem Kärcher reinigt.

Wer an einer solchen Reihe von Stapelfeld-Häusern vorbeigeht, dem wird schon von außen klar, wie wenig die Bewohner hier noch miteinander gemein haben. Tatsächlich sind sie auch kaum noch bereit, sich wie ihre Vorgänger von wenigen politischen Parteien vollständig vertreten zu lassen. Die zweite Generation der Stapelfelder hat heute zu allem und jedem eine eigene Meinung, und ihr individuelles Meinungspaket ist mit keinem Parteiprogramm mehr vollständig zur Deckung zu bringen. War das Stapelfeld früher fest in der Hand der bürgerlichen Parteien, so kann es heute, je nach politischer Wetterlage oder je nach dem letzten Politskandal, zu ganz anderen Ergebnissen kommen. Bei der letzten Kommunalwahl, der eine peinliche Panne in der Datenverarbeitung der Stadtverwaltung vorangegangen war, erzielte die Piratenpartei hier ein sensationelles Ergebnis, freilich ohne sich darauf verlassen zu können, bei der nächsten Wahl auch nur noch eine einzige Stimme zu bekommen.

Und die Quintessenz daraus? Meine Damen und Herren: Sie ahnen es natürlich bereits: In einem gewissen Sinne sind der Schillerplatz und das Stapelfeld im Jahr 2015 identisch geworden. Noch immer sieht es am Schillerplatz ein bisschen städtisch-verwegen und im Stapelfeld ein bisschen vororthaft-bieder aus. Aber das täuscht. Beide Bereiche werden heute von hochgradig selbständigen und in vielem ganz und gar inkompatiblen Individuen bewohnt. Und während man früher von Seiten der Stadt sowohl mit dem Stapelfeld als auch mit dem Schillerplatz sehr gut rechnen konnte, steht man jetzt vor beiden wie vor einem schwierigen und oft genug auch sehr unerfreulichen Rätsel.

Ich nenne Ihnen ein Beispiel. Wer zum Beispiel glaubt, dass die Yuppis am Schillerplatz den alten

Geist des Ortes noch bedingungslos unterstützen, der täuscht sich. Die Yuppis haben nämlich ganz spät auch noch Kinder bekommen und wünschen jetzt definitiv keine Glasscherben, keine halb gerauchten Joints und keine Betrunkenen mehr auf dem Bürgersteig. Und werden die Yuppis erst fünfzig – und ich sage Ihnen, auch Yuppis werden fünfzig, und das nicht zu knapp! – dann empfinden sie den Lärm aus den Lokalen nicht mehr als den angenehmen Klang eines bewegten und irgendwie mediterranen Lebens, sondern schlicht und einfach als Lärm, der bitte-schön schlagartig um 22 Uhr abends aufhören oder, besser noch, auch vorher gar nicht existieren sollte.

Und jetzt stelle ich mir einmal das Stadtplanungsamt von Neustadt vor. In den 1990er Jahren hat es die neuen Bewohner rund um den Schillerplatz mit einigen Baumaßnahmen tatkräftig dabei unterstützt, dem Viertel zu einer neuen Blüte zu verhelfen. Seit damals wirbt das Stadtmarketing von Neustadt sogar mit diesem Viertel und lädt Besucher der Stadt ein, dieses, ich zitiere aus einem Faltblatt, „bunte und kreative Quartier mit seiner vielfältigen Szene zu entdecken“. Doch dabei droht bereits ganz massiv die Gefahr, dass das Viertel an seinen eigenen Widersprüchen bald wieder zerbrechen wird. So klagen zum Beispiel die Wohnungsbesitzer gegen die Betreiber der Kneipen, derentwegen sie doch einmal hierhin gezogen sind. Und die Kneipenwirte verwünschen die neuen Hausbesitzer, denen sie einmal den Aufschwung ihrer Lokale verdankt haben. Die Kitas und die kleinen Gewerbebetriebe sehen sich mit immer neuen Verordnungen konfrontiert. Abends patrouilliert ein ziviler Wachdienst, der das friedlich-heiter-bewegte Flair des Ortes schützen soll, dabei aber in der Hauptsache allen die Stimmung verdirbt. Kurz: Unter der Oberfläche einer, wie hieß es im Flyer, „bunten und kreativen Szene“ tobt mittlerweile am Schillerplatz ein Kampf aller gegen alle. Und in der Stadtverwaltung trägt sich dieser Kampf quasi stellvertretend aus, dann nämlich, wenn jede Maßnahme zur Verbesserung der Lebensqualität und jede städtische Veranstaltung nur weiter zur Polarisierung der vielen Parteien beitragen.

Ein Beispiel: In besonders scheußlicher Erinnerung ist allen der Kampf um das allmählich vom Grün überwucherte Schiller-Denkmal in dem kleinen Park inmitten des Platzes. Man hatte es von Seiten der Stadt eigentlich nur freischneiden und sandstrahlen lassen und dazu ein kleines Fest veranstalten wollen. Aber da hatte man die Rechnung ohne die Schillerplätzler gemacht. Sofort regnete es Beschwerden und Leserbriefe. Die einen wollten gleich die ganze Anlage sanieren und anschließend für Kinder und Hunde sperren

lassen. Die anderen wollten dort einen möglichst kindgerechten und natürlich barrierefreien Spielplatz, und wieder andere wollten den Schiller ganz weg haben, da er im Dritten Reich doch eine undurchsichtige Rolle gespielt habe. Wieder andere wollten allen Ernstes eine Tiefgarage. Schließlich geschah gar nichts, und Friedrich Schiller wuchs das Efeu bis übers Kinn.

Halten sich also Politik, Verwaltung und Marketing von Neustadt besser an die Stapelfelder, wenn sie eine kompakte Vorstellung von den Bürgern ihrer Stadt haben wollen? Nein, das tun sie besser nicht. Denn ich sagte es ja schon: Auch die Stapelfelder sind längst keine homogene Gruppe mehr, keine Schicht, kein klar identifizierbares Klientel. Sie mögen etwas stiller sein als die Schillerplätzler, weil sie einander nicht so nahe sind. Ihre Vorgärten und Gärten fungieren noch als mentale Minenfelder, die den Nachbarn in der Regel erfolgreich abschrecken und fernhalten. Und das ist auch gut so, denn hinter den Haustüren und in den Köpfen der Stapelfelder hat sich längst eine weitgehende Atomisierung von Lebensentwürfen und Weltbildern vollzogen. Man merkt das spätestens dann, wenn man ihnen eine neue Kanalisation verwehren oder gar ein angrenzendes Neu-Stapelfeld erschließen will. Denn auch dazu hat jeder Stapelfelder eine eigene Meinung, und bei der ersten improvisierten Informationsveranstaltung der Entwicklerfirma bricht ein Kampf aller gegen alle aus.

Meine Damen und Herren, ich fasse meine Neustädter Erfahrungen jetzt einmal versuchsweise in einer Theorie zusammen: Seit Gründung der Bundesrepublik befinden wir uns in einer gesellschaftlichen Entwicklung, die ganz auf eine immer größere Freiheit und Selbstbestimmung des Einzelnen zuläuft. Eine ziemlich lange Zeit durften wir annehmen, dass diese größere Freiheit des Einzelnen sich in den sozialen und politischen Grundmustern realisieren würde, die wir in der Bundesrepublik seit dem Ende des Krieges und in ganz Deutschland dann seit 1989 etabliert hatten. Wir waren – nicht ohne Grund – stolz darauf, dass die Freiheit des Einzelnen, sein Leben so zu führen, wie es ihm richtig erscheint, nicht dazu führte, unseren Staat in lauter soziale Atome zerbrechen zu lassen, die keine Beziehung mehr zueinander unterhalten und sich nicht für gemeinsame Ziele engagieren.

Doch letztlich, meine Damen und Herren, kann man es sich an den Fingern abzählen, dass eine immer weiter fortschreitende Ausdifferenzierung der Lebensentwürfe letztlich zu einer Atomisierung der Gesellschaft führen muss. Sie kennen das aus dem Privatleben: Bei

einer Essenseinladung entscheidet man nicht mehr einfach, was man kochen will, sondern absolviert erst einmal ein Rundtelefonat bei seinen Gästen, um sich nach deren individuellen Ernährungsgewohnheiten zu erkundigen. Wer ist lactoseintolerant oder glaubt wenigstens es zu sein? Wer macht gerade welche Diät? Und ist der neue Freund von Lena eigentlich Vegetarier oder sogar Veganer? Die Zeit, da die Gäste kommentarlos aßen, was auf den Tisch kam, ist vorbei.

Und dasselbe gilt in Ihrem Berufsalltag. Die Möglichkeiten von Politik und Verwaltung, überhaupt noch irgendetwas für eine gedachte Mehrheit der Bürger organisieren oder präsentieren zu können, sind im Schwinden begriffen. Denn Mehrheiten existieren kaum mehr, dafür aber umso mehr disparate Minderheiten. Dabei sind diese Minderheiten wesentlich lauter als die alten Mehrheiten, besonders wenn es darum geht, den Umstand zu beklagen, dass sie einmal wieder übergangen worden sind.

Wenn wir uns nun unter politischen und soziologischen Gesichtspunkten diesen Zustand in die Zukunft weiter verlängert vorstellen, so erscheint, verkürzt gesagt, das Bild eines unregierbaren, aber auch unbeweglichen und unbewegten Staates. Da es keine Mehrheiten mehr gibt, sondern nur noch inkompatible Minderheiten, kommt es in allen gesellschaftlichen Fragen zum Patt und zum Stillstand. Um beim Bild der Abendeinladung zu bleiben: Keiner isst mehr, was auf den Tisch kommt, aber auf einen gemeinsamen alternativen Speiseplan vermag sich die Runde auch nicht zu einigen. Schließlich greift jeder zum Handy, um den persönlichen Imbiss-Service seiner Wahl anzurufen. So laufen wir Gefahr, eine Gesellschaft von lauter Einzelgängern zu werden. Und größer als die allgemeine Unzufriedenheit ist nur die Unbeweglichkeit, die aus dem Unvermögen zur Gemeinschaftsbildung erwächst.

Doch genau hier, meine Damen und Herren, ist der Weg unserer Geschichte unlängst abgeknickt. Denn, um es gleich auf den Punkt zu bringen, die sozialen Atome haben mittlerweile einen Weg gefunden, sich wieder zu machtvollen Gebilden zusammenzuschließen. Das Medium dieser Revolution sind natürlich die modernen Kommunikationsmedien, allen voran das Internet.

Gehen wir doch einmal zum Schillerplatz, der mittlerweile natürlich genau wie das Stapelfeld von schnellen Glasfaserkabeln durchzogen, ja besser sagte ich wohl: von solchen Glasfaserkabeln zusammengehalten wird. Nach dem Debakel um die Sanierung des Schillerdenkmals hat sich dort eine Interessensgruppe gebildet, die ihren eigenen Plan für eine

Erneuerung der Grünfläche präsentieren und seine Umsetzung vorantreiben will. Dabei gehen die Beteiligten ausgesprochen zeitgenössisch vor, indem sie ihre Vorstellungen im Internet publizieren und ihre Mitstreiter ganz wesentlich dort rekrutieren.

Und das ist auch schlau so. Denn die sogenannte face-to-face-Kommunikation auf dem Platz, in den Kneipen und Geschäften hat in den letzten Monaten nur dazu geführt, dass man die abweichenden Meinungen seiner Nachbarn, nicht aber diejenigen Leute kennenlernte, mit denen zusammen man eventuell eine machtvolle Gruppe bilden und etwas bewegen könnte. In der Internet-Kommunikation aber kommt es auf räumliche Nähe überhaupt nicht mehr an; und tatsächlich hat sich auf der Seite der Initiative sogar ein Prominenter aus dem Bereich der Unterhaltungsmusik eingefunden, der heute in Hamburg oder München lebt, während seiner Studentenzeit aber am Schillerplatz gewohnt hat und sich jetzt bereit erklärt, als Schirmherr oder als Galionsfigur für die Interessensgruppe zu fungieren. So kommt es an einem Samstagnachmittag völlig überraschend sowohl für die Stadtverwaltung als auch für einen Großteil der Anwohner zu einer überaus gut besuchten und vorzüglich organisierten Demonstration mit dem Prominenten an der Spitze, bei der die Interessensgruppe ihre Pläne öffentlich artikuliert.

Und jetzt Achtung! Wir spielen mal ein bisschen Polizei und scannen die Demonstranten. Manche von ihnen kennen einander aus der Nachbarschaft. Aber das heißt nicht, dass sie auch privaten Kontakt miteinander oder ansonsten ähnliche Überzeugungen hätten. Sie sind sich bloß in genau dieser einen Sache einig. Ins Theater werden sie nicht zusammen gehen, zu Macdonalds auch nicht und nicht ins gleiche Konzert; aber punktuell können sie sich dank moderner Medien treffen und ihre Präsenz für die Sache in die Waagschale werfen. Neben diesen Nachbarn neuen Formats gibt es aber auch eine Menge Teilnehmer an der Demonstration, die gar kein persönliches Interesse am Schillerplatz selbst haben, da sie anderswo in der Stadt oder sogar außerhalb wohnen. Für sie alle aber stehen der Schillerplatz und der Umgang damit stellvertretend für ähnliche Fragen und Probleme des öffentlichen Lebens. Vielleicht sind sie überzeugte Gegner der momentanen Stadtregierung; vielleicht sind es Architekten und Stadtplaner, die auf gewisse Übelstände hinweisen wollen. Nicht zu vergessen schließlich unser Prominenter, der möglicherweise mit dem Hintergedanken ange-reist ist, dass seine Präsenz auf der Demo nicht ganz

schlecht für die Gestaltung seines volksnahen Images ist. Immerhin singt er seit kurzem auf Deutsch.

Mit anderen Worten: nach innen betrachtet ist es ein ziemlich disparater Haufen, der da um den Schillerplatz zieht. Nach außen aber ist es eine Macht. Die übers Internet, über Skype, Twitter et cetera organisierte Demonstration muss auf alle, die irgendwie mit dem Schillerplatz zu tun haben, so wirken, als artikuliere sich hier eine starke und unbedingt mehrheitsfähige Kraft. Die journalistischen Berichte über die Demo überschreiten dann auch rasch den Rahmen der Lokalpresse; umgehend sehen sich Politik und Verwaltung unter Zugzwang. Und obwohl die Interessensgruppe Schillerplatz in keiner der politischen Parteien aufgeht und auch keiner anhängt, erreicht sie im Handumdrehen den Status einer organisierten politischen Kraft. Als es eine Woche später eine Sitzung in der Stadtverwaltung gibt, reden dort die Gründer der Interessensgruppe auf Augenhöhe mit den Politikern und den Verwaltungsleuten.

Meine Damen und Herren, ich vermute, jeder von Ihnen hat bei dem, was ich gerade erzählt habe, die Vorgänge rund um Stuttgart 21 und dazu vielleicht ähnliche Vorgänge aus seiner eigenen Stadt vor Augen gehabt. Das Phänomen breitete sich aus: Die modernen Kommunikationsmittel haben den hochindividualistischen Einzelgänger moderner Prägung aus seiner sozialen Isolation geholt. In großer Geschwindigkeit können sich heute Interessensgruppen bilden und schon bald darauf eine machtvolle Präsenz zeigen.

Ich wage dazu jetzt eine sehr kühne, weil dramatisch vereinfachende Theorie. Sie lautet: Das Verhältnis von Allgemeinem und Besonderem ist heute umgekehrt. War es früher einmal so, dass man sowohl im Stapelfeld als auch am Schillerplatz alles Konkrete und Einzelne in seiner Umgebung daraufhin prüfte, ob und wie es in das einmal übernommene Weltbild passte, so bilden sich heute Überzeugungen und Engagements erst beim Anlass von konkreten Einzelfällen. Früher war man immer schon Angehöriger einer Gruppe oder Schicht und teilte weitgehend deren Überzeugungen; heute bildet man spontan und ad hoc Gruppen, um spezielle Interessen gemeinsam durchzusetzen. Der Mensch ist vom Kopf auf die Füße gestellt, allerdings: auf tausend Füße!

Nun weiß ich natürlich, meine Damen und Herren, dass Sie mich gleich fragen werden: Und was lernen wir daraus? Beziehungsweise wie reagieren wir auf diesen Zustand? Nun – ich könnte mich jetzt aus der

Verantwortung ziehen, indem ich darauf hinweise, dass ich als Schriftsteller zwar für die Analyse der Gegenwart, nicht aber für deren Gebrauchsanweisung zuständig bin. Doch das wäre ein bisschen billig.

Also versuche ich es einmal: Die Gesellschaft des 21. Jahrhunderts wird aus lauter inkompatiblen Einzelindividuen bestehen, die sich fallweise zu Gruppen und Interessensvertretungen zusammenschließen. Wer mit und für diese Menschen planen will, muss sich daher weitgehend von der Vorstellung verabschieden, sie agierten gemäß langfristigen und dauerhaften Überzeugungen. Stattdessen ist vor praktisch jeder Maßnahme zu fragen, wer genau eigentlich der Ansprechpartner ist und in welcher Verfassung er sich befindet. Wer glaubt, seinen Schillerplatz oder sein Stapelfeld zu kennen, der irrt. Ich halte es daher für angeraten, dass man sich in die Kommunikationsbereiche begibt, in denen sich heute zunehmend die Stapelfelder und Schillerplätze als solche konstituieren. Nur im Netz oder in den anderen modernen Medien spürt man diejenigen auf, die bereit und in der Lage sind, sich für ihre Belange öffentlichkeitswirksam und machtvoll zu engagieren. Und nur hier erreicht man sie. Die Meinungsführer sitzen heute nicht mehr wie früher ausschließlich in den Parteien, Heimatvereinen et cetera; sie konstituieren sich vielmehr mit den Projekten, um die es geht.

Tatsächlich wird daher, so denke ich, die ganze Zukunft unseres Gemeinwesens davon abhängen, inwieweit die Verantwortlichen in Politik und Verwaltung in der Lage sind, diese neue Form einer nicht stellvertretenden, sondern direkten und sachbezogenen Demokratie zu verstehen und vorzuleben. Nur wer versteht, dass es „die“ Stapelfelder oder „die“ Schillerplätzler nicht mehr gibt, hat eine Chance, sinnvoll für das Gemeinwesen zu arbeiten. Wenn also demnächst jemand entscheiden sollte, dass endlich Geld bereitgestellt wird, um die Entlastungsstraße rund um das Stapelfeld auszubauen, sollte er, statt den gesamtgesellschaftlichen Nutzen abstrakt zu berechnen, lieber zuerst auf dem Stadtplan einen Kreis um die Baustelle ziehen und die in diesem Kreis lebenden zum Ansprechpartner erklären. Insbesondere die lokale Politik und die lokalen Verwaltungen müssen sich als gleichrangige Akteure im modernen Interessens- und Kommunikationsraum begreifen. Beim Bürger des 21. Jahrhunderts hat nur der eine Chance, der ihm gar nicht erst das Gefühl gibt, bevormundet und gegängelt zu werden.

Am Schillerplatz in Neustadt beginnen demnächst übrigens die Arbeiten zur Umgestaltung der Grünanlage. Nach einem zügig durchgeführten Moderationspro-

zess ist rasch eine Entscheidung gefallen. Keineswegs sind damit jetzt alle einverstanden, aber die Akzeptanz der Maßnahme ist hoch genug, um sie realisieren zu können. Der sachbezogene Prozess hat allen Beteiligten eine Chance zur Partizipation gegeben. In einer Demokratie zu leben, heißt nun mal gelegentlich auch, nicht in der Mehrheit zu sein. Diese Erfahrung ist den Menschen eines Gemeinwesens zuzumuten. Unzumutbar geworden ist hingegen die Empfindung, einfach nur regiert zu werden. Das wird allen Beteiligten, wie unter anderem Stuttgart 21 deutlich gezeigt hat, eine ziemliche Menge zusätzlicher Arbeit bereiten. Aber eine Alternative dazu gibt es wahrscheinlich nicht.

Abschlussbeitrag im Rahmen des 23. Kongresses Städtebaulicher Denkmalschutz in Lippstadt am 25./26. August 2015



Burkhard Spinnen, Schriftsteller. Studium der Germanistik, Publizistik und Soziologie an der Westfälischen Wilhelms-Universität in Münster; 1984 Magister; 1989 Promotion an der Philosophischen Fakultät; bis 1995 wissenschaftlicher Assistent. 1997 bis 2000 Gastprofessur am Deutschen Literaturinstitut Leipzig. 2000 bis 2006 Mitglied der Jury des Ingeborg-Bachmann-Preises, 2008 bis 2014 Juryvorsitz.

Veröffentlichung von literarischen und essayistischen Texten, Rezensionen und Glossen für Zeitungen und den Rundfunk. Seit 2011 Mitglied der Klasse der Künste der Nordrhein-Westfälischen Akademie der Wissenschaften und der Künste. Unter anderem Gewinner des Niederrheinischen Literaturpreises (2004), des Deutschen Hörbuchpreises (2007) und des Rheinischen Literaturpreises Siegburg (2008).

# Ansprechpartner

## Bund

Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz,  
Bau und Reaktorsicherheit  
Referat SW I 6 - Baukultur und  
Städtebaulicher Denkmalschutz  
Krausenstraße 17-20  
10117 Berlin  
Ansprechpartnerin:  
Anke Michaelis-Winter  
Tel. +49 (0)30 / 183 056 163

Bundesinstitut für Bau-, Stadt- und Raumforschung  
im Bundesamt für Bauwesen und Raumordnung  
Referat I 7 - Baukultur und  
Städtebaulicher Denkmalschutz  
Deichmanns Aue 31-37  
53179 Bonn  
Ansprechpartnerin:  
Lena Hatzelhoffer  
Tel. +49 (0)228 / 994 011 225

Bundestransferstelle Städtebaulicher Denkmalschutz  
c/o complan Kommunalberatung GmbH  
Voltaireweg 4  
14469 Potsdam  
Ansprechpartner:  
Hathumar Drost, Daniela Schmitt  
Tel. +49 (0)331 / 20 15 122

## Länder

### Land Baden-Württemberg

Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Wohnungsbau  
Baden-Württemberg  
Abteilung 2 Fachkräftesicherung und Quartierspolitik  
Referat 25 - Städtebauliche Erneuerung  
Theodor-Heuss-Strasse 4  
70174 Stuttgart  
Ansprechpartner:  
LMR Ralph König  
Tel.: +49 (0)711 / 12 32 084

### Freistaat Bayern

Oberste Baubehörde im Bayerischen Staatsministerium  
des Innern, für Bau und Verkehr  
Abteilung IIC Sachgebiet Städtebauförderung  
Lazarettstraße 67  
80636 München  
Ansprechpartner:  
Armin Keller  
Tel. +49 (0)89 / 21 92 34 78

### Land Berlin

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung und Wohnen  
des Landes Berlin  
Abteilung IV - Wohnungswesen, Wohnungsneubau,  
Stadterneuerung, Soziale Stadt  
Referat IV C Städtebauförderung/Stadterneuerung  
Württembergische Straße 6  
10707 Berlin  
Ansprechpartnerin:  
Maria Berning  
Tel. +49 (0)30 / 901 394 900

### Land Brandenburg

Ministerium für Infrastruktur und Landesplanung  
Abteilung II Stadtentwicklung & Wohnungswesen  
Referat 21 Städtebau- und Wohnraumförderung  
Henning-von-Tresckow-Straße 2-8  
14467 Potsdam  
Ansprechpartnerin:  
Rita Werneke  
Tel. +49 (0)331 / 86 68 120

### Freie Hansestadt Bremen

Der Senator für Umwelt, Bau und Verkehr  
Abteilung Bau und Stadtentwicklung  
Referat 72 Stadtumbau  
Contrescarpe 72  
28195 Bremen

### Freie und Hansestadt Hamburg

Behörde für Stadtentwicklung und Wohnen  
Amt für Wohnen, Stadterneuerung und Bodenordnung  
Neuenfelder Straße 19  
21109 Hamburg

### Land Hessen

Hessisches Ministerium für Umwelt, Klimaschutz,  
Landwirtschaft und Verbraucherschutz  
Abteilung IV Referat IV 6 Städtebau und  
Städtebauförderung  
Mainzer Straße 80  
65189 Wiesbaden  
Ansprechpartnerin:  
Dr. Helga Jäger  
Tel. +49 (0)611 / 81 51 820

#### Land Mecklenburg-Vorpommern

Ministerium für Wirtschaft, Bau und Tourismus  
Abteilung 5 Bau  
Referat 530 - Stadtentwicklung und Städtebauförderung  
Johannes-Stelling-Straße 14  
19053 Schwerin  
Ansprechpartnerin:  
Ansvera Scharenberg  
Tel. +49 (0)385 / 58 85 530

#### Land Niedersachsen

Niedersächsisches Ministerium für Soziales, Gesundheit und Gleichstellung  
Abteilung 5 Städtebau und Wohnen  
Referat 501 Recht und Förderung des Städtebaus  
Hinrich-Wilhelm-Kopf-Platz 2  
30159 Hannover  
Ansprechpartnerin:  
MR'in Dr. Frohmute Burgdorf  
Tel. +49 (0)511 / 12 03 103

#### Land Nordrhein-Westfalen

Ministerium für Bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Verkehr des Landes Nordrhein-Westfalen  
Abteilung V Stadtentwicklung und Denkmalpflege  
Gruppe V A Integrierte Stadterneuerung, Städtebauförderung  
Jürgensplatz 1  
40219 Düsseldorf  
Ansprechpartner:  
LMR Karl Jasper  
Tel. +49 (0)211 / 38 43 52 02

#### Land Rheinland-Pfalz

Ministerium des Innern und für Sport  
Abteilung 8 Kommunalentwicklung und Streitkräfte  
Referat 383 Städtebauförderung  
Schillerplatz 3-5  
55116 Mainz  
Ansprechpartner:  
Walter Greuloch  
Tel. +49 (0)6131 / 16 34 19

#### Land Saarland

Ministerium für Inneres und Sport  
Abteilung C Kommunale Angelegenheiten und Städtebauförderung, Referat C 6 - Stadtentwicklung, Städtebauförderung, EU-Fonds  
Talstraße 43-51  
66119 Saarbrücken  
Ansprechpartner:  
Hans-Joachim Schu  
Tel. +49 (0)681 / 50 14 620

#### Freistaat Sachsen

Sächsisches Staatsministerium des Innern  
Abteilung 5 Stadtentwicklung,  
Bau- und Wohnungswesen  
Referat 54 Städtebau- und EU-Förderung  
Wilhelm-Buck-Straße 4  
01097 Dresden  
Ansprechpartner:  
Michael Köppl  
Tel. +49 (0)351 / 56 43 540

#### Land Sachsen-Anhalt

Ministerium für Landesentwicklung und Verkehr  
Abteilung 2 Städtebau und Bauaufsicht,  
Landesentwicklung  
Referat 22 Städtebauförderung, Architektur  
Turmschanzenstraße 30  
39114 Magdeburg  
Ansprechpartner:  
Maik Grawenhoff  
Tel. +49 (0)391 / 56 77 467

#### Land Schleswig-Holstein

Ministerium für Inneres und Bundesangelegenheiten  
des Landes Schleswig-Holstein  
Abteilung IV 2 Zuwanderung, Bauen und Wohnen  
Referat 25 Städtebauförderung,  
Besonderes Städtebaurecht, Baukultur  
Düsternbrooker Weg 92  
24105 Kiel  
Ansprechpartnerin:  
Sabine Kling  
Tel. +49 (0)431 / 98 83 231

#### Freistaat Thüringen

Thüringer Ministerium für Infrastruktur  
und Landwirtschaft  
Abteilung 2 Städte- und Wohnungsbau, Staatlicher  
Hochbau  
Referat 25 Städtebau, Städtebau-  
und Schulbauförderung  
Steigerstraße 24  
D-99096 Erfurt  
Ansprechpartnerin:  
Kerstin Ackermann  
Tel. +49 (0)361 / 37 91 251

## Bildnachweise

Titelseite: Erik-Jan Ouwerkerk, Ouwerkerkfoto, Berlin

Seite 7: Henry Mundt

Seite 8: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 10: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 13: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 14: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 18: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 20: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 22: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 25: Stadtverwaltung Bischofswerda

Seite 27: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 28: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 31: Roland Gruber / nonconform

Seite 32: Roland Gruber / nonconform

Seite 35: Karin Schrader, Stadt Göttingen, FD 61.3

Seite 37: Karin Schrader, Stadt Göttingen, FD 61.3

Seite 38: Karin Schrader, Stadt Göttingen, FD 61.3

Seite 40: Stefan Bayer, © UNS gGmbH

Seite 41: Stefan Bayer, Copyright: Urbane Nachbarschaft Samtweberei

Seite 42: Stefan Bayer, © UNS gGmbH

Seite 43: Stefan Bayer, © UNS gGmbH

Seite 45: Wolfgang W. Möller, Bauverein Denkmal GmbH

Seite 46: Wolfgang W. Möller, Bauverein Denkmal GmbH

Seite 46: Wolfgang W. Möller, Bauverein Denkmal GmbH

Seite 48: Foto: Laura Torreiter

Seite 49: Foto: Laura Torreiter

Seite 50: Foto: Laura Torreiter

Seite 50: Foto: Laura Torreiter

Seite 54: Hartwig Dülberg © LWL-DLBW

Seite 59: Brandmeyer Markenberatung GmbH & Co. KG

Seite 61: Foto: Wolfgang Conrad (privat)

Seite 62: Foto: Wolfgang Conrad (privat)

Seite 65: dietrichkuehne\*.com

Seite 66: Stadt Osterode am Harz

Seite 67: dietrichkuehne\*.com

Seite 68: Foto Wolfgang Böttner

Seite 71: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 72: Deutsche Fachwerkstraße

Seite 73: complan Kommunalberatung GmbH

Seite 76: Markus A. Löschner

Seite 77: Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit

Seite 78: Event Consult GmbH/Dirk Deckbar



